



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

1. Dezember 2003

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Shashi Tharoor *Essay*

Der Cyber-Gipfel

Eine Chance zur Ausweitung der Informationsgesellschaft

5 Christoph Dowe/Alfredo Märker

Der UNO-Weltgipfel zur Wissens- und Informationsgesellschaft

Hintergründe und Themenspektrum

13 Christiane Schulzki-Haddouti

Sicherheit im Netz und digitale Bürgerrechte

20 Thymian Bussemer

Medien als Kriegswaffe

Eine Analyse der amerikanischen Militärpropaganda im Irak-Krieg

29 Joana Breidenbach/Ina Zukrigl

Vernetzte Welten – Identitäten im Internet

37 Peter Filzmaier/Birgit Winkel

Parlamente im Netz

Internetseiten im EU-Vergleich



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:

www.das-parlament.de
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung **Das Parlament**,
Frankenallee 71 – 81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung **Das Parlament**
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.
Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Der Weltgipfel, den die Vereinten Nationen in diesem Monat veranstalten, wird sich erstmals mit den Problemen der weltweiten Informationsgesellschaft im digitalen Zeitalter befassen. „Welchen Begriff wir auch wählen, die Gesellschaft, die wir gestalten, muss offen und pluralistisch sein – eine Gesellschaft, in der alle Menschen in allen Ländern Zugang zu Informationen und Fachwissen haben“, so UNO-Generalsekretär Kofi Annan im Mai 2003 in seiner Erklärung zum Weltfernmeldetag. „Presse- und Meinungsfreiheit müssen in unserer Informationsgesellschaft eine Einheit bilden.“

■ Der „Cyber-Gipfel“, so *Shashi Tharoor*, Untergeneralsekretär und Leiter der Informationsabteilung der Vereinten Nationen, bietet eine große Chance, um sicherzustellen, dass die Informationsrevolution nicht einen Teil der Bürgerinnen und Bürger der Welt ausgrenzt und zurücklässt.

■ *Christoph Dowe* und *Alfredo Márker* leuchten das Spektrum möglicher Themen der Konferenz aus. Die digitale Kluft, der weltweit ungleiche Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten und die äußerst unterschiedliche elektronische „literacy“ innerhalb eines Landes stellen große Herausforderungen an die Demokratie, lebt diese doch vom breiten, ungehinderten Zugang zu den Informationsquellen des 21. Jahrhunderts.

■ Aspekte der Datensicherheit spielen in der sich herausbildenden globalen Informations- und Kommunikationsgesellschaft eine zentrale Rolle. Vergleicht man die heutige Situation etwa mit den heißen Debatten um die Volkszählungsversuche in der Bundesrepublik in den achtziger Jahren, so ist der Befund erstaunlich. „Digitale Bürgerrechte“ und die Furcht vor einem übermächtigen Überwachungsstaat scheinen kaum mehr eine Rolle zu spielen. Dabei gibt es allen Anlass, alarmiert zu sein, wie *Christiane Schulzki-Haddouti* mit Bei-

spielen zu fortschreitenden digitalen (Überwachungs-) Möglichkeiten eindrucksvoll belegt. Die Terroranschläge des 11. September 2001 haben diesen Prozess noch beschleunigt.

■ Die politische Indienstnahme der elektronischen Medien steht im Mittelpunkt der Analyse von *Thymian Bussemer*. Am Beispiel der amerikanischen Militärpropaganda vor und während des Irak-Krieges wird gezeigt, wie sich die elektronische Berichterstattung verändert. Auf die globale Verdichtung, Beschleunigung und Professionalisierung der Kriegsberichterstattung hat die amerikanische Militärführung mit neuen Strategien der Manipulation reagiert. Dabei habe, so der Autor, das erstmals angewandte Prinzip der „eingebetteten“ Kriegsberichterstattung den Journalisten potenziell größere Freiheiten geboten als das „Pool-Prinzip“ des ersten Golfkriegs.

■ Das weltweite Netz eröffnet indes bestechende Möglichkeiten für eine Demokratisierung im Sinne breiter Partizipation der Bevölkerung, unabhängig von nationalen Grenzen. *Joana Breidenbach* und *Ina Zukrigl* bieten eine ethnologische Sicht auf das identitätstiftende Potenzial des Internets. Durch die globale Vernetzung kann es gelingen, das Zusammengehörigkeitsgefühl kleiner Völker nachhaltig zu stärken, und zwar durch autonome Strategien, die keiner Anleitung „von oben“ bedürfen.

■ Dass die offizielle Politik bei der Realisierung der demokratiefördernden Möglichkeiten der Informationsgesellschaft nicht unbedingt den Vorreiter spielt, belegt eine Studie über Parlamente im Internet. Die Webseiten der Volksvertretungen in den EU-Ländern, so *Peter Filzmaier* und *Birgit Winkel*, zeigen große Unterschiede hinsichtlich des Partizipationsangebotes. Hier drücken sich nicht nur die unterschiedlichen politischen Kulturen, sondern auch die geschichtlichen Erfahrungen der Mitgliedstaaten aus.

Hans-Georg Golz ■

Shashi Tharoor

Der Cyber-Gipfel

Eine Chance zur Ausweitung der Informationsgesellschaft

Aufs Neue erregt eine Konferenz der Vereinten Nationen Besorgnisse bezüglich der Pressefreiheit. Es handelt sich um den ersten Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (World Summit on the Information Society/WSIS), der in wenigen Tagen in Genf stattfinden wird. Zahlreiche Medienbeobachter argwöhnen, dass einige Länder den so genannten Cyber-Gipfel, wie er griffig genannt wird, benutzen werden, um den Zugang zum Internet und den anderen neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu beschneiden. Andere wiederum befürchten ein Wiederaufleben der ideologisch aufgeladenen Debatten der siebziger und achtziger Jahre über eine neue Weltinformationsordnung.

Das Gipfeltreffen wird von einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, der International Telecommunication Union (ITU), organisiert. Es hat eine ehrgeizige Tagesordnung: Ziel ist es, mit den tief greifenden Änderungen, die durch die Informationsrevolution und deren Auswirkungen auf alle Bereiche menschlicher Aktivitäten hervorgerufen werden, Schritt zu halten. Darüber hinaus will man nach Wegen suchen, auch den ärmeren Ländern die Nutzung dieser revolutionären Umwälzungen und der sie begründenden Technologien zu ermöglichen.

Es ist das erste Mal, dass Themenbereiche wie die Rolle von Kommunikation im Rahmen der Entwicklungsförderung oder Herausforderungen wie Netzsicherheit, Spam, E-Government und Meinungsfreiheit im Informationszeitalter global diskutiert und auf höchster Regierungsebene behandelt werden, und zwar unter Einbeziehung aller betroffenen gesellschaftlichen Akteure. Die Pressefreiheit und ihre Bedeutung für die neuen Technologien werden dabei im Mittelpunkt stehen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat keinen Zweifel daran gelassen, dass das Gipfeltreffen die Universalität der Pressefreiheit für alle Medien bestätigen wird, so, wie sie in

Eine englische Fassung dieses Textes erschien am 17. Oktober 2003 in The International Herald Tribune. Deutsche Übersetzung von Lars Haneberg, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Berlin.

Artikel 19 der universellen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben ist.

Einige Regierungen werfen jedoch die Frage auf, inwieweit die Pressefreiheit einen Freibrief zur Förderung jeglicher Ideen, eines jeden Produktes oder Anliegens darstellt. In allen Demokratien wird mit Gesetzen die Pressefreiheit begrenzt, etwa, um das Recht auf Privatsphäre zu schützen oder einen Missbrauch des weltweiten Netzes durch das organisierte Verbrechen oder durch terroristische Vereinigungen zu verhindern. Ist es da nicht geradezu nahe liegend, diese Grenzen, welche für traditionelle Medien bereits existieren, auch auf das Internet anzuwenden?

Einige Staaten haben bereits Maßnahmen ergriffen, um den Zugang zu Internetseiten zu unterbinden, welche Kinderpornographie, Antisemitismus, Islamophobie oder rassistischen Hass verbreiten und fördern. Derlei Maßnahmen fallen unter die jeweiligen nationalen Strafgesetze und werden nicht als Bedrohung der Rede- und Meinungsfreiheit betrachtet.

Gleichzeitig lauern jedoch stets Gefahren in der Ausweitung derartiger Sanktionen. Die nationale Sicherheit oder die Verbrechensbekämpfung könnten von repressiven Regierungen allzu leicht als Vorwand benutzt werden, um die Pressefreiheit zu beschneiden.

Es ist letztlich jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass der freie Austausch von Informationen im Interesse aller Länder liegt. Einschränkungen auf diesem Gebiet können zu einer direkten Verminderung des ökonomischen Wohlstands führen. Globale gegenseitige Abhängigkeit bedeutet auch, dass diejenigen, welche Informationen frei erhalten und verbreiten können, einen Vorteil gegenüber jenen besitzen, die das nicht tun. Die Fähigkeit, Informationen durch elektronische Medien auszutauschen, ist zu einem entscheidenden Faktor für den Aufbau von Wohlstand geworden – für die Volkswirtschaften und die Zivilgesellschaften gleichermaßen.

Zweifellos bedingen Information und Freiheit einander. Die Informationsrevolution ist ohne politi-

sche Demokratie unvorstellbar. Inzwischen gilt die Verbreitung von Informationen bereits als Bewertungskriterium bezüglich der Transparenz und Zuverlässigkeit von Regierungen und somit auch bezüglich ihrer Effektivität.

Infolgedessen sind die Staaten dazu verpflichtet, sich der Außenwelt zu öffnen, die Massenmedien zu liberalisieren und der staatlichen Aufsicht und Zensur zu entziehen. Die wohlhabenden Länder könnten dabei eine zusätzliche, unterstützende Rolle spielen, indem sie für einen freieren und fairen Zugang zu Informationen eintreten und den sich entwickelnden Ländern helfen, ihre Infrastruktur zu verbessern, und den Zugang zu technologischem Fortschritt gewährleisten.

Obwohl einige während der Vorbereitungen auf das Gipfeltreffen bereits die Alarmglocken geläutet haben, gibt es auch positive Vorzeichen. Als Hauptakteure des Treffens gelten zwar die Regierungen, allerdings waren zivilgesellschaftliche Akteure, der private Sektor und die Nachrichtenmedien bereits während der Vorbereitungsphase stark einbezogen. So wurden beispielsweise Berichte über die wichtigsten Themen im Rahmen der Vorbereitungsdebatten auf der Webseite des Gipfeltreffens veröffentlicht. Damit konnte die Transparenz der Verhandlungen erhöht und Diskussionsstoff durch nichtstaatliche Organisationen bereitgestellt werden.

Internationale Medienorganisationen und Journalistenverbände beäugen das Gipfeltreffen kritisch und verlangen von der Abschlusserklärung der Konferenz ein glaubwürdiges Bekenntnis zur Pressefreiheit. Deutlich ist, dass künftig weitere Anstrengungen erforderlich sind, um Nachrichtenmedien und ihre Organisationen in die Vorbereitung eines solchen Gipfels einzubeziehen.

Eine Gelegenheit, dies zu tun, bietet sich im Rahmen einer Parallelveranstaltung des Gipfels, welche von den Vereinten Nationen gemeinsam mit der European Broadcasting Union und der Schweiz organisiert wird: Das World Electronic Media Forum soll Führungskräfte aus den Medien entwickelter und weniger entwickelter Länder mit politischen Entscheidungsträgern zusammenbringen, um die Rolle der elektronischen Medien für die Informationsgesellschaft zu diskutieren. Die Veranstaltung wird den Verteidigern der Pressefreiheit eine weitere Plattform bieten, auf der sie ihre Anliegen laut und deutlich äußern können.

Die Welt bewegt sich unaufhaltsam in Richtung einer globalen Informationsgesellschaft. Alle Regierungen sollten dabei weniger auf die Gefahren als vielmehr auf die Chancen des blinkenden Cursors auf dem Bildschirm sehen. Das Gipfeltreffen bietet eine große Gelegenheit, um sicherzustellen, dass die Informationsrevolution nicht einen Teil der Bürgerinnen und Bürger der Welt ausgrenzt und zurücklässt.

Christoph Dowe/Alfredo Märker

Der UNO-Weltgipfel zur Wissens- und Informationsgesellschaft

Hintergründe und Themenspektrum

Vom 10. bis zum 12. Dezember 2003 findet in Genf der „World Summit on the Information Society“ (WSIS) statt. Dort sollen die Weichen für die technische und inhaltliche Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft für die nächsten Jahrzehnte gestellt sowie Schritte zur Überwindung der digitalen Spaltung zwischen armen und reichen Ländern eingeleitet werden.

Dieser Beitrag erläutert die wichtigsten Diskussionsfelder des Gipfels. Er greift auf die Internetseite www.gipfelthemen.de sowie auf dort publizierte Expertenbeiträge und Hintergrundberichte zurück. Leitgedanke dieser Website ist, das weltweit bislang hochrangigste Treffen zur Informationsgesellschaft journalistisch-wissenschaftlich zu begleiten und für die Themen zu werben. Anders als bei den großen UNO-Umweltgipfeln in Rio oder Johannesburg war im Vorfeld dieses Treffens Desinteresse von Politik und Medien zu verzeichnen. Dabei ist der Zugang zur neuen Wissens- und Informationsgesellschaft weltweit mitentscheidend für Entwicklung und Wohlstand. Zudem gestaltet die UNO diesen Gipfel auch in anderer Hinsicht zukunftsweisend: Vertreter der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft erhalten in Genf leichter Zugang zu den Beratungen, als es bisher der Fall war. Es lohnt sich also, die Gipfelthemen einer genaueren Betrachtung zu unterziehen.

Digitale Spaltung

Mit der „Digitalen Spaltung“ ist das zentrale Thema des Gipfels benannt. Wer davon spricht, denkt in erster Linie an den Themenkomplex „Leitungen und Festplatten“, also an fehlende

Dieser Beitrag entstand im Rahmen des Projektes www.gipfelthemen.de, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt wird. Initiatoren sind die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (www.dgvn.de) und politik-digital.de (www.politik-digital.de). Für Anregungen und Kritik danken wir Nicole Hänel, Anja Kaschta und Judith Kern.

Computer oder fehlende technische Infrastruktur wie Telefonkabel, breitbandige Zugänge oder Elektrizität. Tatsächlich werden in der globalen Informations- und Wissensgesellschaft nicht allen Menschen die gleichen Startbedingungen geboten. Oft entscheidet schon der Zugang zu einem Computer oder einem Telefonnetz, ob man zu den Gewinnern oder Verlierern der Informations- und Wissensgesellschaft gehört. In Gebieten, in denen nicht einmal die kontinuierliche Versorgung mit Elektrizität gesichert ist, stellt sich die Frage meist erst gar nicht. Der Zugang zu Informationen und Wissen wird schnell zu einem Problem der technischen Infrastruktur. So ging die Weltbank im Herbst 2002 davon aus, dass rund 600 Millionen Menschen einen Zugang zum Internet haben; 90 Prozent dieser Anschlüsse lagen in den Industrienationen. Peter Filzmaier, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, beschreibt diesen Aspekt des *digital gap* eindrucksvoll: „Für die etwa 6,5 Millionen Einwohner Ruandas gibt es weniger Telefon- und Modemanschlüsse als für die Mitarbeiter der Weltbank. Afrika ist insgesamt schwächer im Internet vertreten als die Stadt New York.“¹

Doch nicht nur global, auch innerhalb der westlichen Welt wird die digitale Spaltung vor allem als Mangel an „Leitungen und Festplatten“ dargestellt: Programme werden aufgesetzt, um mit gebrauchten Firmenrechnern alle deutschen Schulen auszustatten; Telekommunikationsunternehmen investieren sehr hohe Summen, um Zukunftsmärkte im UMTS-Bereich zu sichern oder einen Bedarf nach breitbandigen Internetanbindungen entstehen zu lassen. Diskutiert wird, ob in öffentlichen Gebäuden oder Bibliotheken Computernutzung für jedermann möglich gemacht werden soll. Die Erschließung neuer Kunden und Märkte wird dabei häufig als rein technisches Problem interpretiert. Ist beispielsweise für Senioren die Schrift auf

¹ Peter Filzmaier, Die Welt als digitale Klassengesellschaft?, erschienen bei www.gipfelthemen.de am 3. 9. 2003. *Anm. der Redaktion:* Vgl. auch den Beitrag von Peter Filzmaier und Birgit Winkel in diesem Heft.

dem Handy zu klein, stellt sich rasch die Frage nach dem Bedarf an Senioren-Handys mit vergrößertem Bildschirm. Die Spaltung zwischen User und Nicht-User wird technisch angegangen.

Demgegenüber hat die Wissenschaft ein ganzheitlicheres Bild entwickelt und sieht nicht mehr alle Probleme durch eine bessere technische Infrastruktur gelöst. Weil jedoch manche Wirtschaftszweige darauf drängen, der Frage der technischen Infrastruktur auf dem UNO-Gipfel höchste Priorität einzuräumen, haben Vertreter der Zivilgesellschaft die Organisatoren des Gipfels im Vorfeld bezichtigt, zu einseitig auf das Thema „Leitungen und Festplatten“ zu schauen und vorrangig den Interessen der Wirtschaft Genüge zu tun.

Gleichwohl ist die zentrale Bedeutung der Ausstattung und Infrastruktur nicht von der Hand zu weisen. Für Wirtschaftsvertreter ist es wichtig, zu erfahren, auf welche Art und Weise noch wenig entwickelte Märkte erschlossen werden können; zudem sind Erschließungs- und Ausstattungsaufträge interessant. Unweigerlich stellt sich die Frage, welche Verantwortung die Industrienationen bei der Vernetzung und Ausstattung von Entwicklungsländern tragen. Ist die ungleiche Ausstattung mit technischer Infrastruktur eine Gerechtigkeitsfrage beim Zugang zu Wissen? Wie können diese Probleme gelöst werden? Während des UNO-Gipfels zur Informationsgesellschaft wird sich die Gelegenheit bieten, die Verantwortung von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu diskutieren. In einer Frage wird vom Gipfel aber keine Lösung erwartet: Die Finanzierung von Aufbau- und Hilfsprogrammen soll mangels Geld nicht diskutiert werden. Dieser Sparkurs könnte sich langfristig als Haupthindernis erweisen, ausreichende Motivation für den Gipfelprozess hervorzurufen.

Zudem darf die digitale Spaltung nicht ausschließlich als Infrastrukturproblem gesehen werden. Im Zentrum sollten die Menschen stehen, welche die neuen Medien bedienen und anwenden wollen. Eine erfolgreiche Nutzung setzt immer ausreichend „Medien und Kompetenz“ voraus – ein weiterer Aspekt der digitalen Spaltung. Sie wird niemandem in die Wiege gelegt und muss erlernt werden. Nicht nur in den Industrieländern verstauben neu eingerichtete Computerräume in Schulen, weil sich nicht genügend Personal findet, das mit dem technischen Gerät umzugehen weiß. Das gleiche Phänomen ist in Schwellenländern zu beobachten. So warnt Peter Filzmaier: „Allein aufgrund technischer Möglichkeiten eines neuen Mediums entstehen weder Fachwissen noch Kompetenz und Qualifikation der ICT-Nutzer, um das Medium für

politische Information und Partizipation verwenden zu können.“²

Auch auf inhaltlicher Ebene ist auf Medienkompetenz nicht zu verzichten: „Gute“ Informationsquellen müssen von „schlechten“ unterschieden werden können, um die neuen Medien gewinnbringend einzusetzen. Das Problem ist erkannt: In einigen Bundesländern wurde darüber gestritten, ob ein Schulfach Medienkompetenz eingeführt werden soll. Für Miriam Meckel, Staatssekretärin für Europa, Internationales und Medien in Nordrhein-Westfalen, ist „Medienkompetenz (...) in der Informationsgesellschaft ein Wirtschafts- und Standortfaktor. Im Sinne des Umgangs mit modernen IuK-Technologien wird sie zunehmend den Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben gleichgesetzt.“³

Dabei geht es um fehlende Kompetenz in den verschiedensten Bereichen. Unter praktischer Medienkompetenz versteht man, dass die Nutzer die technischen Endgeräte bedienen können: An den Einzelnen werden hohe Anforderungen von der Wartung und Installation der Hardware bis zur Handhabung oft komplizierter Software gestellt. Unter theoretischer Medienkompetenz versteht man den kritischen Umgang mit dem Medium selbst: Wann ist es sinnvoll, das Internet oder andere Medien einzusetzen, wann ist es Spielerei? Dazu muss der Einzelne in die Lage versetzt werden, „gute“ von „schlechter“ Information zu unterscheiden, um aus der Datenflut auswählen zu können. Unter aktiver Medienkompetenz schließlich versteht man, in der Mediennutzung von der passiven Nutzerseite auf die aktive Macherseite zu wechseln: Produktion statt Konsum. Neben der klassischen Medienarbeit kann dies auch eine Umstrukturierung alter Arbeitsabläufe durch moderne Kommunikationstechnologien bedeuten und zur Verwaltungsmodernisierung oder Aktivierung der Bürgergesellschaft führen.

Hinter dem Schlagwort „Lebenslanges Lernen“ verbirgt sich nichts anderes als der kontinuierliche Aufbau von Kompetenz, also auch von Medienkompetenz. Die theoretischen Erwägungen werden jedoch bislang nur in wenigen Ländern in die Praxis umgesetzt. Es ist umstritten, wer für den Aufbau von Medienkompetenz zuständig ist. Staatlichen Bildungsträgern wird vorgeworfen, sie reagierten zu langsam und unflexibel auf die neuen Herausforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft. Aber auch gegenüber der

2 Ebd. ICT: Information and Communication Technology.

3 Miriam Meckel, „Medienkompetenz“ als Standortfaktor?, erschienen bei www.gipfelthemen.de am 28. 8. 2003.

Wirtschaft, die teilweise beim Aufbau von Medienkompetenz helfen möchte, bestehen Vorbehalte: Man fürchtet neue Abhängigkeiten, wenn etwa Lehrer im Umgang mit Software nur eines Monopolherstellers geschult werden und lediglich dieses Wissen an die Schüler weitergeben können.

Dabei ist fehlende Medienkompetenz keine theoretische Debatte, sondern zieht handfeste Folgen nach sich. Mit Medienkompetenz lassen sich beispielsweise günstigere Angebote für Flugreisen, Bücher oder andere Güter über das Internet finden. In weniger entwickelten Ländern könnten die Effizienzsteigerungen durch neue Medien Wettbewerbsnachteile auf dem Weltmarkt ausgleichen helfen. Das Problem der digitalen Spaltung sollte infolgedessen um den Komplex „Medien und Kompetenz“ erweitert werden. Nicht zuletzt muss es dabei um die Frage gehen, wer auf welche Weise dafür zuständig ist, Lernende mit der notwendigen Kompetenz auszustatten.

Doch was nützt all dies, wenn die Inhalte der neuen Medien dem Nutzer wenig bieten und nicht zum Vorbild taugen? Es gibt folglich einen dritten Aspekt, der beachtet werden muss: Was kann „guter“ Inhalt sein, und was kann als Vorbild taugen? Gegenwärtig existieren allein in Deutschland über sechs Millionen Internetadressen mit der Domain-Endung „.de“. Weltweit gibt es inzwischen mehrere Milliarden Internetseiten. Doch die Erstellung von gutem, qualitativ mehrwertigem Inhalt macht Arbeit und kostet Geld. Erst langsam schälen sich nationale und internationale Qualitätsstandards und gängige Formate heraus. Die Suche nach sinnvollen Datenbankstrukturen oder beliebten Serviceangeboten ist längst nicht am Ende.

Das Innovationspotenzial bei neuartigen Formen und Darstellungsweisen ist unvorstellbar groß: Neue Techniken können helfen, Informationen interaktiver, leichter lernbar oder unterhaltsamer zu präsentieren. Große Datenbestände können zu geringeren Kosten zusammengestellt und leichter nutzbar gemacht werden. Neue Endgeräte wie Mobiltelefone erfordern ebenfalls neue Inhalte und Strukturen. Zudem gilt zu berücksichtigen, dass vorbildliche Inhalte sich immer auch nach den Bedürfnissen der Nutzer richten. Welche Information bedient demnach welchen Nutzer? Will man globale oder lokale Inhalte übermitteln? In Industrienationen scheint das Internet nur dann als echter Mehrwert zu gelten, wenn es lokale Inhalte einfach und für jeden erreichbar transportieren kann. So enthält die Webseite einer Stadt wie Berlin neben öffentlichen Verwaltungsfunkti-

nen auch touristische oder kulturell verwertbare Informationen. In Entwicklungsländern mit geringerer PC-Verbreitung stehen nach wie vor globale Inhalte im Mittelpunkt des Interesses, so zum Beispiel der Aufbau von webgestützten Gesundheitsdatenbanken zum schnellen Austausch von Patienteninformationen oder Softwaremaßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung. Für Inhalte mit extrem kurzer Verfallszeit fehlen hier oft Nutzer und Infrastruktur.

Content is king: „Inhalte sind das Wichtigste“ flüsteren bereits die Vorreiter des New-Economy-Aufbruchs. Doch was ist nach der Krise der Medienanbieter davon übrig geblieben? Vorbildliche Projekte und erfolgreiche Förderprogramme zur Reduktion der digitalen Spaltung gibt es viele, vermutlich werden einige Akteure die Plattform des UNO-Gipfels nutzen, um auf *good practices* hinzuweisen.⁴ Gleichzeitig wird dort aber auch von schlechten Medienanwendungen und Investitionsruinen berichtet werden.

Weltweite Trends

Der Aufstieg neuer Informations- und Kommunikationstechnologien macht die Ansammlung von Informationen und Wissen so einfach wie nie zuvor. Ein riesiges, weltumspannendes Archiv ist entstanden. Doch wem gehört das Wissen, auf das jeder zugreifen kann, der über die technischen und praktischen Grundvoraussetzungen verfügt? Werden kommerzielle Interessen bestimmen, wer Wissen hat und wer nicht? Gibt es ein Menschenrecht auf Wissen, das die Bestrebungen beschränken sollte, Wissen zu kommerzialisieren? Der Konstanzer Kommunikationswissenschaftler Rainer Kuhlen bemängelt z. B. die fehlende Sicht auf ein nachhaltiges Agieren im Bereich der Informationsgesellschaft: „Übereinkünfte für eine nach nachhaltigen Prinzipien operierende Informationswirtschaft sind nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil – der Verbrauch natürlicher Ressourcen auch für Informations- und Kommunikationstechnologien und die Wegnahme intellektueller Güter aus dem öffentlichen Raum nehmen zu.“⁵

⁴ Vgl. in diesem Zusammenhang den Beitrag von Judith Kern über die Auslobung des World Summit Awards: UNO sucht den Superstar, erschienen bei www.gipfelthemen.de am 15. 10. 2003.

⁵ Rainer Kuhlen, Charta der Bürgerrechte für die Wissensgesellschaft im Kontext, erschienen bei www.gipfelthemen.de am 28. 7. 2003.

Wirtschaft und Industrie kämpfen für ein starkes Urheberrecht und wollen eine Neudefinition des Begriffs „geistiges Eigentum“ durchsetzen. Zivilgesellschaftliche Gruppen warnen davor, dass viele bisher frei zugängliche Inhalte aus dem öffentlichen Raum verschwinden könnten. Die Politik versucht zu vermitteln. Das Urheberrecht soll einen Ausgleich schaffen zwischen den Interessen der Allgemeinheit an der Nutzung von Inhalten und den Interessen der Rechteinhaber an Kontrolle und Verwertung.

Für Entwicklungsländer ist ein kostengünstiger Zugang zu Informationen und Wissen von entscheidender Bedeutung, um neue Informations- und Kommunikationstechnologien langfristig als Datenbank für das eigene Vorankommen zu nutzen. In den Industrieländern ist dagegen vor allem die Debatte um Autorenrechte und Vermarktungsketten von Inhalten wichtig geworden. Auch die Patentierung von Informationen ist ein Thema: Ist es beispielsweise sinnvoll, dass einzelne Unternehmen die Patente von Software besitzen, die nötig ist, um Computer zu nutzen? Inwieweit spielt hier eine Diskussion um Open-Source-Produkte (z. B. Software, deren Struktur öffentlich und veränderbar ist) eine Rolle?

Die momentane Definition geistigen Eigentums besagt, dass in allen Mitgliedsländern der EU die Urheber bzw. deren Angehörige nach dem Tod des Urhebers 70 Jahre lang Schutz für die geschaffenen Werke genießen, egal ob für Texte, Musik oder Bilder. 1994 beschloss die Welthandelsorganisation, „geistiges Eigentum“ als Handelsware zu definieren. Urheberrecht schaffe die Grundlage für die totale Überwachung im Netz, kritisieren dagegen zivilgesellschaftliche Gruppen. Investitionen müssen durch starke Rechte gesichert werden, fordert die Industrie.

Angesichts der rapiden Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft sind alte Konflikte neu aufgebrochen. Wer wird die Oberhand behalten? Die Industrie mit ihren Verwertungsinteressen oder die Zivilgesellschaft mit ihrer Forderung nach freiem Wissen für alle? Momentan sieht es so aus, als ob sich die Interessen der Wirtschaft zumindest teilweise durchsetzen werden. Die Folgen für die Nutzer sind dabei noch nicht in ihrer langfristigen Tragweite bekannt oder überschaubar. Aus Sicht des Geschäftsführers der Alcatel Sel Stiftung Dieter Klumpp ist klar: „Das Wissen ist tatsächlich die größte Wertressource, aber ohne aufwändige technisch-organisatorische wie juristisch-betriebswirtschaftliche und letztlich gesellschaftspolitische zusätzliche Organisationsarbeit

kann diese Wertressource überhaupt nicht nachhaltig zur Entfaltung kommen.“⁶

Das Internet steht für eine Vielfalt von Angeboten in einer globalisierten Welt. Neben dem wichtigen Thema „Wissen und Besitz“ wird man deshalb auf dem UNO-Gipfel früher oder später auch die Frage nach der Erhaltung kultureller, sprachlicher und sozialer Vielfalt in und mit Hilfe der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien aufgreifen müssen. Gibt es hier weltweite Trends?

Trotz einer unglaublichen Menge an Inhalten ist eine Konzentration auf bestimmte Personen, Interessen und Regionen nicht zu verkennen. Entsprechend finden sich auch die meisten Produzenten und Konsumenten von Inhalten in der westlichen Welt. Profitieren von der Wissens- und Informationsgesellschaft also nur dominante Kulturen? Oder können Informations- und Kommunikationstechnologien dazu beitragen, Vielfalt in einer globalisierten Welt zu bewahren, kulturelles und soziales Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit zu unterstützen? Das gilt voraussichtlich nur, wenn das Internet und andere neue Medien eine Sinn stiftende und gesellschaftsformende Kraft entwickeln können.

Englisch als weltweite Internetsprache hat sich vielerorts etabliert, aber keineswegs überall. Gehen einzelne Regionen – etwa die arabischen Länder – eigenständige Wege im Netz? Wie können Kulturen, deren Sprache wie auch sie selbst sich in einer schutzwürdigen Position befinden, von neuen Medien profitieren? Sind Internetangebote in allen Sprachen der Europäischen Union oder in seltenen afrikanischen Dialekten sinnvoll? Folgt man Christine Wenzel, so wird der Weltgipfel hierauf erste Antworten geben: „Überspitzt könnte konstatiert werden, dass auf dem Uno-Gipfel (...) die Grundlagen entweder für das One-World-Utopia oder für den Kampf der Kulturen im virtuellen Raum geschaffen werden.“⁷

Zivilgesellschaftliche Gruppen fordern mehr Einfluss und Freiraum gegenüber einer zunehmend kommerzialisierten Welt. Die Kontrolle großer Medienunternehmen über die Inhalte im Netz betrachten sie skeptisch, teilweise aus Nostalgie um die Aufbruchstimmung im Netz, teilweise aus grundsätzlichen Erwägungen. Hier stellt sich die

6 Dieter Klumpp, Wissen in der Informationsgesellschaft – was ist das wert? Kurzversion eines Vortrages des Autors auf dem ver.di-Kongress „Wissen ist was wert“ am 12. 2. 2003, erschienen bei www.politik-digital.de am 17. 4. 2003.

7 Christine Wenzel, „One-World-Utopia“ oder „Kampf der Kulturen?“, erschienen bei www.gipfelthemen.de am 13. 8. 2003.

Frage von Machtkonzentration und Machtmissbrauch, die eine gewünschte Vielfalt verhindern würden. Dennoch blicken Joana Breidenbach und Ina Zukrigl optimistisch in die Zukunft: „Das expansive Potential der neuen Medien geht über den Aspekt der Selbstverwirklichung hinaus und verweist auf die Möglichkeit, neue Bezüge und Visionen – wie man selbst und die eigene Gesellschaft sein könnten – zu entwickeln.“⁸

Ein dritter weltweiter Trend, der auf dem Informationsgipfel zur Sprache kommen wird, umfasst das Thema „Beteiligung und Spielregeln“. Hier geht es u. a. um die politischen Rahmenbedingungen für die Nutzung der Informationstechnologien, also darum, wie neue Technologien die Herausbildung von Demokratien in der Wissens- und Informationsgesellschaft unterstützen können und ob Trends wie E-Government oder E-Democracy die Bürgerbeteiligung auf eine qualitativ neue Stufe zu heben vermögen.

Wer regiert die neuen Medien? Helfen die neuen Medien beim Regieren? Die Erwartungen an ihre Nutzung im Bereich E-Government sind groß: Die Bundesregierung will die Verwaltung effizienter machen und dabei bis zu 400 Millionen Euro im Jahr sparen, indem sie Online-Bürgerdienste, E-Government-Angebote und eine Verwaltungsreform im Netz umsetzt. Steuererklärungen online einreichen, Anmeldeformulare aus dem Netz laden, Informationen im Netz abrufen – der Gang in die Amtsstube soll durch E-Government seltener werden. Zudem erhoffen sich viele zivilgesellschaftliche und politische Akteure unter dem Schlagwort E-Democracy eine leichtere Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen – durch Online-Voting vom heimischen PC aus, Diskussionsmöglichkeiten, virtuelle Protestmärsche, Online-Petitionen, Ketten-E-Mails oder andere innovative Partizipationsmöglichkeiten. Arne Rogg-Pietz, Politikwissenschaftler und stellvertretender Sprecher der Ad-hoc-Gruppe „Internet und Politik“ in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) ist überzeugt: „Online-Kommunikation ermöglicht eine Anpassung der politischen Partizipation an die gesellschaftlichen Trends der Individualisierung, der Mobilität, der Loslösung von bekannten Beteiligungsmustern und der Zunahme punktueller Aktivität unter Betroffenheitsgesichtspunkten. Dass virtuelle Beteiligungsmöglichkeiten so genutzt

8 Joana Breidenbach/Ina Zukrigl, Vernetzte Diasporas, erschienen bei www.politik-digital.de am 21. 2. 2002. *Anm. der Redaktion*: Vgl. auch den Beitrag der Autorinnen in diesem Heft.

werden, dass hochfliegende demokratietheoretische Hoffnungen erfüllt werden, wird jedoch noch durch soziale und technische Einschränkungen verhindert.“⁹

Doch der Weg zu diesen Zukunftsvisionen der Beteiligung führt über neue Spielregeln, die noch nicht alle im Regelhandbuch stehen. E-Government-Projekte scheitern oft am großen gesetzgeberischen Aufwand, der betrieben werden muss, um neue Dienstleistungen anzubieten. Wichtige technische Voraussetzung sind zudem Verschlüsselungstechnologien wie die elektronische Signatur, damit rechtsverbindliche Unterschriften digital geleistet werden können. Neue Beteiligungsmöglichkeiten wiederum scheitern oft daran, dass ein höheres Maß an Bürgerpartizipation gar nicht gewollt ist. Aber auch positive Beispiele sind zu nennen, so etwa die Bürgerplattform in Estland. Auf einer Seite, auf der Bürger Vorschläge für Gesetzesinitiativen machen können, zählte man im Jahr 2000 in den ersten zwei Tagen 70 000 Zugriffe. „In den vergangenen zwei Jahren wurden 20 Regierungsentscheidungen aufgrund dieser Bürgervorschläge verabschiedet“, berichtet Mart Laar, der ehemalige Premierminister Estlands.¹⁰

Aber auch in anderen Bereichen sind Beteiligungen und Spielregeln beim Aufbau einer neuen Wissens- und Informationsgesellschaft ein wichtiges Thema. Zum Beispiel bei Demokratisierungsprozessen: Durch seine Dezentralität ist das Internet schwer zu kontrollieren. Für nichtdemokratische Regierungen ist es schwieriger geworden, unliebsame Meinungen aus dem Land zu verbannen. Viele Demokratiebewegungen genießen im Internet einen nie da gewesenen Freiraum, können sich besser organisieren und womöglich an Kraft gewinnen. Zum Beispiel Netzrecht: Straf- und Urheberrecht wurden in vielen Staaten der EU bereits den Bedürfnissen des Informationszeitalters angepasst. Welche Maßnahmen ergreift der Gesetzgeber zum Schutz der Verbraucher – z. B. gegen unerwünschte E-Mail-Werbung (Spam)? Zum Beispiel Internet-Regierung: Braucht es eine globale Steuerungsinstanz, die sich um das Namensrecht im Internet kümmert? Die Organisation ICANN hat soeben die Rechte der im Internet gewählten Vorstandsmitglieder beschnitten. Beteiligung auf dem Rückzug? Der

9 Arne Rogg, CvP – Computervermittelte Partizipation: Sieben Thesen, erschienen bei www.gipfelthemen.de am 17. 9. 2003.

10 Vgl. Hans-Christoph Neidlein, Vorreiterrolle Estland: Regierung kommuniziert ohne Papier, in: Europäische Zeitung, (2003) 7, wieder erschienen bei www.gipfelthemen.de am 19. 9. 2003.

Gipfel in Genf wird zeigen, was in den kommenden Jahren auf die Informationsgesellschaft zukommen wird. Die Erwartungen an staatliche Steuerung sollten dabei ebenso realistisch beschrieben werden, wie das bürgerschaftliche Potenzial der neuen Medien.

Virtuelle Sicherheit

Der UNO-Gipfel zur Informationsgesellschaft wird sich auch dem Themenfeld Sicherheit widmen. Vor allem westliche Regierungen drängen darauf, zu klären, welche kriminellen und terroristischen Gefahren existieren und wie der Staat auf diese Szenarien reagieren kann. Der Gipfel könnte dazu dienen, einen realistischen Blick auf die Kriminalität mit und in den neuen Medien zu werfen. Denn offenbar ist nach dem 11. September 2001 auch im Netz nichts mehr so, wie es war: Regierungen führen auch für das Internet neue Anti-Terror-Gesetze ein, um Cyberkriminalität und den Attacken von „Piraten und Terroristen“ vorzubeugen. Zivilgesellschaftliche Akteure fürchten im Gegenzug ungerechtfertigte Kriminalisierung und die Einschränkung individueller Freiheiten. Dass die Diskussion um die Vorratsspeicherung von Verbindungsdaten durch die Internet-Provider auf Drängen der USA bereits im Gange ist, betont Christiane Schulzki-Haddouti. Sie prophezeit: „Dieses Thema wird (...) ein Anliegen der USA auf dem UN-Gipfel (...) sein, die auf eine möglichst breite Unterzeichnung des Europarat-Abkommens zur Cyberkriminalität drängen.“¹¹

Ausgelöst wurde die Sorge um die Sicherheit von infrastrukturell bedeutsamen Netzwerken durch Attacken auf Unternehmensrechner oder die Londoner Börse und die Wall Street. In Los Angeles kam es nach Hackerangriffen bereits 1998 mehrfach zu Stromausfällen. Zum sicherheitspolitischen Thema auf der Agenda mehrerer Regierungen wurde die Cyberkriminalität spätestens durch die Anschläge vom 11. September 2001, die per E-Mail vorbereitet wurden. Mittlerweile sind düstere Szenarien im Umlauf, etwa, dass die Kühlanlage eines Atomkraftwerks durch einen Cyberangriff lahm gelegt werden könnte. Die nationalen Regierungen rüsten ihre Computersysteme deshalb auf.

11 Christiane Schulzki-Haddouti, Sicherheit im Netz heute – nach den Anschlägen des 11. September, erschienen bei www.gipfelthemen.de am 10. 9. 2003. *Anm. der Redaktion:* Vgl. auch den Beitrag von Christiane Schulzki-Haddouti in diesem Heft.

Cyberangriffe auf Kraftwerke, öffentliche Verkehrsmittel, Finanzzentren, Wasser- und Stromversorgung, Telekommunikation, Notfallsysteme und Informationsnetzwerke sind die Horrorvisionen postmoderner Kriegsführung im Netz. Vorgekommen ist diese Art von Terrorismus bisher kaum.

Die Grenzen in der öffentlichen Wahrnehmung verschwimmen trotzdem. Im Internet sind „Piraten und Terroristen“ schon fast das Gleiche: Wird hier das Kind mit dem Bade ausgeschüttet? Ist Bin Ladens Terrororganisation zu vergleichen mit jugendlichen Hackern, Politaktivisten und Wirtschaftskriminellen? Findet unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung eine gesetzgeberische Einschränkung individueller und politischer Freiheiten statt? Jedenfalls passt der Begriff der Netzpiraten eher in die Szene der Raubkopierer, Musikpiraten und Passwortknacker. Ziel der Piraterie ist vor allem privates und unternehmerisches Eigentum oder Politaktivismus. Es handelt sich um Einzelpersonen, Tüftler, die sich in Organisationen zusammenfinden. Zivilgesellschaftliche Akteure meinen, unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung wolle sich die Industrie mit neuen Gesetzen besser gegen Softwarediebstahl, Hackerangriffe und Viren schützen. Unter Netzterrorismus versteht man dagegen gezielte Angriffe auf staatliche und öffentliche Infrastrukturen wie Netzwerke, Datenbanken oder Steuerungssysteme. Informationskriege und Cyberattacken werden allerdings nicht nur von nichtstaatlichen Akteuren geplant; auch Militärführungen entwickeln Strategien, wie man Informations- und Kommunikationstechnologien in die Kriegsführung einbinden kann.¹²

Bei alledem verläuft die wichtigste Konfliktlinie im Themenfeld „Virtuelle Sicherheit“ jedoch zwischen der Angst vor krimineller und terroristischer Gewalt und der Angst vor staatlicher Beschränkung der Freiheitsrechte. Wird die virtuelle Bedrohung dazu benutzt, die Kontrolle des Staates unverhältnismäßig auszubauen? Durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien werden heute mehr Daten erhoben und gespeichert als je zuvor. In der Wissens- und Informationsgesellschaft bedarf es klarer Regeln für den Schutz dieser Daten. Es stehen sich zwei Schutzinteressen gegenüber: auf der einen Seite die des Staates und der Gesellschaft, auf der anderen

12 Vgl. zur Debatte um Cyber-Terrorismus u. a. Wolfgang Fischer/Niels Lepperhoff, Ist das Internet widerstandsfähig gegen Angriffe?, erschienen bei www.gipfelthemen.de am 17. 7. 2003. *Anm. der Redaktion:* Vgl. zur Rolle von Medien als Kriegswaffe den Beitrag von Thymian Bussemer in diesem Heft.

Seite die des Einzelnen, also Informationsfreiheiten, Datenschutz, Jugendschutz, Schutz der Privatsphäre oder Verbraucherschutz.

Neue Internetanwendungen, Mobilkommunikation, elektronisches Gesundheitswesen und genetische Fingerabdrücke versprechen mehr Komfort für Bürger wie Staat, entpuppen sich gleichzeitig aber auch als Trojanisches Pferd für die „informationelle Selbstbestimmung“ des Einzelnen. Bestimmt der Einzelne noch über Art und Ausmaß der über ihn gespeicherten Daten? Je komfortabler und einfacher der Datenaustausch zwischen Staaten, Unternehmen und Bürgern wird, desto größer auch die Gefahr, dass persönliche Daten in die falschen Hände gelangen. Spätestens seit der letzten Volkszählung im alten Bundesgebiet 1987 ist eine breite Öffentlichkeit in Deutschland für Fragestellungen des Datenschutzes sensibilisiert. Der Vorwurf gegenüber dem Staat, eine „Big-Brother“-Mentalität an den Tag zu legen, war schnell zur Hand. Heute fragt man sich, welche Folgen die Terrorismusbekämpfung auf die Informationsfreiheit hat und ob der gläserne Bürger droht. Gleichzeitig sind wachsende Serviceanforderungen ohne bestimmte Daten ebenso wenig zu befriedigen wie Effizienzsteigerungen in der Verwaltung. Die Balance zwischen Schutzwürdigkeit und notwendiger Datenerhebung muss immer wieder neu gefunden werden.

Während in Industrieländern weitreichende gesetzliche Regelungen zum Datenschutz existieren, ist dies in vielen anderen Ländern erst im Ansatz der Fall. Ob Daten in einer Diktatur missbräuchlich genutzt werden, ist auf den ersten Blick nicht leicht zu sagen. Neue Informationstechniken aus den Industrieländern helfen dabei, diese Daten zu erheben. Haben die Industrienationen daher die Pflicht, auch bei der Verwaltungsmodernisierung in weniger entwickelten Ländern auf den Datenschutz zu achten? Braucht es weltweit gültige Regelungen für den Schutz des Einzelnen in einer globalisierten Welt? Wie werden die Grenzen von Schutzwürdigkeit in demokratischen und nichtdemokratischen Ländern ausgehandelt? Interessant wird sein, die verschiedenen nationalen und internationalen Strategien zu vergleichen.

Was bringt der Gipfel?

Bei allem Fortschritt hat die Ära der globalen Informations- und Wissensgesellschaft noch gar nicht richtig begonnen. Wohl auch deshalb hat der

Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan in seiner Millenniums-Rede „We the peoples“ im September 2000 darauf hingewiesen, dass das Phänomen des elektronischen Wandels die Weltorganisation beschäftigen muss. Die neuen Kommunikationstechnologien eröffnen den Menschen schier unendliche Möglichkeiten. „Sie verändern unser tägliches (Zusammen-)Leben in umfassendem Maße“, sagte Annan und betonte zu Recht, dass die Bedeutung für die Zivilgesellschaft, d.h. die sozialen und kulturellen Konsequenzen, heute noch nicht abschätzbar seien.¹³

Trotzdem stellt sich die Frage, ob die Weltorganisation diesen Wandel mitgestalten kann und welche Instrumente ihr zur Verfügung stehen. Welche Schritte sind nötig, um die Vision einer globalen Gemeinschaft umzusetzen, in der so viele Menschen wie möglich so schnell wie möglich von den neuen Entwicklungen profitieren? Sicher scheint, dass nur diejenigen von den Verbindungen profitieren, die Zugang zu neuen Technologien haben und sie effektiv zu nutzen befähigt sind. Nach einer Schätzung des United Nations Development Programmes (UNDP) wird im Jahr 2005 gerade mal ein Sechstel der Weltbevölkerung dazu in der Lage sein.¹⁴ In dem Moment, in dem die unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen zu einer Technologie mit einer so tiefen und breiten Wirkung auf alle Lebensbereiche zu Chancenungleichheit führen, sollten die Vereinten Nationen gemäß ihrer Charta aktiv werden. Doch welche Institutionen haben sie, um auf dieses Problem einzugehen? In welcher Form kann die UNO ihre inzwischen 191 Mitgliedsstaaten beeinflussen, um Lücken zu schließen?

Innerhalb des Systems der Vereinten Nationen und ihrer verschiedenen Sonderorganisationen ist die Suche nach tragfähigen und wirklichkeitsnahen Lösungsansätzen jedenfalls längst im Gange. Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft dürfte zusätzliche Bewegung in die weltweite Debatte bringen. Dass die UNO kein Garant für Erfolg ist, sollte keineswegs skeptisch stimmen. Immerhin hat sie von 1992 bis 2002 bereits mehrfach zu Gipfeln und Weltkonferenzen geladen, um die Möglichkeit zu eröffnen, globale Themen umfassend zu erörtern. Entsprechend groß – sollte man meinen – ist im UN-System der Erfahrungsschatz. Schon jetzt scheint aber deutlich zu sein, dass die Komplexität des Themas und die Vielzahl der Akteure nur schwer handhabbar sind. Zahlreiche Abstimmungsprozesse mussten im Vorfeld stattfinden,

13 Vgl. www.uno.de/sg/millennium/index.cfm.

14 Vgl. <http://hdr.undp.org/reports/global/2001/en/>.

damit der Gipfel überhaupt eröffnet werden kann. Nicht jeder wird das Ergebnis als Erfolg werten. Dabei soll mit dem Informationsgipfel eigentlich eine neue Ära der Gipfelkultur eingeläutet werden.

Erstmals wurde Stimmen der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft ein eigener Platz im Gipfelprogramm eingeräumt. Man bewegt sich aufeinander zu. Interessenkonflikte sind unvermeidbar. Zivilgesellschaftliche Akteure haben z. B. die entwicklungspolitischen Auswirkungen der Informationstechnologie im Auge oder sorgen sich um bürgerliche Freiheiten. Die Wirtschaft verfolgt eigene Interessen, und die Politik wiederum muss ausgleichend tätig werden. In wessen Händen die Vorbereitung des Gipfels liegt, ist angesichts der unterschiedlichen Interessenlagen von zentraler Bedeutung. Die Federführung zur Vorbereitung hat die technisch orientierte International Telecommunication Union (ITU) übernommen, welche die Perspektive der Wirtschaft vertritt. Andere Sonder- und Unterorganisationen der Vereinten Nationen sind in die Planungen zumindest eingebunden. Gerade die für die Bereiche Bildung, Kultur und Wissenschaft zuständige UNESCO ist laut ihrer Verfassung explizit dem „freien Austausch von Ideen in Wort und Bild“ verpflichtet, arbeitet der ITU aber nur zu. Der Fürsprecher der Zivilgesellschaft agiert also nur im Hintergrund. Sind damit der Interessenausgleich und die Reformbemühungen der UNO gefährdet?

Die Vorbereitungen für das Gipfelereignis laufen seit Monaten. Auseinandersetzungen und Verzögerungen gab es mehrfach, national wie international. Im Rahmen der Bundesregierung liegt die Verantwortung beim Wirtschaftsministerium. Deutschland wiederum koordiniert seine Gipfelvorbereitungen eng mit den europäischen Partnern. Man möchte eine einheitliche EU-Position entwickeln. Viele Kritiker sind der Ansicht, dass sich Deutschland weit mehr in den Gipfelprozess hätte einbringen können. Auch die Anwesenheit des Bundeskanzlers in Genf dürfte wenig daran ändern. „Der Weltgipfel wird stattfinden, der Bundeskanzler wird physisch präsent sein“, erklärte Martina Krogmann, die Internetbeauftragte der CDU-Bundestagsfraktion, Ende Oktober in einer Pressemitteilung. Inhaltlich habe die Bundesregierung für Deutschland nichts erreicht, so ihr Urteil.¹⁵ In der Tat scheint in Deutschland das

15 Zit. nach Judith Kern, Bundeskanzler Schröder will zum Gipfel fahren, erschienen bei www.gipfelthemen.de am

Interesse der großen Politik erst spät erwacht zu sein. Während die Zivilgesellschaft unter Federführung der Heinrich-Böll-Stiftung bereits früh einen Koordinierungskreis gebildet und zahlreiche Vorschläge in die Debatte um eine WSIS-Deklaration und einen Aktionsplan eingebracht hat,¹⁶ waren die WSIS-Beiträge der Bundesregierung anfangs dürftig.

Auf internationaler Ebene setzte man sich erstmals im Juni 2002 zur einer offiziellen Vorbereitungs-Konferenz (Prep-Com1) zusammen. Prep-Com2 fand im Februar 2003 statt, Prep-Com3 begann im September 2003. Zu Beginn ging es v.a. um Verfahrensregeln, beispielsweise um das Ausmaß der Beteiligung von Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Spätestens mit Prep-Com 3 traten jedoch die inhaltlichen Differenzen zwischen den Beteiligten deutlich zutage. Die Auseinandersetzungen gingen soweit, dass die Veranstaltung abgebrochen und für November ein weiterer Anlauf vorgesehen wurde. Selbst ein weiteres Vorbereitungstreffen unmittelbar vor dem Gipfelereignis wurde nicht ausgeschlossen.¹⁷

Wird der WSIS ohne gemeinsame Deklaration der Weltgemeinschaft und ohne Aktionsplan enden? Wird er ein „weichgespültes“ Papier hervorbringen, das einerseits alle Positionen berücksichtigt, andererseits niemanden ernstlich zu verpflichten vermag und insofern auch niemanden zufrieden stellen wird? Bei aller Unsicherheit scheint ein wichtiges Ziel der Vereinten Nationen jedenfalls erreicht worden zu sein: Der WSIS-Prozess dient als Plattform und hat endlich auch die Öffentlichkeit erreicht. Dass er zugleich „eine Gelegenheit (ist), die nicht verpasst werden darf“ hat Kofi Annan bereits vor einigen Monaten ausdrücklich betont.¹⁸

23. 10. 2003. Siehe in diesem Zusammenhang außerdem den Exklusivbeitrag der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel, Digitale Spaltung überwinden, erschienen bei www.gipfelthemen.de am 22. 10. 2003.

16 Einen sehr guten Überblick über die zivilgesellschaftliche Koordination in Deutschland bietet die von der Böll-Stiftung betreute Seite www.worldsummit.2003.de.

17 Einen Einblick in die inhaltlichen Streitigkeiten im Rahmen der Prep-Coms u. a. bei Wolfgang Kleinwächter, Die Kontroversen mehrten sich, erschienen bei www.gipfelthemen.de am 28. 7. 2003 sowie Nicole Hänel, Ende gut, alles gut?, erschienen bei www.gipfelthemen.de am 22. 10. 2003.

18 Unter anderem in seiner Pressemitteilung anlässlich des Weltfernmeldetags am 17. Mai 2003, Presse- und Meinungsfreiheit gehören zusammen, einzusehen unter www.gipfelthemen.de.

Sicherheit im Netz und digitale Bürgerrechte

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sorgten Sicherheitspolitiker dies- und jenseits des Atlantiks für zahlreiche neue gesetzliche Regelungen. Zunächst standen die unmittelbaren Auswirkungen der Anschläge auf die Infrastruktur der Informationstechnologien (IT) im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die neuen IT werden aber auch bei der Umsetzung der Sicherheitsgesetze eine bedeutende Rolle spielen. Umfangreiche Datenbanken speichern personenbezogene Daten und werten sie aus. Biometrische Verfahren stellen die Identität von Bürgerinnen und Bürgern fest. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung spielt jedoch bisher eine eher untergeordnete Rolle.

Infrastruktur

Am 11. September 2001 stand die Welt unter Schock. Das Ausmaß der Anschläge von New York und Washington konnte erst allmählich erfasst werden. Die Folgewirkungen waren komplex, nicht nur menschlich und politisch, sondern auch bezüglich der Infrastruktur: Als die Twin Towers in Manhattan kollabierten, wurden auch Teile der Telekommunikations- und Energieinfrastruktur zerstört. Als ein weiteres Gebäude des World-Trade-Center-Komplexes zusammenbrach, wurde die Schaltzentrale des Telekommunikationsunternehmens Verizon so stark beschädigt, dass in Lower Manhattan Telefonleitungen zusammenbrachen und das Mobilfunksystem nur noch eingeschränkt funktionierte. Als mehrere Internet-Schaltzentralen (Points of Presence/POPs) im Welthandelszentrum zusammenbrachen, führte dies nicht nur zu Ausfällen in New York City, Connecticut und Massachusetts, sondern auch weltweit: Etliche transatlantische Schaltkreise, die aus Kostengründen über New York City führen, waren unterbrochen. In Rumänien versagten Netzwerke ihren Dienst, die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) in Genf war betroffen, und Südafrika verschwand mit seinen „za“-Websites aufgrund einer Störung des Domain-Name-Services für einige Tage ganz von der Internet-Landkarte.¹

1 Vgl. John S. Quarterman, *The Internet under Crisis Conditions: Learning from September 11*, Computer Science and Telecommunications Board, National Research Council,

Das Internet reagierte aufgrund seiner heterogenen Struktur zwar sensibel auf die Anschläge, im Großen und Ganzen jedoch blieb es stabil. Allerdings erwiesen sich die Folgen für mit dem Internet verbundene Systeme als gravierend. In New York beispielsweise konnten Ärzte in Krankenhäusern teilweise nicht mehr auf Patientendaten zugreifen. Denn die Krankenhäuser nutzten diese über eine Internetverbindung. Als diese versagte, blieben den Ärzten mit ihren Personal Digital Assistants (PDA) die internen Datenbanken verschlossen.

Um sich nach dem Schicksal ihrer Verwandten und Freunde zu erkundigen, griffen die Menschen in den ersten Stunden nach den Anschlägen zunächst zum Telefon. Auf der Suche nach aktuellen Nachrichten blieb das Fernsehen die erste Wahl – die Einwahlrate bei AOL fiel am 11. September unter die des Vortages. Viele suchten aber auch weiter gehende Informationen auf News-Websites. So vervielfachten sich die newsbezogenen Suchanfragen bei Yahoo am 11. September um den Faktor 50. Angesichts dieses Ansturms reduzierten viele Anbieter in dieser Zeit ihre Nachrichtenseiten auf bilderlosen Text, um die Ladezeiten zu reduzieren.

Herzstück der Internet-Sicherheit ist das so genannte Transmission Control Protocol/Internet Protocol (TCP/IP). Es wurde ursprünglich vom amerikanischen Militär für die zuverlässige Kommunikation seiner Truppen im Falle eines Atomkrieges eingerichtet und ermöglicht den Datenaustausch zwischen unterschiedlichen Betriebssystemen und Hardware-Komponenten. Es sollte einen atomaren Erstschatz der Sowjetunion so weit überstehen, dass die USA zum Gegenschlag ausholen konnten. Falls einzelne Netzbereiche beschädigt werden, können die Daten automatisch über noch intakte Bereiche umgeleitet werden. Einzelne verloren gegangene Datenpakete fordert das Protokoll vom Absender erneut an. Experten sind jedoch heute davon überzeugt, dass gezielte Angriffe das Internet sehr wohl lahm legen könnten. Denn in der Praxis handelt es sich nicht um ein Netz aus homogen verteilten, gleich

Washington, D.C. 2003, <http://books.nap.edu/books/0309087023/html/R1.html>.

großen Knotenpunkten. Es verfügt über eine Anzahl mehr und weniger wichtiger Knotenpunkte, deren Zusammenbruch gravierende Folgen für angeschlossene Dienste haben kann.

Mehr IT-Sicherheit

Obleich die Terroranschläge keineswegs gegen das Internet gerichtet waren, sensibilisierten sie dennoch Unternehmen und Behörden für das Thema IT-Sicherheit, indem sie die Verwundbarkeit der industriellen Infrastruktur drastisch vor Augen führten. In den USA nahmen Behörden deshalb nach dem 11. September potentiell kritische Informationen von ihren Websites. Terroristen sollen so wenig sicherheitsrelevante Daten wie möglich zur Verfügung stehen. Der amerikanische Präsident gab ein eigenes, vom Internet getrenntes Computernetz der Regierung und Behörden in Auftrag. Das so genannte Govnet soll auch vor Hacker- oder terroristischen Angriffen schützen. In Deutschland ist das Regierungsnetz IVBB (Informationsverbund Berlin-Bonn) ebenfalls ein rein internes Netz, das Daten nur verschlüsselt kommuniziert.

Hoffnungen der Industrie, das neue US-Ministerium für Heimatschutz würde zur Sicherung des Cyberspace Internet-Service-Provider zur Anwendung von Firewalls und Anti-Viren-Software verpflichten, wurden jedoch enttäuscht, denn die Einrichtung dieser Schutzmaßnahmen wurde nur empfohlen. Gleichwohl sorgten die Anschläge in den ersten Monaten für eine starke, allerdings vorübergehende Nachfrage bei den Anbietern von IT-Sicherheitsprodukten. Viele Unternehmen investierten eher ziellos in verschiedene Projekte. Im Zuge der sich verstärkenden Weltwirtschaftskrise brach die Nachfrage 2002 ein. Die Unternehmen begannen, Sicherheitsprodukte an ihrer Wirksamkeit und Kapitalrendite zu messen. Während Anbieter von Firewalls und Public-Key-Infrastrukturen kräftige Einbußen einstecken mussten, verzeichneten die Anbieter von Anti-Viren-Produkten und Intruder-Detection-Systemen einen kräftigen Aufwind. Dafür sorgten „Wurm“-Attacken wie Nimda, die zu ähnlich hohen Netzwerkausfällen wie die Terroranschläge führten.

Bereits vor dem 11. September warnten Konservative in Washington davor, dass zehn „Super-Hacker“ binnen 48 Stunden mit einem Budget von zehn Millionen US-Dollar das Land in die Knie

zwingen könnten. Die Experten verzeichneten eine Besorgnis erregende Entwicklung: So stellte Symantec, Hersteller von IT-Sicherheitsprodukten, fest, dass im Jahr 2002 80 Prozent mehr Schwachstellen in Betriebssystemen dokumentiert wurden als im Vorjahr. Im Januar 2003 verdoppelte sich beim Angriff des „Wurms“ Slammer alle 8,5 Sekunden die Anzahl der betroffenen Computersysteme – innerhalb von zehn Minuten waren mehr als 90 Prozent aller angreifbaren Systeme infiziert. CodeRed, ebenfalls ein „Wurm“, hatte 20 Monate zuvor noch 37 Minuten für die Verdopplung der infizierten Systeme benötigt. In den USA verursachte Slammer den Ausfall von über 15 000 Geldautomaten. Dabei nutzte er eine Schwachstelle des Systems aus, für die bereits seit sechs Monaten eine Abhilfe verfügbar war.²

Ende 2001 testeten in Deutschland Mitglieder des Arbeitskreises Schutz von Infrastrukturen (AKSIS), eine Interessenvertretung von 80 Unternehmen, in einem Planspiel erstmals den Ernstfall. Zu AKSIS gehören Unternehmen und Verbände wie Siemens, Lufthansa, Deutsche Telekom, Deutsche Bank, Deutsche Bahn und die Deutsche Flugsicherung. Unter der Leitung der Firma IABG in Ottobrunn simulierten sie gezielte IT-Angriffe auf den Großraum Berlin. Planspielleiter Reinhard Hutter ging von einem hohen terroristischen Organisationsgrad aus: „Eine IT-Bedrohung besteht eben nicht nur aus singulären Ereignissen.“ Ziel der Angriffe war es, die Infrastruktur der Beteiligten massiv zu beeinträchtigen. Die Angriffsmethoden waren breit gestreut: Hacker-Angriffe über das Internet, eingeschleuste Viren und Innentäter, die den Strom abschalteten und Geräte zerstörten. Zuvor eingebaute Softwarebomben platzten und legten Computer lahm. Ziel war es, herauszufinden, wie gut die Zusammenarbeit der betroffenen Branchen funktioniert. Das Ergebnis war ernüchternd: Im Ernstfall funktioniert fast nichts mehr. Hutter resümierte diplomatisch, dass danach „ein wesentlich höheres Bedürfnis bestand, miteinander zu kooperieren“³. Wenn der Ernstfall eintritt, müssen Informationen fließen, um die Maßnahmen gemeinsam abstimmen zu können. Aber das Gros der deutschen Wirtschaft litt hinsichtlich der IT-Sicherheit unter erheblichen Defiziten und verfügte über keine Notfallpläne.

2 Vgl. Günther Ennen, Vermeiden Sie das Chaos im Chaos, in: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (Hrsg.), IT-Sicherheit im verteilten Chaos. Tagungsband 8. Deutscher IT-Sicherheitskongress des BSI, Berlin 2003.

3 Im Interview mit der Autorin.

Je komplexer die Informations- und Kommunikationssysteme werden, desto größer sind auch die Risiken. Wenn es brennt, brauchen nicht nur Unternehmen, sondern auch Behörden und Universitäten dringend Hilfe. Deshalb will die Bundesregierung zentrale Anlaufstellen, so genannte CERTs (Computer Emergency Response Teams), flächendeckend ausbauen. CERTs leisten nicht nur Hilfe, wenn es nötig ist, sie arbeiten auch vorbeugend, indem sie vor Schwachstellen in Produkten warnen und über aktuelle Viren informieren. Wie die Feuerwehr proben sie in Penetrationstests den Ernstfall.

Die Bundesregierung betreibt im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) inzwischen rund um die Uhr ein Lagezentrum im so genannten CERT-Bund sowie einen Warn- und Informationsdienst. Außerdem gibt es eine CERT-Kooperation mit der Deutschen Telekom. Die Universitäten profitieren schon seit Jahren vom CERT des Deutschen Forschungsnetzes (DFN-CERT). Der Mittelstand gilt als IT-Sicherheitsorgenkind: Laut Bundesinnenministerium nutzen zwar rund 80 Prozent der kleinen und mittelständischen Unternehmen Computer und IT-Netzwerke, sorgen aber meist nicht für ausreichenden Schutz. Seit wenigen Monaten kümmert sich das CERT des IT-Verbands Bitkom, das so genannte Mcert, um den Mittelstand. Finanziert wird es nicht nur von einer Reihe von Unternehmen wie Datev, Deutsche Telekom, Gieseke & Devrient, Microsoft, PSINet, SAP und Symantec, sondern auch mit einem sechsstelligen Betrag der Bundesregierung.

Derzeit gibt es rund 15 CERTs in Wirtschaft, Forschung und Verwaltung. „So wie böswillige Hacker untereinander Informationen austauschen, so müssen in Zukunft auch Sicherheitsspezialisten enger zusammenarbeiten“, mahnt Bernd Grobauer vom Siemens-CERT. Um den Informationsaustausch zu verbessern, gründeten im August 2002 sechs CERTs einen nationalen CERT-Verbund. In diesem Jahr hat der Verbund weitere CERTs aufgenommen. Eine europäische Infrastruktur ist in der Entstehung. Auf der Ebene internationaler Konzerne gibt es bereits einige europäische CERTs, etwa das von Siemens. Das europäische Projekt EISPP (European Information Security Promotion Programme) versorgt seit dem Frühjahr in einem halbjährigen Pilotversuch kleine und mittelständische Unternehmen mit Sicherheitsratgebern, so genannten Security Advisories.⁴

⁴ Vgl. Bernd Grobauer, EISPP – Anfänge eines Europäischen Warnungs- und Informations-Systems, in: Bundesamt (Anm. 2.).

Die Sicherheit im Netz erfordert von Unternehmen und Behörden noch gewaltige Anstrengungen. IT-Systeme müssen sicherer gestaltet werden, Organisationsprozesse müssen so ausgelegt werden, dass sie effektive Maßnahmen in Notfällen ermöglichen. Leichter scheint es angesichts der komplexen Herausforderungen, an der Gesetzesschraube zu drehen. So lebte die These vom Internet als rechtsfreiem Raum nach den Anschlägen vom 11. September schnell wieder auf. Man vermutete, die Attentäter hätten sich per Internet verabredet und mit steganografischen (geheimschriftlichen) Mitteln Botschaften in Bildern versteckt. Inzwischen ist bekannt, dass das Netz bei der Planung und Ausführung der Terroranschläge keine besondere Rolle gespielt hat. Dennoch wurde in den USA das Cybercrime-Gesetz verschärft. Bei schweren Verstößen droht Hackern nun lebenslange Haft. Damit Strafverfolger verdächtigen Telefon- und E-Mail-Verkehr schnell analysieren können, müssen Internet-Diensteanbieter ihre Daten zur Verfügung stellen.

Personenbezogene Daten stehen nicht nur bei der Cyberkriminalität, sondern auch bei anderen möglichen Straftaten im Fokus der Fahnder. Vor allem in den USA überzeugte die Vorstellung, man hätte die Terroranschläge verhindern können, wäre man nur in der Lage gewesen, „die einzelnen Punkte miteinander zu verknüpfen“. „Connecting the dots“, das Verbinden von Punkten wie beim Malen nach Zahlen, ist die politische Metapher: Man zieht einen Strich von einem nummerierten Punkt zum nächsten, und am Ende erkennt man einen Löwen oder einen Tannenbaum. Nach diesem Prinzip, so heißt es, sollten in Zukunft auch die Sicherheitskräfte ihre Daten zusammenfügen. Denn existierten nicht schon vor dem 11. September eine Fülle von Daten über die späteren Attentäter, und hätte man diese nicht zu einem Gesamtbild zusammenfügen können?

Bruce Schneier, Experte für Computersicherheit, skizzierte in einem Kommentar das Problem: Die Zeichenpunkte ließen sich erst nummerieren und zum Bild fügen, wenn die Fakten bewertet seien. Nach den Anschlägen war es zwar leicht, die richtigen Verbindungen zwischen den Flugschülern in Florida, geheimen Treffen im Ausland, Hinweisen befreundeter Regierungen und Daten der Einwanderungsbehörden zu ziehen. Aber die Fahnder verfügten über eine astronomische Anzahl maßgeblicher und unmaßgeblicher Erkenntnisse, angesichts

derer sich laut Schneier zwangsläufig die Frage stellt: „Ist es ein Löwe, ein Baum, ein Bügeleisen oder schlicht nur ein wirrer Punktehaufen?“⁵

Um das Wichtige im Datenwust zu finden, braucht man Suchprogramme. Der Gründer der amerikanischen Softwarefirma Textwise, Mark Weiner, sieht die Entwicklung dieser Produkte in der Tat „hauptsächlich von den Visionen der Geheimdienst-Community getrieben“⁶. Er spricht aus eigener Erfahrung: Textwise hat – in jahrelanger enger Zusammenarbeit mit US-Nachrichtendiensten und finanziert vom Verteidigungsministerium – das Programm DR-Link geschaffen und setzt es nun als Teil anderer Softwareprodukte ein. DR-Link sucht nicht nur wortgenau, sondern auch thematisch. So versucht es zu unterscheiden, ob beispielsweise die „Bank“ zum Sitzen oder die zum Geldabheben gemeint ist, wenn das Wort in einem Text auftaucht. Das sind wichtige Eigenschaften, um aus großen Textsammlungen wie etwa erlauchten Telefonaten und E-Mails alle Äußerungen zu filtern, die sich wahrscheinlich einem verdächtigen Thema widmen.

Das Such- und Klassifizierungsprogramm Excalibur Retrieval Ware der US-Firma Convera zerlegt Texte grammatisch und syntaktisch und versucht, ihre Bedeutung in so genannten semantischen Netzen abzulegen. Diese Konstrukte sind eine Erfindung der Künstliche-Intelligenz-Forschung. Zumindest in der Theorie kann man solchen Systemen auch mit diffus formulierten Suchanfragen gute Antworten entlocken, etwa der „nach großen Geldbeträgen, die letztes Jahr in den Irak überwiesen wurden“. Auf derartigen Such- und Analysefunktionen fußt eine weitere Gruppe von Programmen, die der optischen Darstellung der Ergebnisse dienen; Spyr heißt eines dieser Programme. Die Vereinigten Staaten setzten es in der experimentellen Version direkt nach dem ersten Golfkrieg ein, um den irakischen Funkverkehr zu analysieren. Die Firma Cartia brachte es dann als Themescape vor vier Jahren als kommerzielles Produkt auf den Markt. Sie wurde Anfang 2001 vom US-Unternehmen Aurigin aufgekauft, das sein Geld mit dem Betrieb und der Durchforstung von Patentsammlungen verdient. Themescape analysiert den Inhalt von Dokumenten und setzt sie in eine Art Landkarte um; Themenkomplexe erscheinen als Hügel, und fährt man mit dem Mauszeiger darüber, wird die Zusammenfassung eines Dokuments angezeigt.

5 Im Crypto-Gram Newsletter vom 15. 6. 2002, www.schneier.com/crypto-gram-0206.html.

6 Mike Weiner, The Intelligence Community: An Outsiders View, www.oss.net.

Solche Auswertungsprogramme erfordern umfangreiche Datenbanken. Eine konkrete Anwendung für eine solche Datenbank ist etwa das neue amerikanische Flugpassagier-Kontrollsystem. Die Daten sollen helfen, künftig innerhalb von fünf Sekunden aufgrund einer Analyse und Risikoabschätzung Terroristen identifizieren können. Auch Europäer werden in dem System gespeichert sein: Seit März 2003 können die US-Zollbehörden auf die Flugpassagier-Datenbanken europäischer Luftfahrtgesellschaften zugreifen. Zu den Datensätzen gehören neben dem Namen, Geburtsdatum, Anschrift und Telefonnummer des Reisenden auch die Namen seiner Mitreisenden und seines Reisebüros sowie des Sachbearbeiters im Reisebüro. Ebenfalls gewünscht ist die Rechnungsanschrift, die E-Mail-Adresse und der Reisestatus. Wenn Reisende besondere Mahlzeiten wünschen, speichert das System auch diese Spezialwünsche. Die EU-Kommission hat dem Datenabruf bereits zugestimmt, weil die USA den europäischen Luftfahrtgesellschaften mit dem Entzug der Landeurlaubnis gedroht hatten. Doch damit verstießen sie gegen geltendes Recht, wie Datenschützer feststellten. Seither verhandeln die EU-Kommission und die USA vergeblich über eine rechtskonforme Lösung.

In Deutschland ließ kurz nach den Terroranschlägen ein Vorschlag des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes, Eckart Werthebach, aufhorchen: Er forderte eine zentrale Datenbank für „Islamistischen Terrorismus“.⁷ Darin sollten der Militärische Abschirmdienst (MAD), der Bundesgrenzschutz und das Zollkriminalamt ihre Daten einspielen. Werthebachs Idee fand vorerst kein Gehör. Doch das neue Schengen-Informationssystem (SIS II), das seit 2002 entwickelt wird, könnte ein ähnlich umfassendes Datenreservoir bilden. Es soll biometrische Daten verarbeiten und neue Datenbanken enthalten. Diese werden Informationen über „Unruhestifter“ in den Schengen-Ländern enthalten, die Reiseverbote für bestimmte Ereignisse erhielten, ferner über Visa von Demonstranten aus Drittstaaten, über Reisesperren und bereits identifizierte Terroristen. SIS II wird Personen- und Objektdaten miteinander verknüpfen und so die europäische Rasterfahndung in Ansätzen ermöglichen.⁸

7 Eckart Werthebach, Task Force Zukunft der Sicherheit. Idealtypische Organisation innerer und äußerer Sicherheit, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2002, www.bertelsmannstiftung.de/documents/GutachtenWerthebach.pdf.

8 Vgl. SIS II takes ominous shape, Statewatch vom 4. 4. 2002, www.statewatch.org/news/2002/apr/01sis.htm.

Wie erfolgreich die Rasterfahndung wirklich ist, ist unter Experten umstritten. Etwa 20 000 Datensätze hat das Bundeskriminalamt (BKA) mit der bundesweiten Rasterfahndung gegen angebliche islamistische „Schläfer“ gespeichert. Ziel der Rasterfahndung war es, weitere potentielle Terroristen zu identifizieren, um Anschläge verhindern zu können. Doch das für die Rasterung verwendete Profil war so unscharf, dass es aus den Datenbanken von Universitäten, Versorgungsunternehmen und Transportgesellschaften im Wesentlichen alle männlichen Studenten islamischen Glaubens ermittelte. Die Rasterfahndung führte zu keinen unmittelbaren Ergebnissen; Fahndungserfolge waren bisher eher indirekt auf sie zurückzuführen. Die Rasterfahndungsmethode wurde verfassungsrechtlich in Deutschland nie geprüft. Der einzige Erfolg, der bis dato erzielt werden konnte, war die Festnahme des RAF-Terroristen Rolf Heißler im Jahre 1979.⁹

Wichtige Fragen blieben nach dem Datenabgleich offen und erforderten intensive Ermittlungen: Welche Querverbindungen gibt es zwischen einzelnen Personen? Über welche Kommunikationsmittel werden sie gepflegt? Die benutzten Software-Werkzeuge müssten Verbindungen darstellen können, etwa als Grafik auf dem Bildschirm. Aber nur wenige Landeskriminalämter, etwa das LKA in Brandenburg, verfügen über eine derart moderne Fahndungssoftware, mit der man ein Datenbankobjekt auswählen – im Fall der Terroristenfahndung ein Täterprofil – und festlegen könnte, welche seiner Kriterien bedeutsam erscheinen; die anschließende Suche müsste dann die einander ähnlichsten Objekte anzeigen.

Telekommunikationsüberwachung

Nicht nur Flugpassagierdaten, sondern auch Telekommunikationsverbindungsdaten versprechen ergiebige Datenanalysen, da sie Aufschluss darüber geben, wer mit wem wann telefoniert, gefaxt oder gemailt hat und wer wann welche Website aufgesucht hat. Mit der entsprechenden Software können Fahnder aus solchen Daten Beziehungsgeflechte kartieren. In der Europäischen Union diskutierten die Mitgliedstaaten auf Bitte des amerikanischen Präsidenten über eine Vorratsspeicherung von Internet-Verbindungsdaten durch die

9 Vgl. Walther Graf, Rasterfahndung und organisierte Kriminalität, Texte „Umwelt Kriminalität Recht“, Band 3, Bonn 1997.

Provider. Eine entsprechende Verordnung kam allerdings bislang aufgrund des Widerstands aus Deutschland noch nicht zustande, obgleich sich die meisten Länder dafür aussprachen.

Sinnvoll ist eine solche Speicherung für die Verfolgung von Internetkriminalität nur dann, wenn möglichst viele Länder dieselben Regeln befolgen. Denn Kriminelle können Verbindungen über mehrere Länder hinweg aufbauen; Strafverfolger können sie aber dann nur ermitteln, wenn sie die Provider-Daten aus jedem einzelnen betroffenen Land erhalten. Dieses Thema wird deshalb wohl ein zentrales Anliegen der USA auf dem bevorstehenden UN-Gipfel zur Informationsgesellschaft sein. Die Amerikaner dringen auf eine möglichst breite Unterzeichnung des Europarat-Abkommens zur Cyberkriminalität.

Die Fahnder interessieren sich nicht nur für die Internetverbindungsdaten, sondern für alle Telekommunikationsverkehrsdaten. Die Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG), das Anfang 2004 im Deutschen Bundestag verabschiedet werden soll, enthält unter anderem Regelungen für die Überwachung von Telekommunikationsanlagen. Nicht nur Anbieter, die öffentliche, sondern auch jene, die nichtöffentliche Telekommunikationsdienste anbieten, müssen dann auf eigene Kosten Überwachungsschnittstellen bereithalten. Das betrifft auch Firmen, die interne Telefon- und Datenetze betreiben. Rufnummer, Name, Anschrift, Geburtsdatum, Anschlusslage und Vertragsbeginn sowie gegebenenfalls auch das Vertragsende sollen gespeichert werden. Die Datenabfrage wird erleichtert, indem Abfrager „Jokerzeichen“ verwenden können sollen. „Ähnlichenfunktionen“ sollen auch dann Ergebnisse generieren, wenn eine erste Abfrage keine Treffer bringt. Nicht nur Strafverfolgungsbehörden, sondern auch Zoll, Verfassungsschutz, MAD und Bundesnachrichtendienst (BND) sollen den automatischen Abfrageservice der öffentlichen Telekommunikationsdienste nutzen können. Auch Notrufabfragestellen erhalten Zugriff, um einen Anrufer zurückzuverfolgen. Das Bundesamt für Finanzen darf die sensiblen Verkehrsdaten ebenso abfragen wie die so genannten „Schwarzarbeit-Fahnder“ von Ordnungsämtern, Arbeitsämtern und Zoll.

Nicht nur klassische Telekommunikationsdaten sind im Visier der Fahnder. Im August 2003 erwirkte die Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Gummersbach einen Beschluss¹⁰ gegen die Firma Toll Collect, die das Mauterfassungssystem für

10 Az. 10a Gs 239/03.

Lastkraftwagen betreiben soll: Toll Collect erbringe geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und müsse die hierbei anfallenden Daten der Kriminalpolizei zur Verfügung stellen. Mit Hilfe der Daten wollen die Fahnder beispielsweise einen gestohlenen Container-Lastwagen, der mit dem Toll-Collect-System ausgestattet war, aufspüren. Vorerst hatten die Fahnder keinen Erfolg: Da das Mautsystem auch falsche Standortdaten liefert, waren die Daten nicht zuverlässig genug. Toll Collect gab keine Daten heraus und wandte sich an den Bundesdatenschutzbeauftragten mit Bitte um Klärung. Das Autobahnmautgesetz sieht für die Mautdaten eine Zweckbindung vor, die jede andere Verwendung ausdrücklich untersagt.

„Offensichtlich ist es doch so, dass die staatlichen Behörden mit Toll Collect über ein flächendeckendes Fahnungsreservoir für Bewegungs- und Standortprofile der Bürgerinnen und Bürger verfügen“, meint der Datenschutzexperte Johann Bizer.¹¹ Dabei hätte sich das Mautsystem auch weitaus datensparsamer gestalten lassen.

Identitätskontrollen

Nachhaltiges Interesse erfahren seit dem 11. September auch biometrische Verfahren, die früher ein Mauerblümchendasein fristeten. Neue Passgesetze ermöglichen in den USA und in Europa die Einführung biometrischer Merkmale in Visa und Pässen, um Personen anhand von Fingerabdrücken oder Gesichtskordinaten zu identifizieren. Die EU strebt die Verwendung von Fingerabdrücken zunächst in Visa und Aufenthaltsgenehmigungen an. Die USA wollen ab Januar 2004 an Flughäfen Fotos und Fingerabdrücke von Einreisenden zur Identitätskontrolle speichern.

Derzeit lassen Bundesregierung und Bundestag Wissenschaftler in Machbarkeitsstudien Optionen für den digitalen Personalausweis prüfen. Die Leistungsfähigkeit biometrischer Identifikationssysteme ist noch umstritten. Computerjournalisten der Zeitschrift „c't“ umgingen mit einfachen Basteleien nicht nur Fingerabdrucksysteme, sondern auch Gesichtserkennungs- und die als sehr sicher geltenden Iris-Scanning-Systeme.¹² Ein japanischer Mathematiker konnte Anfang 2002 elf

biometrische Fingerabdruck-Systeme mit Hilfe von künstlichen Fingern aus Gummibärchen-Gelatine täuschen. Die Gummifinger wiesen mit 23 Prozent Feuchtigkeit ähnliche physikalische Eigenschaften wie echte Finger auf.¹³

Das BSI verglich in seiner Studie BioFace¹⁴ die Erkennungsleistung von vier Gesichtserkennungssystemen und kam zu vernichtenden Ergebnissen. Die Tester stellten fest, „dass den Systemen keine eindeutige Trennung der Matches von den Non-Matches gelang“. Die aufgezeichneten biometrischen Merkmale einiger Testpersonen glichen sich so stark, dass die Tester von „beinahe biometrischen Zwillingen“ sprachen. Im Praxistest, der eine Zugangskontrollsituation nachstellte, erkannten zwei der vier getesteten Systeme „fast keine der Testpersonen, wobei das schlechtere dieser beiden Systeme so unzuverlässig war, dass es nur an wenigen Tagen überhaupt in Bereitschaft war“. Die Erkennungsleistung der anderen Systeme lag unter 50 Prozent.

Letztlich wird die flächendeckende Einführung von biometrischen Merkmalen in den Personalausweis aber auch eine Frage des Geldes sein: Experten schätzen die Investitionskosten auf mehrere Milliarden Euro. Eine effektive Ausweiskontrolle ist zudem nur möglich durch eine aufwendige Infrastruktur: Nicht nur die Einwohnermeldeämter, sondern auch alle Polizei- sowie Bundesgrenzschutzbeamten müssten künftig mit entsprechenden Lesegeräten ausgestattet werden.

Unterdessen treiben vor allem die USA die internationale Standardisierung voran. Für die Verwendung von Gesichtsmarkmalen im Personalausweis spricht vor allem das Votum der zivilen Luftfahrtbehörde der Vereinten Nationen ICAO (International Civil Airline Organization).¹⁵ Sie ist zuständig für die Harmonisierung des Ausweis- und Passwesens. Ergänzt werden kann die Gesichtserkennung durch bis zu zwei zusätzliche biometrische Verfahren wie Fingerabdruck und Irismuster. Derzeit arbeiten bei der internationalen Standardisierungsorganisation ISO/IEC (International Standards Organization/International Electrotech-

¹¹ Im Interview mit der Autorin.

¹² Vgl. Lisa Thalheim/Jan Krissler/Peter-Michael Ziegler, Körperkontrolle. Biometrische Zugangssicherungen auf die Probe gestellt, in: c't, (2002) 11, S. 114 ff.

¹³ Vgl. Tsutomu Matsumoto, Importance of Open Discussion on Adversarial Analyses for Mobile Security Technologies. A Case Study for User Identification, 14. 5. 2002, Graduate School of Environment and Information Sciences, Yokohama National University, www.itu.int/itudoc/itu-t/workshop/security/present/s5p4.html.

¹⁴ Vgl. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Bio-Face-Studie, Bonn 2003, www.bsi.bund.de/fachthem/BioFace/BioFaceIIBericht.pdf.

¹⁵ Vgl. www.icao.int.

nical Commission) fünf verschiedene Arbeitsgruppen parallel an Standards für biometrische Daten.

Sie prüfen auch den Einsatz von RFID-Funkchips¹⁶ in Pässen, welche die biometrischen Daten speichern könnten. Diese Chips sollen im kommerziellen Bereich den Scanner-Strichcode ablösen. Es handelt sich um winzige Chips mit Antenne, die eine Identifikationsnummer aussenden, wenn sie in die Nähe eines Lesegerätes gehalten werden. Mit ihrer Hilfe können Hersteller über das Internet den Weg ihrer Waren vom Lager über den Supermarkt bis zur Müllhalde nachvollziehen.¹⁷ Allerdings können mit ihrer Hilfe auch die Bewegungsdaten der Konsumenten gesammelt werden. Zwar senden zur Zeit die Chips Daten nur über eine Entfernung von 30 Metern, doch für Access-Systeme oder firmeninterne Anwesenheitskontrollsysteme genügt dies bereits. Nicht nur Reisepässe sollen mit den Funkchips ausgestattet werden: Die Europäische Zentralbank will 500-Euro-Geldscheine ab 2005 mit den Chips ausrüsten.

Künftige Identifikationssysteme können Personen mittels implantierter Chips lokalisieren.¹⁸ Wie RFID-Chips geben sie Daten kontaktlos weiter und sind nahezu unsichtbar. Mehr als jede andere biometrische Technologie dürften jedoch DNA-Analysesysteme auf Bedenken stoßen. So genannte DNA-Sniffer werden als aussichtsreichste Kandidaten für künftige Identifikationssysteme gehandelt. Nach Ansicht des Genetikers Sir Alec Jeffries könnte es sich hierbei um einen Kleincomputer, einen so genannten Handheld, handeln, den die Polizei an den Tatort mitnehmen kann. Er könnte verschiedenen Proben untersuchen und binnen Minuten mit dem genetischen Profil einer Person aufwarten. Sollte eine globale Datenbank zur Verfügung stehen, könnte diese binnen Sekunden den Täter identifizieren.¹⁹

16 RFID: Radio Frequency Identification, Identifizierung per Funk.

17 1999 vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) gegründet, entwickeln das Audio-ID Center in Partnerschaft mit den Universitäten Cambridge, Adelaide, Keio und St. Gallen die RFID-Technologie. Unterstützt wird es von über 100 Konzernen und Behörden, unter anderem von Coca-Cola, Unilever, Procter & Gamble und Wal-Mart bis zu UPS, Metro, Intel, SAP und dem US-Verteidigungsministerium; vgl. www.autoidcenter.org.

18 Die US-Firma Applied Digital Solutions entwickelt unter dem Namen „Digital Angel“ Bio-Implantate, Zielgruppe sind Patienten, vgl. www.adsx.com/prodservpart/digital-angel.html.

19 Vgl. Institute for Prospective Technological Studies, Security and Privacy for the Citizen in the Post-September 11 Digital Age: A Prospective Overview, Europäische Kommission, Juli 2003.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Die Bekämpfung des Terrorismus darf nicht die Prinzipien gefährden, zu deren Verteidigung sie angetreten ist, mahnen Bürgerrechtler. Nach dem 11. September entschieden sich Politiker in der Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit jedoch immer für mehr Eingriffe in das private Leben von Bürgerinnen und Bürgern. Ihr Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gerät so in Konflikt mit den Sicherheits- und Schutzbedürfnissen des Staates. Die bereits existierenden Maßnahmen müssten vor allem auf ihre Effizienz überprüft werden. Insbesondere nach dem 11. September werden die Telekommunikations- und Internetüberwachung im internationalen Verbund ständig ausgeweitet. Immer mehr Daten werden gesammelt und verarbeitet. Die Rasterfahndung soll als vermeintlich erfolgreiches Fahndungsinstrument nach Europa exportiert werden. Der politische Fahrplan sieht die Einführung biometrischer Verfahren vor, obgleich sie sich in Tests als untauglich für den Masseneinsatz gezeigt haben. Wie der Umgang mit den Flugpassagierdaten zeigt, haben Bürger keine Möglichkeit, die Verwendung ihrer Daten im Ausland zu kontrollieren.

All diese Beispiele zeigen, wie das vom Bundesverfassungsgericht mit dem Volkszählungsurteil 1983 verankerte Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung seit dem 11. September 2001 verletzt und ausgehöhlt wird. Für eine lebendige Demokratie ist das bedenklich. Denn nach wie vor gilt, was schon seinerzeit das Bundesverfassungsgericht feststellte: „Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. Wer damit rechnet, dass etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behördlich registriert wird und dass ihm dadurch Risiken entstehen. Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungsfähigkeit und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.“²⁰

20 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. 12. 1983, www.uni-wuerzburg.de/dfr/bv065001.html.

Medien als Kriegswaffe

Eine Analyse der amerikanischen Militärpropaganda im Irak-Krieg

„We're coming with a mighty force to end the reign of your oppressors.
We are coming to bring you food and medicine and a better life.
And we are coming, and we will not stop, we will not relent until your country is free.“
George W. Bush

Der kommunistische Politiker und Medienunternehmer Willi Münzenberg (1889–1940) bezeichnete Propaganda einmal als Waffe, die es im politischen Kampf konsequent zu nutzen gelte.¹ Die USA haben sich dieses Axiom im jüngsten Irak-Krieg gründlich zu Eigen gemacht: „Kein Krieg der Geschichte war so sehr ein Medienkrieg wie der im Irak.“² Die Journalisten waren auf beiden Seiten Teil der Kriegsstrategie. Die irakische Präsident Saddam Hussein setzte darauf, dass die Medien so lange Bilder von verstümmelten Kindern und verletzten Zivilisten verbreiten würden, bis die empörte Öffentlichkeit im Westen ihre Regierungen zum Frieden zwingen würde. Die US-Regierung hoffte dagegen, dass die rund 500 direkt von der Front berichtenden Journalisten ihren Heimatredaktionen jene symbolischen Bilder liefern würden, welche den Krieg als Kreuzzug für die Freiheit erscheinen ließen.

In der propagandistischen Beeinflussung der Weltöffentlichkeit war in diesem wieder einmal als Gut gegen Böse inszenierten Duell eine neue Qualität zu verzeichnen: Die Massenmedien sind aus Sicht der Militärs von potenziellen Störfaktoren, die es zu instrumentalisieren gilt, zu willfähigen Helfern der Kriegführung avanciert. Die Medien selbst wurden zur Kriegswaffe. Gleichzeitig hat die politisch-diplomatische Außendarstellung der USA einen bemerkenswerten Veränderungsprozess durchlaufen, der im Irak-Krieg einen vorläufigen Höhepunkt fand: Kriege und bewaffnete Interventionen werden von vornherein als Public-Relations-Ereignisse geplant, Fragen ihrer dramaturgischen Inszenierung erlangen beinahe dieselbe Bedeutung wie die eigentliche politisch-militärische Planung.

Wie beinahe immer bin ich Carsten Brosda für Kritik und Rat zu Dank verpflichtet.

1 Willi Münzenberg, *Propaganda als Waffe*, Paris 1937, S. 10.

2 *Der Spiegel*, Nr. 36/2003, S. 58.

Im Folgenden sollen diese Veränderungen am Beispiel des Irak-Kriegs näher beleuchtet werden. Zunächst geht es um die Professionalisierung der US-Auslandspropaganda in den späten neunziger Jahren, in einem zweiten Schritt dann um die neuen Strategien, mit denen Militärs die Potenziale der Medien instrumentalisieren und zu ihren eigenen Zwecken einsetzen.

Die Steuerung der Medien durch „Public Diplomacy“

Bereits im Sommer 2002, ein Dreivierteljahr vor Beginn des Krieges, sah sich die islamische Welt einer amerikanischen Charme-Offensive ausgesetzt. In den USA lebende Muslime erklärten in Fernsehspots, warum der *American way of life* auch für sie attraktiv sei, und bunte Broschüren, in denen die weise Politik des George Walker Bush gelobt wurde, tauchten in den Metropolen der islamischen Welt auf. Gleichzeitig erschienen in westlichen Medien zahlreiche aufsehenerregende Hintergrundberichte über Saddam Husseins brutale Herrschaft im Irak – vielfach mit Informationen versehen, die keine Redaktion auf eigene Faust hätte recherchieren können. Die Häufung von Meldungen und Berichten war kein Zufall, sondern Produkt der amerikanischen PR-Kampagne, die bereits lange vor Beginn des Krieges gestartet worden war.

Für derartige Kampagnen sind die Vereinigten Staaten heute gut gerüstet. Die US-Administration hat schon in der Clinton-Ära begonnen, ihren noch aus dem Kalten Krieg stammenden Apparat für Auslandspropaganda und internationale Kulturarbeit zu modernisieren. Ein wichtiger Schritt war dabei die Zusammenfassung der bestehenden Institutionen zu einer schlagkräftigen Organisation unter Kontrolle des Außenministeriums. Im Zuge dieses Prozesses wurde die United States Information Agency (USIA) am 1. Oktober 1999 in das

Außenministerium, das Department of State, integriert.³ Dies kam einem Paradigmenwechsel gleich, denn bislang hatten die USA stets darauf geachtet, parteipolitisch neutrale Propagandaagenturen und parteilich besetzte Ministerien strikt getrennt zu halten.⁴

Die 1953 von Präsident Eisenhower auf Grundlage des Smith-Mundt Acts von 1948 gegründete USIA ist eine der wichtigsten Institutionen für die globale Selbstdarstellung der Vereinigten Staaten, in der ein Großteil aller Programme zur globalen Kommunikation zusammengefasst ist. Durch die Unterstellung der vormals unabhängigen Agentur unter das Außenministerium und die faktische Fusion mit dem International Information Program (IIP), dem offiziellen Auslandspressbüro der USA, erhielt das Department of State erstmalig eine schlagkräftige und politisch direkt steuerbare Institution für Auslandspropaganda. Das Wort Propaganda wird innerhalb der US-Administration zur Kennzeichnung der eigenen Aktivitäten allerdings nicht mehr gebraucht. Strategische Einflusskommunikation wird unter dem Titel „Public Diplomacy“ geplant und durchgeführt. Darunter lässt sich eine Mischung aus Auslandspropaganda, politischem Marketing und Kulturdiplomatie verstehen. In offizieller Definition: „Public diplomacy involves U.S. Government activities intended to understand, inform, and influence foreign publics through international exchanges, international information programs, media research and polling, and support for nongovernmental organizations. Public diplomacy solidifies relations with America's allies, seeks to inculcate others with American values, and promotes mutual understanding between the United States and other societies. Done properly, it reduces the potential for conflict – military, political, and economic – and dispels negative notions about the United States. Public diplomacy is an inexpensive, yet highly effective, way to promote American policy and interests overseas.“⁵

3 Rechtsgrundlage war der am 21. 10. 1998 verabschiedete Foreign Affairs Reform and Restructuring Act (Public Law 105–277).

4 Seit den zwanziger Jahren wird in den USA eine intensive Diskussion über die von Propaganda ausgehenden Gefahren geführt, die ihren Ausgangspunkt im Streit über die Rolle des so genannten Creel Committees im Ersten Weltkrieg hatte. Als Konsequenz dieser Auseinandersetzungen wurden in den USA zwischenzeitlich alle staatlichen Propagandainstitutionen verboten. Vgl. George Creel, *How We Advertised America. The First Telling of the Amazing Story of the Committee on Public Information that Carried the Gospel of Americanism to Every Corner of the Globe*, New York 1972 (Orig. 1920).

5 United States Advisory Commission on Public Diplomacy, *Consolidation of USIA Into The State Department: An Assessment After One Year* (Oktober 2000), S. 5; www.state.gov/www/policy/pdadcom/acpdreport.pdf.

Zur Staatssekretärin für den Bereich Public Diplomacy/Public Affairs im Außenministerium wurde im Oktober 2001 Charlotte Beers ernannt.⁶ Politisch war sie bis dahin ein unbeschriebenes Blatt, in der internationalen Marketing-Szene dafür umso besser bekannt. Beers begann ihre Karriere als Produktmanagerin für Uncle Ben's Rice. Später wurde sie Vorstandsvorsitzende der weltweit operierenden Werbeagentur J. Walter Thompson. Die Arbeitsweise von Beers' Abteilung gleicht der von Werbeagenturen: Es geht um das Besetzen der öffentlichen Tagesordnung mit eigenen Themen und Positionen (*agenda setting*), um die Schaffung positiver Images und um die Kreation schlagkräftiger Slogans, welche dann breit kommuniziert und in Umlauf gebracht werden müssen. Diese Maßnahmen zielen auch auf die öffentliche Meinung in der westlichen Welt, vor allem aber ist Beers für die US-Kulturoffensive in den arabischen Ländern verantwortlich. Im Vorfeld des Irak-Krieges initiierte sie z. B. die 15 Millionen US-Dollar teure Kampagne „Gemeinsame Werte“, die den Aufmarsch am Golf orchestrierte. Kernbestandteil war eine Hochglanzbroschüre mit dem Titel: „Irak: von der Angst zur Freiheit“, die viel über Saddam Husseins Giftgasattacken in den achtziger Jahren zu berichten wusste, nichts jedoch darüber, dass die Amerikaner den irakischen Diktator kurz zuvor selbst zur C-Waffen-Macht hochgerüstet hatten.⁷

Obwohl sich in der letzten Zeit auch innerhalb der US-Administration kritische Stimmen derer mehrten, die Zweifel am Erfolg von nach dem Muster kommerzieller Werbekampagnen gestrickten Propagandaaktionen hegen, ist der prinzipielle Glaube an die Macht von Public Diplomacy ungebrochen und erfährt von der Bush-Administration höchste Wertschätzung. Der Jahresetat allein des Außenministeriums für derartige Aktivitäten beträgt – die Rundfunkstationen eingeschlossen – zur Zeit rund 1,14 Milliarden US-Dollar. Im Oktober 2003 legte die „United States Advisory Group on Public Diplomacy for the Arab and Muslim World“ einen Bericht mit dem Titel „Changing Minds, Winning Peace“ vor. Der Report analysiert das Image der USA in der islamischen Welt und macht Handlungsvorschläge. Angesicht des verbreiteten Hasses auf Amerika, der „schockierende Ausmaße“ angenommen habe, fordert die Gruppe eine weitere Intensivierung der internationalen

6 In Beers' Verantwortungsbereich fallen die Büros für Educational and Cultural Affairs und das International Information Program (IIP), die ehemalige USIA sowie das am State Department zuvor existierende Public Affairs Program.

7 Vgl. Der Spiegel, Nr. 5/2003, S. 156 f.

Kommunikationsaktivitäten: „A process of unilateral disarmament in the weapons of advocacy over the last decade has contributed to widespread hostility toward Americans and left us vulnerable to lethal threats to our interests and our safety.“⁸

Die Bedeutung internationaler Informationspolitik lässt sich auch daran ablesen, dass es unter den maßgeblichen Ministern des Bush-Kabinetts handfesten Streit darüber gibt, wer welchen Propagandaapparat unterhalten darf. So gründete Verteidigungsminister Donald Rumsfeld 2002 das Office of Strategic Influence, welches – das wurde offen gesagt – ein Büro für internationale Zersetzungspropaganda und Desinformationspolitik sein sollte. Zwar musste das Pentagon dieses Büro nach weltweiten Protesten vor allem von Medienvertretern wieder schließen, doch nur kurz darauf wurde im Weißen Haus ein „Office of Global Communications“ gegründet, das ähnliche Aufgaben wahrnimmt und die gesamte Auslandspropaganda der USA koordinieren soll – womit Bush die Kompetenzen von Außenminister Colin Powells neu geschaffenen Public-Diplomacy-Apparat in Frage stellte.⁹

Diese Aktivitäten spielen sich auf der offiziellen Regierungsebene ab und fallen damit in den Bereich der „weißen“, quasi offiziellen Propaganda. Parallel dazu sind in den USA in den vergangenen Jahren Strukturen entstanden, die eher im Zwielicht der „grauen“ Propaganda operieren. Eine zentrale Rolle spielt hier der Kommunikationsberater John Rendon mit seiner Firma The Rendon Group.¹⁰ Die weltweit kolportierten Details aus Saddam Husseins Privatleben etwa wurden vor allem von Rendons Agentur gestreut. Rendon war auch verantwortlich für die PR zum Afghanistan-Feldzug. Vielfach operiert die Rendon Group bei ihren Versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, am Rande der Wahrheit. So behauptet Rendon seit Jahren, dass Saddam Hussein 1998 die UNO-Inspektoren aus dem Irak geworfen habe. Richtig ist: Der damalige Chefinspektor Richard Butler zog sein Team ab, weil er von bevorstehenden US-Bombenangriffen wusste. Zielkoordinaten für die Angriffe hatten entgegen internationalen Bestimmungen auch seine Inspektoren geliefert.

Die Tätigkeit von Beers und Rendon wirft ein Schlaglicht auf eine Branche, die in *War-time-*

8 Zit. nach: New York Times vom 1.10. 2003; www.nytimes.com/2003/10/01/politics/01DIPL.html.

9 Vgl. Florian Rötzer, Das Weiße Haus will auch ein Propaganda-Büro, in: Telepolis vom 30. 7. 2002; www.heise.de/tp/deutsch/special/auf/13007/1.html.

10 www.rendon.com.

Washington floriert: diejenige von Kommunikationsspezialisten, Politikberatern und PR-Managern, die für die Verpackung des Krieges zuständig sind. Nicht mehr der Sachverhalt bestimmt die Form der Botschaft, sondern der griffige Slogan regiert die Realität. Dass etwa der Irak nach dem 11. September 2001 so schnell ins Visier der USA geriet, hatte maßgeblich damit zu tun, dass dieser ein Ziel darstellte, das Bushs Wunsch nach einer „großen Lösung“ entsprach.¹¹ Man könnte folgern: Das Bedürfnis nach einer spezifischen symbolischen Botschaft, welches die Öffentlichkeitsexperten der Regierung in der Bevölkerung zu erkennen meinen, führt letztlich dazu, dass die Realitäten diesem Bedürfnis angepasst werden. Nach der bislang nicht sehr erfolgreichen Jagd auf Osama Bin Laden musste ein anderer, Saddam Hussein, zum großen Schurken stilisiert werden, um das auch nach dem Afghanistan-Krieg ungebrochene Rachebedürfnis vieler Amerikaner zu befriedigen.¹²

Politikformulierung gerät unter diesen Bedingungen zu einer Art Kreativ-Workshop, wie sie in Werbeagenturen praktiziert werden: Politiker, Diplomaten, Militärs und PR-Experten legen zusammen die Konturen eines Krisenszenarios und seine Kommunikationslinien fest. Man feilt an PR-Konzepten, bis das richtige *wording*, eine zündende Botschaft in griffigen Worten, gefunden ist.¹³

Auf einen solchen Prozess geht unter anderem das erste Dossier der britischen Geheimdienste vom 24. September 2002 zurück, welches in der Irak-Diskussion eines der zentralen Dokumente mit angeblichen Beweisen für Saddam Husseins Waffenprogramm war. Das Dossier war vor Veröffentlichung von Tony Blairs Kommunikationsdirektor und *spin doctor* Alastair Campbell bearbeitet worden. Auch vor Bushs Rede an die Nation vom 28. Januar und Powells Präsentation vor dem UN-Sicherheitsrat vom 5. Februar 2003 gab es tage- und wochenlange Abstimmungsprozesse, die weniger die Fakten als die einzuschlagende Argumentationslinie im Blick hatten. Alle genannten Verlautbarungen enthielten Fehler. Im britischen Dossier fand sich an prominenter Stelle die Behauptung, der Irak könne binnen 45 Minuten Massenvernichtungswaffen startklar machen (wobei offen gelassen wurde, welcher Reichweite).

11 Vgl. Bob Woodward, *Bush at War*, New York–London–Toronto u. a. 2003, S. 41 f., S. 49 ff.

12 Larry Beinhart hat das Konzept eines solchen symbolischen Stellvertreterkrieges schon 1993 in seinem satirischen Roman „American Hero“ beschrieben. Daraus wurde 1997 der Hollywood-Film „Wag the Dog“.

13 Auch dies wird bei B. Woodward (Anm. 11) detailliert beschrieben.

Bush kolportierte in seiner Rede, dass der Irak versucht habe, im westafrikanischen Niger ange-reichertes Uran zu kaufen, und Colin Powell sprach davon, dass es Beweise für die mobilen Bio-waffenlabors Saddam Husseins gebe.¹⁴

Blair wusste zum Zeitpunkt der Publikation des Dossiers, dass Saddam Hussein allenfalls lokale Waffen einsetzbar machen konnte, hielt diese Information aber zurück. Seine Informationspolitik wurde später vom Geheimdienstausschuss des britischen Parlaments als „irreführend“ und „nicht hilfreich für das Verständnis des Problems“ bezeichnet.¹⁵ Dem Weißen Haus lagen schon Wochen vor Bushs Rede Informationen vor, welche die Niger-Story definitiv widerlegten.¹⁶ Und Powells Behauptungen vor dem Sicherheitsrat hat der Zwischenbericht des US-Waffeninspektors David Kay wohl definitiv widerlegt. Powell wusste offensichtlich schon im Februar um die wackligen Beine, auf denen seine Anklagen standen. Als er das Material für die Präsentation das erste Mal sichtete, nannte der erfahrene Militär es schlichtweg „bullshit“; im UN-Sicherheitsrat bestand Powell darauf, dass CIA-Chef George Tenet direkt hinter ihm saß, um symbolisch einen Teil der Verantwortung zu übernehmen.¹⁷

In den Berichten, Reden und Präsentationen der Politiker sind diese und andere Behauptungen aufgetaucht, weil die Regierungen ihre Botschaft um fast jeden Preis zuspitzen wollten. Ein *shaping the message* schien notwendig, um hinreichend Unterstützung und Legitimation für den Krieg zu bekommen.¹⁸ Über solche Zuspitzungen wird hin-

ter verschlossenen Türen gestritten. Und allzu oft setzen sich die PR-Berater mit ihren zwar eingängigen, aber nicht besonders faktentreuen Dramatisierungsregeln gegenüber den Fachleuten durch.¹⁹ Geheimdienstinformationen werden in diesem neuen Klima zu Rohmaterial, aus dem man sich nach Belieben bedienen kann. Deutlich wurde dies, als der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz erklärte, man habe sich auf den Kriegsgrund Massenvernichtungswaffen vor allem aus „bürokratischen Gründen“ geeinigt.²⁰

Der Fall Irak zeigt, dass eine auf der Grundlage des PR-Paradigmas operierende Regierung nicht unbedingt einen guten Kriegsgrund, sondern vor allem eine gute Kriegsbegründung braucht. Der Rest läuft als routinierte Medienkampagne nach allen Regeln der Kunst ab. Die Medien bringt das in eine fast ausweglose Situation: Um ihrer Kontrollfunktion nachzukommen, sind sie durchweg auf die Bereitstellung bestimmter Basisinformationen durch die Regierungen angewiesen. Wenn aber das Agieren der politischen Klasse so stark auf positive Medieneffekte ausgerichtet ist, die Strategien der Medienbeeinflussung so perfektioniert werden, dass eine wirklich unabhängige Berichterstattung schon im Vorfeld von Kriegen beinahe unmöglich wird, können die Medien nur noch rasonieren, welche Vorgänge hinter der glatten Oberfläche der inszenierten Politik ablaufen. Die US-Regierung erwies sich vor dem Irak-Krieg als kommunikativ zu stark aufgestellt, als dass es möglich gewesen wäre, ihre Darstellung von Saddam Husseins Gefährlichkeit – trotz durchgehend vorhandener Zweifel – zu widerlegen.

14 Laut Powell konnte kein Zweifel daran bestehen, „dass Saddam Hussein biologische Waffen hat und die Möglichkeit besitzt, schnell viel mehr herzustellen: Meine Kollegen, jedes Statement, das ich heute mache, ist belegt durch Quellen, solide Quellen“. Zit. nach Der Spiegel, Nr. 25/2003, S. 136.

15 Vgl. The Guardian vom 12. 9. 2003, S. 1 und S. 4f.; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 9. 2003, S. 6.

16 Vgl. John B. Judis/Spencer Ackerman, The Selling of the Iraq War. The First Casualty, in: The New Republic vom 30.6.2003; www.tnr.com/doc.mhtml?i=20030630&s=ackermanjudis063003.

17 Vgl. ebd.

18 Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Forderung des Auswärtigen Ausschusses des britischen Unterhauses, dass künftig keine PR-Experten mehr die Sitzungen von Geheimdienstgremien leiten sollen: „We conclude that it was wrong for Alastair Campbell or any Special Adviser to have chaired a meeting on an intelligence matter, and we recommend that this practice cease.“ Offene Kritik übe der Ausschuss auch an der Marketing-Sprache des britischen Dossiers: „We conclude that the language used in the September dossier was in places more assertive than that traditionally used in intelligence documents. We believe that there is much value in retaining the measured and even cautious tones which have been the hallmark of intelligence assessments and we recommend that this approach be retained.“

Der Missbrauch der Medien durch die Militärs

Die Medien werden nicht nur von der Politik in die Zange genommen. Sie stehen auch im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Militärs. Im Hin-

House of Commons/Foreign Affairs Committee, The Decision to go to War in Iraq (HC 813-I) vom 8. 7. 2003; www.publications.parliament.uk/pa/cm200203/cmsselect/cmfaff/813/813.pdf.

19 Für die amerikanischen Behauptungen über Saddam Husseins Waffenprogramme wird dies detailliert nachgezeichnet in J. B. Judis/S. Ackerman (Anm. 16).

20 Wolfowitz erklärte in einem Interview mit der Zeitschrift Vanity Fair: „The truth is that for reasons that have a lot to do with the U.S. government bureaucracy we settled on the one issue that everyone could agree on which was weapons of mass destruction as the core reason.“ (www.cbsnews.com/stories/2003/06/02/iraq/printable556471.shtml)

blick auf militärische Techniken der Medieninstrumentalisierung stellt der Irak-Krieg einen Quantensprung dar.

Bis in die neunziger Jahre hinein hatten weder die NATO noch die US-Army eine Doktrin, welche die Führung eines Medien- und Informationskrieges regelte. Zwar gab es verschiedene Ansätze, doch die Zusammenführung der einzelnen Bausteine zu einer kohärenten Strategieanweisung erfolgte erst 1998.²¹ Die Publikation 3-13 der Vereinigten US-Generalstabschefs „Joint Doctrine for Information Operations“ definiert „Information Operations“ als Maßnahmen „taken to affect adversary information and information systems while defending ones own information and information systems“.²² Zu den Handlungsfeldern zählen die Generalstabschefs „military deception, psychological operations, electronic warfare, physical attack/destruction, and special information operations“ sowie „counterdeception, counterpropaganda, counterintelligence“.²³ Explizit vorgesehen ist in der Doktrin, die Massenmedien systematisch für militärische Täuschungsmanöver einzusetzen. In ihrer 2003 verabschiedeten Publikation „Doctrine for Joint Psychological Operations“, welche die 1998er-Doktrin ergänzt, beschreiben die Stabschefs so genannte Psychological Operations (PSYOPs) als „planned operations to convey selected information and indicators to foreign audiences to influence the emotions, motives, objective reasoning, and ultimately the behavior of foreign governments, organizations, groups, and individuals“. Weiter heißt es: „PSYOP are a vital part of the broad range of US diplomatic, informational, military, and economic activities. PSYOP characteristically are delivered as information for effect, used during peacetime and conflict, to inform and influence.“²⁴

Beide Doktrinen enthalten detaillierte Anweisungen für Truppenkommandeure, wie „Information Operations“ und PSYOPs zu führen sind. Die Beeinflussung der Medien spielt dabei eine zentrale Rolle: Sie können zur Verbreitung von Desinformationen dienen und so den Gegner täuschen; sie vermögen es, eine in Panik geratene Bevölkerung zu beruhigen; mit ihnen können militärische Absichten vorgetäuscht werden, die niemand ver-

folgt. Kurz: Mit den beiden Doktrinen haben die US-Militärs die Medien zur Kriegswaffe erklärt und setzten sie im Irak auch so ein, wie der Verlauf des Krieges deutlich macht: Der angebliche Entkopplungsschlag zu Beginn des Krieges war vor allem symbolischer Art. Er sollte zeigen, dass die USA es tatsächlich auf Saddam Hussein abgesehen hatten (obwohl es nach Meinung mancher Beobachter unvorteilhaft gewesen wäre, dieser wäre schon am ersten Kriegstag umgekommen, da dann der wichtigste Kriegsgrund entfallen wäre) und dass man die Zivilbevölkerung möglichst schonen wollte. Die Flächenbombardements setzten erst einige Tage später ein. Auch notierten Journalisten, dass die Angriffe auf Bagdad stets zur besten Sendezeit im US-Fernsehen, um 21 Uhr, begannen und die getroffenen Gebäude anfangs durchweg in Sichtweite der auf dem Informationsministerium montierten Kameras lagen. Offensichtlich ging es bei diesen Angriffen weniger um reale militärische Ziele als um symbolische Botschaften, die durch die Medien verbreitet werden sollten. Der ZDF-Korrespondent Ulrich Tilgner, während des Kriegs in Bagdad, resümiert: „Mit Hilfe der Medien bestimmen die Militärs zugleich die öffentliche Wahrnehmung und nutzen sie für ihre Planungen. Sie schaffen es, Erwartungen zu wecken und Szenarien und Täuschungen zu verbreiten. Damit sind die amerikanischen Streitkräfte im Informationszeitalter angekommen. Sie machen Information, Desinformation und Nichtinformation zu einer neuen Waffengattung und führen einen neuen Krieg: den Informationskrieg.“²⁵

Ein zentraler Bestandteil dieser Form von Kriegführung ist die Oberhoheit über Informationen. Sie ist mindestens genauso wichtig wie die Lufthoheit über das feindliche Gebiet, wie Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit, hervorhebt: „Informations-Dominanz ist ein Kernbegriff moderner amerikanischer Kriegführung. Er eint überlegenes Wissen über Gegner, Risiken, potenzielle Ziele, die Wirkung eingesetzter Waffen und – allgemeiner – jedes Detail der Lage. (. . .) Informations-Dominanz wird aber auch bei der Begründung und Rechtfertigung von Kriegen und bei ihrer Außerdarstellung gegenüber der Weltöffentlichkeit angestrebt. Der Kriegswillen des Gegners soll geschwächt, der Willen unentschlossener Regierungen beeinflusst und die Unterstützung des Krieges in der eigenen Gesellschaft gesichert werden. Die Mittel sind flexibel, die Grenzen oft flie-

21 Vgl. Kristina Riggert, Kampen om det kommunikativa rummet. Informationskrigföring under Kosovokonflikten 1999, Ms., Stockholm 2002, S. 68.

22 Joint Chiefs of Staff, Joint Pub 3-13. Joint Doctrine for Information Operations vom 9. 10. 1998, Vorwort.

23 Ebd., S. VIII.

24 Joint Chiefs of Staff, Joint Pub 3-53. Doctrine for Joint Psychological Operations vom 5. 9. 2003, S. 9.

25 Ulrich Tilgner, Der inszenierte Krieg. Täuschung und Wahrheit beim Sturz Saddams, Berlin 2003, S. 132.

Bend. Von der klassischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über Public Relations bis hin zur Psychologischen Kriegführung, von der Verbreitung selektiver dienlicher Wahrheiten bis zu offensichtlicher Desinformation – erlaubt ist, was dem hehren Ziel der eigenen Interpretationshoheit dient.²⁶

Dementsprechend wurde der Irak während des Krieges mit amerikanischer Propaganda überschwemmt. Millionen von Flugblättern wurden abgeworfen, auf Kommunikation spezialisierte Einheiten der Nationalgarde in DC-130-Flugzeugen, die so genannten Commando Solos, übertragen Rundfunksendungen und agitierten gegen Saddam Hussein, während irakische Offiziere in E-Mails zur Desertion aufgefordert wurden. Gleichzeitig griffen die US-Militärs gezielt die Kommunikationseinrichtungen der Iraker an. Im Irak sollte keine medienvermittelte Kommunikation gegen die und ohne Kenntnis der Amerikaner mehr möglich sein. Die Medien sind im Rahmen einer solchen Strategie fester Bestandteil des militärischen Kalküls, verfügen sie doch über die Distributionsapparate, die man zur massenweisen Verbreitung der eigenen Botschaften braucht. Folglich müssen sie nach militärischer Logik möglichst vollständig instrumentalisiert werden, sie dürfen nicht der eigenen Propaganda widersprechen und diese konterkarieren.

Der frühere NATO-Sprecher Jamie Shea fasste 1999 zusammen, wie „gute“ militärische Pressepolitik im Informationszeitalter auszusehen habe: Ausfüllen des kommunikativen Raums: ständig präsent sein mit Briefings, Interviews, Reden; Medien-Events planen: Pressekonferenzen, Interviews, Ausflüge zu Flüchtlingscamps; effiziente Koordinierung von militärischen und politischen Bekanntmachungen; Medienbeobachtung im Feindstaat und bei den Alliierten; Widerlegung von Falschinformationen; Reaktion auf unvorteilhafte Berichte; Schreiben von Artikeln und Debattebeiträgen, die in bekannten Medien platziert werden können.²⁷ Dahinter steckt der Versuch, den vorhandenen Diskursraum möglichst flächendeckend mit den eigenen Botschaften auszufüllen und Journalisten mit kommunikativen Angeboten so beschäftigt zu halten, dass sie keine Zeit haben, auf eigene Faust zu recherchieren. *Feeding the media* heißt das im Fachjargon.

26 Otfried Nassauer, Lügen für den Krieg. Ein Kommentar, in: politik&kommunikation, 4 (2003), S. 28.

27 Vgl. Jamie Shea, The Kosovo Crisis and the Media: Reflections of a Nato Spokesman. Rede auf dem Summer Forum on Kosovo des Atlantic Councils, London, 15. Juli 1999, Transkript (meine Übs.)

Vom Pool-Prinzip zum Embedding

Die innovativste Form der Medienkontrolle im Irak-Krieg war die Technik des „Embedding“ („Einbettens“). Das Konzept der *embedded reporters* wurde Ende 2002 vom Pentagon erdacht²⁸ und löste das unter Journalisten extrem unbeliebte Pool-Prinzip aus dem Golfkrieg ab.²⁹ Während das Pool-System vorsah, dass ausgewählte Journalisten von der Armee an bestimmte Punkte des Kampfgebiets gebracht wurden und dort unter Aufsicht filmen und recherchieren durften, um danach ihr Material mit den zurückgebliebenen Kollegen zu teilen, werden nach dem Embedding-Konzept einzelne Journalisten oder ganze Kamerateams bestimmten Truppenteilen zugeordnet, mit denen sie dann den gesamten Feldzug verbringen. Im Vergleich zum Pool-System bedeutet das Embedding für die Medien einen gewissen Fortschritt: Es ermöglicht Berichterstattung in relativer Freiheit (tatsächlich war das „Ground Rules Agreement“, das die Spielregeln festlegte, relativ freizügig), impliziert die Chance, Geschichten über einen längeren Zeitraum fortzusetzen, erlaubt die für Medien wichtige Personalisierung von Ereignissen und bedeutet nicht zuletzt den Wegfall des Zwangs, das gedrehte oder recherchierte Material mit den Kollegen zu teilen.

Daraus zu schließen, das Embedding sei aus reiner Freundlichkeit gegenüber den Medien eingeführt worden, wäre freilich ein Trugschluss. Aus Perspektive des US-Militärs ließen sich durch die neue Form der Organisation von Berichterstattung vier zentrale Ziele erfüllen: Erstens war die umfangreiche TV-Berichterstattung über den Verlauf der Kampagne von unmittelbarem informationstechnischem Nutzen. Sowohl im Hauptquartier von Tommy Franks in Doha wie in allen Feldhauptquartieren waren neben der militär-eigenen Informationstechnologie auch unzählige Fernseher installiert. Die Offiziere konnten sich so einen unmittelbaren Augenschein vom Kriegsgeschehen verschaffen.

Zweitens wussten die US-Generäle, dass auch das irakische Militär zuschaute. CNN, Al-Jazeera und BBC ergänzten und ersetzten auf beiden Seiten, besonders aber auf der irakischen, eigene Lageinformationssysteme. Die von den Amerikanern praktizierte militärische Strategie des „Shock and

28 Vgl. die tageszeitung vom 27. 1. 2003, S. 17; Berliner Zeitung vom 20. 2. 2003, S. 14.

29 Praktiziert wurde dieses schon in Grenada und Panama. Vgl. Mira Beham, Kriegstroomeln. Medien, Krieg und Politik, München 1996, S. 96 f.

Awe“, die darauf setzte, den Gegner durch einen massiven Aufmarsch psychologisch zu überwältigen und seine Kampfkraft zu lähmen, wurde in erster Linie über die elektronischen Medien transportiert. Als zu Beginn der Invasion unzählige Kameraleute auf amerikanischen und britischen Panzern über die irakischen Grenzen rollten, konnte sich die Führung in Bagdad in diversen Fernsehkanälen leicht davon überzeugen, dass sie mit einem übermächtigen Gegner konfrontiert war.³⁰ In dieser Situation war massive Medienpräsenz durch die USA gewünscht und wurde entsprechend gefördert. Anders sah es nach der Einnahme von Bagdad aus: Berichte über das in der irakischen Hauptstadt ausbrechende Chaos waren für die Amerikaner wenig vorteilhaft. Entsprechend verschärfte sich die Regeln für die „Eingebetteten“.

Drittens leitete sich aus der von den USA angestrebten Informationsdominanz ab, dass – wenn schon extensiv berichtet wird – die Journalisten besser von der eigenen Seite aus berichten, da man dann mehr Einfluss auf sie hat. Insofern kann das System des Embedding als Reaktion auf Veränderungen in der internationalen Medienlandschaft verstanden werden. Denn im Unterschied zum Golfkrieg 1991 gab es mit Al-Jazeera und dem im März 2003 in Dubai gestarteten Nachrichtenkanal Al-Arabija zwei arabische Sender, die in der Lage waren, unabhängig Material zu verbreiten. Das Bildmonopol, das CNN 1991 innegehabt hatte, war dahin. Dass die Berichterstattung von Al-Jazeera eine potenzielle Gefahr darstellte, wurde immer wieder deutlich. Aufnahmen von gefangen genommenen GIs, verschüchtert und verunsichert, widerlegten den Mythos vom leichten Krieg. Geradezu erschütternd war etwa das von Al-Jazeera ausgestrahlte Interview mit einem gefangenen US-Gefreiten, der auf die Frage, was er im Irak zu suchen habe, antwortete, er wolle hier bloß „kaputte Sachen reparieren“.³¹ Den aus US-Perspektive unkontrollierbaren arabischen Sendern setzte man deswegen die geballte Medienmacht der großen amerikanischen Stationen sowie der BBC und anderer Sender entgegen. Die USA wollten durch das Embedding sicherstellen, dass die Journalisten aus den „richtigen“ Quellen schöpfen. Sie waren zwar bereit, mehr Informationen als früher zur Verfügung zu stellen, keinesfalls aber wollten sie ihre interpretative Hoheit über die Fakten aufgeben. Die Ungleichbehandlung von bei den USA akkreditierten Journalisten, den

30 Zum Konzept des „Shock and Awe“ vgl. U. Tilgner (Anm. 25), S. 41 f.

31 Zit. nach: Der Spiegel, Nr. 14/2003, S. 199.

„Eingebetteten“, und unabhängig arbeitenden Reportern oder solchen, die bei der irakischen Regierung akkreditiert waren, unterstreicht dies.³² Indem man die einen gewähren ließ, die anderen aber massiv behinderte und bedrohte, wurde das Prinzip der unabhängigen Berichterstattung, dem zufolge Journalisten keiner Kriegspartei zugehören, ausgehöhlt.³³

Der vierte und entscheidende Punkt, der für das Embedding-Prinzip sprach, war ein psychologischer: Durch die enge Anbindung der Journalisten an die Armee sollte ein Solidarisierungseffekt der Reporter mit der kämpfenden Truppe herbeigeführt werden. Dadurch, dass die Journalisten eng mit den Soldaten einzelner Einheiten zusammenlebten und nicht nur deren Alltag, sondern auch die gefährlichen Momente des Kampfes teilten, bekam die Kriegsberichterstattung eine andere Dimension.³⁴ Plötzlich waren Soldaten aus Journalisten-Perspektive nicht mehr anonyme Uniformträger, sondern Kameraden, mit denen man lebte, litt, träumte und das knappe Wasser teilte. Mit dem militärischen Leben nicht vertraute Reporter mussten in ihren Einheiten schon deswegen enge Kontakte knüpfen, um ihren Alltag in einer militärischen Maschinerie inmitten der Wüste halbwegs zu bewältigen. Diese Erfahrungen schlugen sich in den Artikeln und Filmen auch erfahrener und seriöser Kriegsberichtersteller nieder. Der vom Pentagon eingefädelten schleichenden „Korruption durch Nähe“ konnte kaum ein „eingebetteter“ Journalist völlig widerstehen.³⁵

32 Die Akkreditierungen hatten unterschiedliche Farben, so dass die US-Armee sofort erkennen konnte, welchen Status ein Korrespondent hatte.

33 Vier Journalisten, zwei Israelis und zwei Portugiesen, wurden am 25. März 110 Kilometer südlich von Bagdad von US-Truppen festgenommen. Nach zwei Tagen in Haft wurden sie nach Kuwait ausgeflogen. Auch der Beschuss des Hotel Palestine am 8. April durch einen US-Panzer zeigt, dass die Sicherheit der nicht den US-Truppen zugeordneten Journalisten für die USA eine untergeordnete Rolle spielte.

34 Das macht sich auch an der Zahl der getöteten Journalisten fest: Mindestens 16 Reporter starben, die Mehrzahl von ihnen gehörte zu den „Eingebetteten“. Würde man diese Zahlen auf den Vietnamkrieg übertragen und auf 15 Jahre hochrechnen, entspräche dies 2 500 getöteten Journalisten. Die Todesrate von Reportern war im Irak zehnmal so hoch wie die von US-Soldaten.

35 Dass dies immer wieder zu problematischen Formen der Berichterstattung geführt hat, wurde breit diskutiert. Beispielhaft ist ein mehrfach ausgestrahlter Bericht von CNN über einen Vorfall, der sich am 31. März ereignete: An einem Checkpoint wurden mehrere Frauen und Kinder in ihrem Auto von US-Soldaten getötet, weil sie – so CNN – die Warnschüsse der Soldaten ignoriert hätten. Ein ebenfalls anwesender Reporter der Washington Post behauptete dagegen, dass die Warnschüsse niemals abgegeben worden seien, die Personen in dem Auto also ohne Vorwarnung erschossen worden seien. CNN ignorierte diese Darstellung, obwohl ihre

Der Erfolg des Embedding erklärt sich auch daraus, dass die Regeln des Pentagon und die Einsatzbedingungen der Korrespondenten ziemlich passgenau auf die Bedürfnisse der Medien zugeschnitten waren. Vor allem TV-Journalisten konnten ihren Heimatredaktionen Material liefern, das diese rund um die Uhr begeistert sendeten: Durch die Wüste rollende LKW-Karawanen, Panzerduelle, Giftgasalarne, Nahkampf. Die Bilderflut machte so manches Fernsehstudio zum *war room*, in dem pensionierte Militärs „Expertainment“ betrieben. Fox-News tat sich besonders hervor und warb mit „faszinierenden Bildern und brandneuen Explosionen“. Hinzu kam die Exotik des Landes. Typisch war etwa folgende Sequenz aus einem Bericht von Dixit Walter Rodgers, CNN-Reporter an Bord eines M1A1-Abrahams-Panzers in der 7. US-Kavallerie-Division auf dem Weg nach Bagdad: „Da hinten kann man eine Herde Ziegen sehen. Es ist einfach überwältigend, wie diese riesigen bewaffneten Einheiten – fährt mal langsamer, Jungs – an Beduinencamps vorbeiziehen. So ein großes Kamel haben die noch nie gesehen.“³⁶

Für die Berichterstattung über den Verlauf des Krieges, über die harten Fakten der Kampagne, erwiesen sich die „eingebetteten“ Reporter als relativ unwichtig. Die Journalisten wussten in der Regel nicht einmal genau wo sie waren; sie hätten ihren Standort auch nicht preisgeben dürfen, ebenso wenig die Stärke und Aufgabe ihrer Einheit. Folglich musste Subjektives berichtet werden, Dinge die man selber sah oder erlebte. Der Medienwissenschaftler Michael Haller beschrieb das Problem der „Eingebetteten“ mit der Differenz zwischen Dabeisein und Verstehen: Militärische Operationen seien so organisiert, dass sie „dem physisch beobachtenden Augenzeugenjournalisten, dem Kriegsreporter, praktisch unzugänglich sind“³⁷.

Für die Hintergrundberichterstattung über den Krieg zuständig waren die Korrespondenten in Washington und die beim Central Command in Doha akkreditierten Journalisten. Hier wie dort zeigten sich die Militärs und Politiker bei den regelmäßigen Presse-Briefings so zugeknöpft wie eh und je. Das Konzept des Embedding garantierte in erster Linie, dass die Atmosphäre des Krieges und seine symbolischen Bilder übermittelt wurden, und half, darüber hinwegzutäuschen, dass

Richtigkeit als erwiesen gilt. Vgl. Werner Schmitz, Aussagen und Verdrehungen. CNN im Krieg mit unbequemen Wahrheiten, in: Telepolis vom 5. 4. 2003; www.telepolis.de/deutsch/special/irak/14543/1.html.

³⁶ Zit. nach: Süddeutsche Zeitung vom 22./23. 3. 2003, S. 15.
³⁷ die tageszeitung vom 10. 2. 2003, S. 16.

die Presse über die großen Linien der Kampagne nur unzureichend informiert und zum Teil auch getäuscht wurde.

Die Orientierungsgewinne für das internationale Medienpublikum waren durch das Embedding – sieht man von einigen Einblicken in das alltägliche Grauen des Krieges ab – eher gering. Obwohl noch nie zuvor über einen Konflikt so intensiv berichtet wurde, erfuhr die Weltöffentlichkeit im Vorfeld über seine Gründe bestenfalls Halbwahrheiten und über seinen Verlauf nur das, was die Kriegsparteien zuließen. Als Sieg des unabhängigen Journalismus kann das Embedding, trotz eines gewissen Fortschritts im Vergleich zum Pool-Prinzip, schwerlich betrachtet werden. Reagiert haben die Medien auf die andauernden Instrumentalisierungsversuche leider weniger mit harter investigativer Recherche als mit moralischem Rasonnement und zum Teil recht naiver Quellenkritik: Kaum eine Filmsequenz, die nicht mit dem verbal erhobenen Zeigefinger des Kommentators versehen wurde, dass auch Bilder lügen können, dass der Zensur nur entgeht, was die jeweiligen Machthaber gutheißen. Doch warum diese Bilder dann in aller Breite zeigen, wenn sie doch angeblich gar nichts belegen können? Darauf wussten die wenigsten Journalisten in den Heimatredaktionen eine Antwort.

Irak und die Zukunft des Medienkriegs

Kriege und bewaffnete Konflikte sind immer auch Propagandaschlachten gewesen, in denen Formen der Kommunikation oder Desinformation sowie der Meinungsbeeinflussung eine zentrale Rolle spielten.³⁸ Vieles spricht dafür, dass wir im Zeitalter der weltumspannenden Kommunikationsnetze, der Satellitenübertragung und des Echtzeit-Reporting eine neue Form des Medienkriegs erleben werden. Der Irak-Krieg markiert hier eine neue Qualität. Zwar war auch er ein mit Bomben und Granaten geführter Krieg, doch Konzepte der Medienkriegführung waren von Anfang an integraler Bestandteil der militärischen Pläne. Ähnli-

³⁸ Vgl. etwa Robert Cole, Propaganda in Twentieth Century War and Politics. An Annotated Bibliography, London-Pasadena 1996, Michael Kunzick, Öffentlichkeitsarbeit in Kriegszeiten, in: PR-Magazin, 10 (2002), S. 45–52; Philip M. Taylor, Munitions of the Mind. A History of Propaganda from the Ancient World to the Present Era, Manchester–New York 1995; Oliver Thomson, Easily Led. A History of Propaganda, Phoenix Mill u. a. 1999.

ches gilt für die politisch-propagandistische Absicherung des Feldzugs auf der Weltbühne.

Damit liefert dieser Krieg einen Vorgeschmack davon, wie zukünftige Kommunikationskriege im 21. Jahrhundert geführt werden könnten. Folgende Punkte lassen sich festhalten:

- Das Konzept der *Public Diplomacy* stellt eine Professionalisierung von Regierungspropaganda dar. Konflikte werden künftig verstärkt entlang der Dramatisierungsregeln von Massenmedien inszeniert werden, was es für die Medien schwieriger macht, die wahren Gründe einer Krise zu enthüllen. Zunächst wird ein Thema auf die Agenda gesetzt und in aller Breite problematisiert, irgendwann folgt als Katharsis dieses quälenden Prozesses der Kriegsbeginn.
- Militärs begreifen *Information Warfare* heute als integralen Bestandteil der Kriegführung. Medien werden nicht mehr nur symbolisch, sondern auch real als Waffen begriffen. Die neuen Informationstechniken und die Digitalisierung der Militärtechnik bieten zahlreiche Möglichkeiten für ihren Einsatz.
- Der Begriff des *Information Warfare* ist in seinem Anspruch total, weil er erstens nicht mehr nur auf die Bevölkerung des eigenen Landes, den Feindstaat oder die eigenen Alliierten, sondern auf die gesamte Weltöffentlichkeit abzielt und zweitens mit Information nicht mehr nur massenmedial verbreitete Informationen meint, sondern die gesamte Kommunikationsinfrastruktur eines Gegners, also zivile und militärische Datennetze, Telekommunikations-einrichtungen und die Massenmedien.
- Propagandisten sind heute mit einer globalen Öffentlichkeit und einem weltweit vernetzten Journalismus konfrontiert. Eine Kontrolle der zirkulierenden Bilder und Botschaften ist kaum noch möglich, das Gleiche gilt für die Unterbindung der Berichterstattung von bestimmten Orten und über bestimmte Ereignisse. Insofern müssen alle auf die Medien gerichteten Strategien proaktiv sein und versuchen, diese zu Kooperationspartnern zu machen. Gelingt dies, entstehen aus Sicht der Militärs neue Potenziale, da man dann die Medien gezielt für eigene militärische Ziele einspannen kann.

Medien und Öffentlichkeit werden sich in Zukunft verstärkt militärischen Instrumentalisierungs- und

politischen Manipulationsversuchen ausgesetzt sehen. Hat die Weltöffentlichkeit angesichts dieser übermächtigen Meinungsagenten überhaupt eine Chance, ein Problem im freien Diskurs zu bearbeiten? Trotz aller pessimistisch stimmenden Fakten spricht manches dafür, denn die Wirklichkeit ist um einiges widerspenstiger, als manche Kampagnenexperten in regierungsnahen Think Tanks glauben. Die Medien „lernen“ aus jedem Täuschungsmanöver, dem sie einmal aufgesessen sind, dazu, wie die jahrelange Aufarbeitung des Golfkriegs 1991 gezeigt hat. Vieles deutet darauf hin, dass das neue Public-Diplomacy-Instrumentarium der USA mit seinen unverhohlenen verfolgten Persuasionszielen bald einen überholten Politikansatz darstellen könnte. Denn alle zentralen Kriegsgründe der USA haben sich bislang als falsch herausgestellt: Weder konnte eine Saddam–Al-Qaida-Connection verifiziert werden, noch fanden sich Belege für eine Fortsetzung des irakischen Atomwaffenprogramms oder konnten B- und C-Waffen aufgefunden werden. Die Öffentlichkeit wird dies nicht so schnell vergessen.

Schon jetzt hat die US-Informationspolitik viel von ihrer Glaubwürdigkeit eingebüßt. Nicht nur für den Historiker Hans-Ulrich Wehler war die Inszenierung des Irak-Krieges „ein ziemlich großes Lügengespinnt“³⁹. Viele dürften die Sorge des US-Diplomaten Joseph Wilson teilen, der sich fragte: „Wenn die Regierung fundamentale Fakten zur Rechtfertigung eines Krieges falsch darstellt, worüber lügt sie dann noch?“⁴⁰ Die sorgfältig eingefädelte Kampagne gerät zum Bumerang. Auch unter Kommunikationsspezialisten ist die Glaubwürdigkeit der USA auf einen Tiefpunkt gesunken: Die Düsseldorfer „komm.passion.group“ befragte in einer anonymen Online-Studie 400 PR-Profis nach den glaubwürdigsten Quellen zum Hergang des Irak-Konflikts; die US-Regierung kam auf ganze vier Prozent.⁴¹ Propaganda aber, die nicht mehr geglaubt wird, verliert ihre Wirksamkeit, sie fällt negativ auf den Urheber zurück. Es ist also gut möglich, dass die nächste Reorganisation des amerikanischen Propagandaapparates nicht mehr im Zeichen der Effizienzverbesserung, sondern mit dem Ziel der Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit eingeleitet wird.

39 Zit. nach: Der Tagesspiegel vom 19. 7. 2003, S. 2.

40 Zit. nach: Die Zeit, Nr. 29 vom 10. 7. 2003, S. 6.

41 Vgl. politik&kommunikation, 4 (2003), S. 11.

Vernetzte Welten – Identitäten im Internet

„Heute bin ich müde, vom Wechseln der Identitäten im Netz. In den letzten acht Stunden war ich ein Mann, eine Frau, ein Sie/Er. Ich war ein Schwarzer, ein Asiate, Mixteco, Deutscher und eine multihybride Replik. Ich war zehn Jahre alt, 20, 42, 65. Ich habe sieben gebrochene Sprachen gesprochen. Wie Du sehen kannst, brauche ich wirklich eine Pause. Ich möchte bloß ich selbst sein, einige Minuten.“ Der mexikanische Performance-Künstler Guillermo Gomez-Pena spricht über sein Leben im Cyberspace.

Schenkt man Visionären, aber auch Kritikern des Cyberspace Glauben, dann stehen wir an der Schwelle zu einer virtuellen Welt, in der Menschen ihre Identität hinter den neuen elektronischen Medien verschwinden lassen und die Kommunikation mit dem Rechner über den Plausch am Gartenzaun siegt. An der Bewertung dieser Entwicklung scheiden sich die Geister. Das utopische Lager sieht im Internet die Blaupause einer neuen, wissensbasierten Gesellschaft und einer transparenten und gerechteren Weltordnung, in der Menschen sich von repressiven (meist staatlichen) Mächten befreien und neue Identitäten erschaffen können. Für das dystopische Lager dagegen beschleunigt das Netz die individuelle Entfremdung. Der französische Philosoph Paul Virilio prophezeit einen fundamentalen Orientierungsverlust sowie eine „duplication of sensible reality, into reality and virtuality“.¹ In dieser Vision erweitern neue Medien die Schleusen für kulturellen Imperialismus und führen entweder zur völligen Entpolitisierung durch die Kommerzialisierung ihrer Nutzer oder radikalisieren diese, indem bislang marginalisierte Nischenphänomene (Fundamentalismus, Rechtsradikalität) ein breites öffentliches Forum und neue Organisationsmöglichkeiten erhalten.

Was ist dran an der Virtualität von Individuen und Gemeinschaften? Unterscheiden sich die Online-Welten wirklich so sehr von ihren Offline-Varianten? Auf der Basis ethnographischer Fallstudien möchten wir anhand von sechs Thesen darstellen, welche kulturellen Identitäten mit Hilfe des Internets entstehen und wie diese sich politisch auswirken.

1 Paul Virilio, *Speed and Information. Cyberspace Alarm*, 1995. Zu finden unter www.ctheory.net/text_file.asp?pick=72.

Ethnologie des Cyberspace

Das Spektrum der ethnographischen Erforschung neuer Medien reicht von der Analyse computerbasierter Kommunikation wie Chat, E-Mail, Websites und Newsgroups bis zur „klassischen“ ethnographischen Feldforschung. Für Letztere folgen Ethnologen ihren Informanten in Internet-Cafés, verfolgen deren Online-Chats, begleiten sie zur Arbeit, in die Schule und in Clubs. Im Idealfall gelingt ihnen ein so genannter „vertikaler Schnitt“² durch die untersuchte Gesellschaft, der Rückschlüsse über die Einbettung und Auswirkungen neuer Medien auf den verschiedensten Ebenen erlaubt: von den Veränderungen des Selbstverständnisses des Einzelnen über die Auswirkungen auf Familie und Betrieb bis hin zur staatlichen Informationspolitik und ihrem globalen Umfeld. Dabei wird deutlich, dass eine strenge Trennung zwischen Online- und Offline-Welten nicht gerechtfertigt ist. Online-Identitäten und -Praktiken sind immer auch eine Facette des realen sozialen Lebens. Wie andere Waren, Technologien und Konzepte betten Menschen auch neue Informationstechnologien in ihr Leben ein und nutzen sie für sehr reale Bedürfnisse und Visionen. E-Mail, Chat und Surfen verstärken so dieselben kulturellen Entwicklungstendenzen (Homogenisierung, Kreolisierung, Kulturalisierung und Transnationalisierung), die von der ethnologischen Globalisierungsforschung im Allgemeinen herausgearbeitet worden sind.³

These 1: Neue Medien bieten Menschen einen Raum, um kulturelle Besonderheiten zu pflegen

Entgegen dem Mythos, dass Menschen im virtuellen Raum ihre kulturelle Identität aufgeben, nutzen viele Gemeinschaften das Netz als Bühne für ihre kulturellen Besonderheiten.

2 Laura Nader, *The vertical slice: Hierarchies and Children*, in: G. Britain/R. Cohen (Hrsg.), *Hierarchy and Society*, Philadelphia 1980.

3 Vgl. Joana Breidenbach/Ina Zukrigl, *Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt*, München 1998.

Die Trinidadier beispielsweise stehen im Mittelpunkt einer der bisher besten Studien zur Internetnutzung.⁴ Die Hälfte der Websites, die sich in Großbritannien lebende Trinidadier regelmäßig ansehen, sind demnach trinidadspezifisch. Zu den Favoriten zählen persönliche Sites von Freunden, Angebote mit trinidadischer Musik und die Online-Versionen trinidadischer Zeitschriften. Zur Karnevalszeit verfolgen Trinidadier weltweit die großen Umzüge in der Hauptstadt Port of Spain, die per Webcam live übertragen werden.

Auf den trinidadspezifischen Seiten spüren die Nutzer die „Wärme“ ihrer Heimat: des Klimas, des Essens und Umgangs. Im ICQ-Chatroom⁵ „De trini lime“ oder im Diskussionsforum „Derumshop lime“ tummeln sich Tausende von Trinidadern, von denen einige auf Trinidad und Tobago, viele andere aber in der Diaspora leben. Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer gehen explizit als Trinidadier ins Netz und legen sich Namen wie Betty Trini, NewYorkTrini oder Louisthelover zu, die oft auf lokale Helden oder Witze anspielen. Im Chat dominieren kulturtypische Sprachwendungen und Metaphern. Typisch trinidadische Kommunikationsformen wie *ole talk* und *liming* (an der Straßenecke stehen und mit den Kumpels quatschen) können hier ebenso gepflegt werden wie sexuelle Flachereien. Viele dieser Ausdrucksformen würden, so die britischen Trinidadier, von Engländern als sexistisch, vulgär oder rassistisch missdeutet werden. In Trini-Chatrooms dagegen könne man ganz man selbst sein und müsse sich nicht ständig durch die fremdkulturelle Brille betrachten (wie wirkt das, was ich sage, im fremden Kontext?).

Das Internet erlaubt es, kulturtypischen Praktiken auch außerhalb der Heimat nachzugehen. So helfen z. B. diverse Online-Dienste weltweit verstreut lebenden Indern, passende Ehepartner zu finden und auf diese Weise „Standortnachteile“ zu überwinden: „Dear Sir/Madam, We are glad to inform you that our daughter has been engaged. Thank you for all your help and dedication. We are also happy to inform you that we found the match at this site. We close with much appreciation and thanks once again. Take Care. With Regards and Best wishes, Dr. Deenadayalu & Mrs. Sashi.“⁶

4 Vgl. Daniel Miller/Don Slater, *The Internet. An Ethnographic Approach*, Oxford 2000.

5 ICQ („I seek you“) ist ein Internet-Programm, das es dem Nutzer erlaubt, festzustellen, wer gerade im selben Chatroom online ist, um direkt mit ihm Kontakt aufzunehmen.

6 Vgl. Success Stories, www.Indianmarriages.com.

In Indien werden 91 Prozent aller Eheschließungen arrangiert.⁷ Außerhalb des Subkontinents ist das Angebot in der direkten Nachbarschaft jedoch begrenzt. Dieses Manko haben auch Website-Betreiber entdeckt, sind doch momentan allein in den USA 75 Prozent aller Asian-Americans online; der Landesdurchschnitt liegt bei 59 Prozent.⁸ Auf über einem Dutzend Sites können Inder in der Diaspora oder in Indien nach einem passenden Partner suchen. „Matrimonials.com“ wird nach eigenen Angaben monatlich über 40 000 Mal angeklickt, und „Suitablematches.com“ hat inzwischen 10 000 registrierte Mitglieder. Persönlichkeitsprofile geben Auskunft über die relevanten Details: von der Kastenzugehörigkeit über Beruf und Hobbys bis zum Herkunftsort. Die persönlichen Angaben werden mit kulturell relevanten Codes versehen: So steht „issueless divorce“ für „kinderlos“, und „innocently divorced“ signalisiert, dass die Verfasserin jungfräulich ist.⁹ Im Chatraum können Interessenten mit potenziellen Partnern erste Kontakte knüpfen. Kurze Chats sind kostenlos, bei der Weitergabe von E-Mail-Adressen werden Gebühren fällig.

These 2: Neue Medien werden für die kulturelle Erneuerung von Minderheiten herangezogen

Seit den siebziger Jahren sind weltweit eine Vielzahl kollektiver Identitäten entstanden, die sich im Kampf um Anerkennung, Rechte und finanzielle Förderung auf ihre kulturellen Besonderheiten berufen. Bei vielen dieser Gruppen handelt es sich um marginalisierte ethnische oder religiöse Minderheiten, deren Mitglieder z. T. in der Diaspora leben. Einige dieser Gemeinschaften benutzen Websites und Diskussionsforen, um sich sowohl der eigenen Gruppe gegenüber als auch der Weltgemeinschaft zu präsentieren.

Das Internet ermöglicht es den Maori oder Sami, Aspekte ihrer Identität auszuleben, deren Darstellung ihnen im öffentlichen Raum bislang verwehrt wurde. Die Ainu, die marginalisierte Urbevölkerung Japans,¹⁰ unterhalten ebenso wie die australischen Aborigines¹¹ oder die Ureinwohner der USA¹² Websites mit reichhaltigen Informationen zu ihren Traditionen und mit politischen Forderungen. Diese Seiten sollen neben der anonymen, allgemeinen Öffentlichkeit auch die eigene

7 Umfrage des Wochenmagazins India Today, 1996.

8 Vgl. www.pewinternet.org.

9 Vgl. Reena Jana, *Arranged marriages, minus the parents*, in: *The New York Times* vom 1. 8. 2000.

10 Vgl. www.ainu-museum.or.jp/english/english.html.

11 Vgl. www.koori.iids.com.

12 Vgl. www.nativeweb.com und www.pips.at/huruma.

Gemeinschaft und nachfolgende Generationen ansprechen. Programmierer haben begonnen, für die Minderheitensprachen eigene Schriftzeichen zu entwickeln. So können Fonts, Lernprogramme und Wörterbücher der Mon, Maori oder Maya kostenlos heruntergeladen und genutzt werden. Die Lernangebote im Netz führen in einigen Fällen sogar zur Revitalisierung bedrohter Sprachen. Das hawaiianische Mailbox-Projekt Leoki weckte das Interesse des Nachwuchses am beinahe ausgestorbenen Ka ʻōlelo Hawaii. Mit Hilfe von Online-Projekten und Sprachsoftware gelang es hawaiianischen Aktivisten, die Sprache nach 90 Jahren des Verbotes wieder soweit zu verbreiten, dass heute an einigen Schulen des Inselstaats Hawaiianisch als Unterrichtssprache gewählt werden kann.¹³

Auch die Aleviten, eine aus Anatolien stammende Kultur- und Glaubensgemeinschaft, ziehen das weltweite Netz zur kulturellen Erneuerung heran. Die Gemeinschaft wurde in der Türkei lange Zeit stark unterdrückt. Viele Aleviten assimilierten sich, und nach der massiven Landflucht in den vierziger Jahren und dem Exodus vieler Anatolier nach Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren brachen die Gemeinschaften auseinander. Zahlreiche jüngere Aleviten schlossen sich dem Marxismus an, und ihre Traditionen gerieten in der Türkei und in Deutschland, wo Aleviten zwischen elf und 30 Prozent der türkischen Bevölkerung ausmachen, in Vergessenheit. Im ideologischen Vakuum nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten begannen viele Aleviten, sich mit ihren kulturellen Wurzeln zu beschäftigen. In der Türkei konnten sie sich erstmals, dem Vorbild der Kurden folgend, als bedrohte Minderheit öffentlich präsentieren. Insbesondere die in der (deutschen) Diaspora lebenden Aleviten begannen 1996, im Internet auf sich aufmerksam zu machen. 1999 zählte der Ethnologe Martin Sökefeld¹⁴ bereits 15 Websites.

Neben Websites einzelner Aleviten finden sich solche von Kulturvereinigungen, die den Anspruch haben, eine authentische Version ihrer Gemeinschaft zu präsentieren. Sites wie die in Deutschland betriebene „www.alevi-bektasi.de“ geben einen Überblick über die historischen Wurzeln des Alevitentums und berichten über den Kampf um kulturelle Anerkennung innerhalb der Türkei. Übergriffe auf die dortigen alevitischen Gemein-

schaften werden ebenso veröffentlicht wie Biografien bedeutender religiöser Autoritäten sowie Gedichte und Artikel über traditionelle Musikinstrumente.

Inwiefern die Selbstdarstellung auf Seiten wie denen der Aleviten und anderer Minderheiten als homogene Gruppen der realen Identität und Lebensweise entspricht, ist oft fraglich. So haben viele Aleviten in der Diaspora nur wenig Kontakt zueinander, ihre individuellen Lebensstile unterscheiden sich stark. Dennoch werden sie als einheitliche und in sich kohärente Kulturgemeinschaft präsentiert. Die deutschen Websites setzen sich nicht mit der Lebenssituation der Aleviten in Deutschland auseinander; aktuelle Debatten, etwa über die Einführung von Religionsunterricht für Minderheiten in Deutschland, finden keine Erwähnung.

Viele Websites indigener und/oder unterdrückter Minderheiten sind eine willkommene Möglichkeit, sich der Welt zu präsentieren. Anders als in den meisten herkömmlichen Medien – Zeitschriften, Fernsehen oder Museumsausstellungen –, in denen Dritte Minderheiten repräsentieren, zeichnen diese im Netz oft selbst für die Inhalte verantwortlich. Dennoch stellt sich die Frage, wer hier für wen spricht. Mit kulturellem Kapital und rudimentären Programmieretechniken ausgestattet, kann jeder für sich beanspruchen, eine Gruppe zu repräsentieren, zumal die meisten traditionellen Autoritäten die Macht der neuen Medien (noch) nicht begriffen haben. Doch Interviews mit Website-Betreibern deuten darauf hin, dass zunehmend deren autoritäres WIR nicht mehr widerspruchsfrei hingenommen wird.

Vielorts verschieben sich durch die neuen Medien auch die realen Machtverhältnisse innerhalb einer Gemeinschaft – sehr zum Ärger der herrschenden Elite. 1999 ging die Website der Vereinigung der Rupununi-Weberinnen online. Die im südamerikanischen Guyana lebenden Frauen hatten wenige Jahre zuvor ihre traditionelle Webkunst revitalisiert, konnten die handgewebten Hängematten aber schlecht verkaufen, da Handelszentren weit entfernt und Verkehrswege beschwerlich waren. Mit Hilfe einer amerikanischen Telefongesellschaft gelang es, einen E-Commerce aufzubauen. Das Geschäft florierte – das British Museum und die englische Königin dienten als Referenzen, und die Frauen konnten für ihre Hängematten Gewinne von bis zu 1000 US-Dollar pro Stück erzielen. Plötzlich waren die bislang mittellosen Frauen wohlhabender als die traditionell angesehensten männlichen Mitglieder der

13 Vgl. www.olelo.hawaii.edu.

14 Vgl. Martin Sökefeld, *Alevism Online: Re-imagining a Community in Virtual Space*, Ms., präsentiert beim Workshop „Virtuelle Diaspora“, Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde, Heidelberg, 3.–7. 10. 1999.

Gemeinschaft. In ihrer Machtstellung bedroht, versuchten Letztere, das Projekt zu kontrollieren, unter anderem mit der Begründung, es würde ihre Kultur zerstören.

These 3: Über neue Medien können strategische Allianzen zur Durchsetzung von Rechten und Anerkennung geknüpft und gestärkt werden

Über den Aspekt der Selbstdarstellung hinaus haben sich neue Medien als effektives Medium zur politischen Organisation erwiesen. Die burmesischen Karen und Mon mobilisieren eine weltweite Öffentlichkeit via Internet. Da in Burma (Myanmar) die wenigen Netzzugänge von der Militärjunta streng kontrolliert, Briefe geöffnet und Telefone abgehört werden, schmuggeln Aktivisten Berichte über Menschenrechtsverletzungen über die thailändische Grenze. Dort werden sie ins Englische übersetzt und an Presseagenturen und Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen weltweit versandt. Da die seit 1993 vom Burma Listserver veröffentlichten Nachrichten auch von in Burma zwar verbotenen, aber dennoch empfangenen Radiosendern wie dem BBC World Service, Voice of America oder Radio Free Asia aufgegriffen werden, finden sie auch im Land selbst Gehör.¹⁵

Vergleichbare Strategien verfolgen auch die tibetische Exilregierung und ihre weltweiten Sympathisanten, die Websites wie World Tibet Network News (WTN) oder Tibet Information Network (TIN) unterhalten. Über das Netz werden Kampagnen organisiert, Informationen ausgetauscht, Aktivisten koordiniert. So mailt das Londoner Büro der Exilregierung aus Tibet herausgeschleuste Neuigkeiten vorzugsweise an internationale Nachrichtenagenturen in Peking, gelten Tibet-Meldungen aus Pekinger Redaktionen doch als glaubwürdiger und erhöhen den politischen Druck auf die Volksrepublik.¹⁶

Ebenso wie andere Aktivistengruppen sehen viele Minderheiten im Netz auch eine Waffe im Kampf gegen internationale Unternehmen. So haben die Maya im mittelamerikanischen Belize eine Website eingerichtet, auf der sie nicht nur ihre Traditionen präsentieren, sondern auch Landansprüche anmelden.¹⁷ Denn obwohl sie seit Generationen im tropischen Regenwald leben und diesen kul-

tivieren, haben asiatische Holzunternehmen von der Regierung Abholzungslizenzen erworben, die ihren Lebensraum akut bedrohen. Indem sie internationale Allianzen schließen und versuchen, eine weltweite Öffentlichkeit auf ihre Situation aufmerksam zu machen, bedienen sich die Maya einer mittlerweile verbreiteten Strategie, Druck auf den eigenen Staat, internationale Organisationen wie die Weltbank und Firmen auszuüben.

Die Verlagerung politischer Auseinandersetzungen auf die elektronische Datenbahn wird von Pentagon-Strategen als neue Art der Kriegführung identifiziert, die „aus kleinen weit verteilten Gruppen besteht, die sich austauschen und ihre Kampagnen über Netzwerke durchführen“ und oft ohne zentrale Kontrollmacht operieren.¹⁸ Mittels elektronischer Vernetzung wird in diesen „sozialen Netzkriegen“ der Kampf um psychologische und finanzielle Unterstützung und Medienaufmerksamkeit auf einer globalen Ebene geführt.

These 4: Das Internet verbreitet nicht automatisch demokratische Werte

Viele Menschen erwarten von den neuen Medien einen demokratischen Impuls. Bill Clinton prophezeite: „Mit dem Modem wird sich die Freiheit verbreiten. Wir wissen, wie sehr das Netz die USA verändert hat, und wir sind schon eine freie Gesellschaft. Stellen Sie sich vor, was mit China passieren wird. Ich weiß, China versucht das Netz zu kontrollieren – viel Glück. Das ist so, als wolle man Wackelpudding an die Wand nageln.“

Zweifelsohne bietet das Internet breiten Zugang zu Informationen aus unterschiedlichsten Quellen und fordert das Informationsmonopol autoritärer Staaten heraus. Es präsentiert alternative Lebensformen und kann die Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat stärken. Der katarische Satelliten-TV-Sender Al Jazeera¹⁹ stellt seine Berichterstattung ins Internet und führte Online-Wahlen ein; eine absolute Neuigkeit in den Golfstaaten, in denen freie Meinungsäußerung tabuisiert ist.

In Indonesien wird das Internet als effektives Mittel im Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft eingesetzt. Während der asiatischen Finanzkrise 1997 klagten einheimische Kritiker das Regime massiv im Internet an und organisierten sich. Jede andere Form des Widerstandes wäre zu diesem Zeitpunkt von Suharto gewaltsam unter-

15 Vgl. Christina Fink, Burma: Constructive Engagement in Cyberspace?, in: Cultural Survival Quarterly (www.cs.org/CSQ/csqinternet.html) 1998.

16 Vgl. Meg McLagan, Computing for Tibet: Virtual Politics in the Post-Cold War Era, in: George Marcus (Hrsg.), Connected: Engagements with Media, Chicago 1996.

17 Vgl. www.toledomaya.org/about.html.

18 Vgl. David Ronfeld/John Arquilla, The Zapatista Social Netwar. Study of International Studies Group Interdisciplinary Academic Center, RAND U.S. 1997.

19 Vgl. www.allied-media.com/aljazeera/index.html.

drückt worden. Auch heute noch liefern indonesische Websites aktuelle alternative, nicht regierungskonforme Berichterstattungen zu politischen Entwicklungen.

Auch die mittlerweile ca. 65 Millionen chinesischen Internetbenutzer können durch das Netz eine andere Perspektive auf das aktuelle Tagesgeschehen gewinnen, als ihnen die Staatsmedien präsentieren. Erwachsene verbringen 24 Prozent ihrer Online-Zeit auf ausländischen Websites, Teenager sogar 40 Prozent. In Einzelfällen werden die Staatsmedien sogar offen diskreditiert. Als in der Provinz Jiangxi eine Schule explodierte und 38 Kinder starben, beschuldigten lokale Politiker und Zeitungen einen Selbstmordattentäter. Doch auf Websites erschienen Berichte der betroffenen Eltern, die erklärten, ihre Kinder seien gezwungen worden, Feuerwerkskörper herzustellen, um das Schuleinkommen aufzubessern. Mit steigenden Zugriffszahlen sah sich Premierminister Zhu Rongji gezwungen, eine Entschuldigung auszusprechen – ein höchst seltener Vorgang – und die Untersuchung der Vorkommnisse anzuordnen. Das Netz gilt auch in Krisensituationen als wichtige Informationsquelle. Als die Regierung versuchte, die Verbreitung der Lungenkrankheit SARS zu vertuschen, stürmten Millionen von Chinesen ans Keyboard und ihre Mobiltelefone, um an die zensurierten Neuigkeiten zu gelangen. Der chinesische Netztraffic stieg um 30 Prozent.

Doch autoritäre Staaten wissen sich auch vor den subversiven Einflüssen der neuen Informationsmedien zu schützen. Obwohl die chinesische Regierung die Verbreitung des Internets für die wirtschaftliche Entwicklung aktiv unterstützt, versucht sie zugleich, den Informationsaustausch massiv zu kontrollieren. Die „great firewall of China“ besteht aus Filtersoftware, die unbequeme Websites über Stichworte, von „Demokratie“ über „Falung Gong“ bis „Pornographie“, blockiert. Portale wie das chinesische Yahoo²⁰ und Sina²¹ sind für ihre Selbstzensur bekannt. Immer öfter werden lange Haftstrafen gegen chinesische Internetbenutzer ausgesprochen, die politisch unbequeme Informationen verbreiten. Amnesty International²² sieht in ihnen eine neue Art politischer Gefangener.

Dissidenten und Regierungen treten sich in Hackerangriffen gegenüber. Im Mai 2001 erzwang eine Gruppe muslimischer Hacker, „Cyberjihad“ genannt, die Freilassung eines militanten muslimi-

schen Anführers, indem sie die Website der indonesischen Polizei infiltrierte. Die burmesischen Machthaber wiederum haben eigene Listserver und Websites ins Netz gestellt. Regierungsmitglieder verfolgen die regen Diskussionen auf den oppositionellen Burma-Sites. Werden dort Verbrechen der Militärjunta angeprangert, kontert das State Law and Order Restoration Council mit einer eigenen Version der Geschehnisse.²³

Vielfach neigen westliche Kommentatoren dazu, die politisch subversiven Konsequenzen des Netzes überzubewerten. In China beispielsweise steht für viele User der Unterhaltungsaspekt des Mediums weit im Vordergrund. Computerspiele, kommerzielle Websites, E-Mail und der Chat mit Freunden sind vielen wichtiger als der Zugriff auf politisch brisante Themen. Und wenn es um Politik geht, zum Beispiel nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad bei einem NATO-Luftangriff oder beim Zusammenstoß des chinesischen Kampfflugzeuges mit einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug im April 2001, dann finden in amerikanischen wie chinesischen Chatrooms selten pluralistisch-demokratische Auseinandersetzungen statt, sondern es heizen chauvinistisch aufgeladene nationalistische Parolen die Diskussionen an.

These 5: Das Internet verstärkt die Transnationalisierung

Im Zuge der Verbreitung neuer Kommunikations- und Sporttechnologien hat sich die Lebenssituation der meisten Migrantinnen und Migranten weltweit verändert. Im Gegensatz zu früheren Auswanderergenerationen können sie aktiv die Beziehungen zu ihrem Heimatland aufrechterhalten. Viele sind zweifach verankert und führen transnationale Leben.²⁴ Im Zuge weltweiter wirtschaftlicher Umstrukturierung und weit verbreiteten Rassismus ist es für viele sinnvoll, nicht nur auf ein Land allein zu setzen. Souverän wägen sie die Vor- und Nachteile einzelner Staaten ab, befolgen als vorteilhaft empfundene Regeln und umgehen andere.

Aber auch einige Entsenderstaaten (Türkei, Philippinen, Volksrepublik China, Mexiko) schätzen und fördern aktiv die doppelte Verankerung ihrer Bürger im Ausland. Denn sie haben erkannt, dass diese sowohl potenzielle politische Verbündete sind als auch mit ihren Rücküberweisungen und Investitionen massiv zum nationalen Wohlstand

20 Vgl. <http://chinese.yahoo.com>.

21 Vgl. www.sina.com.cn.

22 Vgl. www.amnesty.org.

23 Vgl. www.myanmar.com.

24 Vgl. Linda Basch/Nina Glick Schiller/Christina Szanton Blanc, *Nations Unbound*, Pennsylvania 1994.

beitragen. Zur Kontaktpflege bedienen sie sich auch der neuen Medien.

Nahezu 50 Prozent der Menschen armenischer Abstammung leben außerhalb der Republik Armenien. 2002 wurde von der armenischen Regierung die zweite internationale Diaspora-Konferenz organisiert. Im Ausland lebende Bürgerinnen und Bürger wurden aufgefordert, sich bei der Computerisierung armenischer Schulen, bei Museumsbauten oder für regionale Gesundheitszentren zu engagieren. Über „www.armeniandiaspora.com“ bemüht sich die Regierung, ihre Bürger in der Diaspora mit Informationen zu Geschäftsnetzwerken und aktuellen Veranstaltungen auf dem Laufenden zu halten.

Indem sie doppelte Staatsbürgerschaften anbieten und ihnen eigene parlamentarische Interessenvertreter zugestehen, versuchen Staaten wie Israel oder die Dominikanische Republik, ihre im Ausland lebenden Bürger in die heimische Wirtschaft und Politik einzubinden. Die Entwicklung zum so genannten deterritorialisierten Nationalstaat erhält durch die elektronischen Medien Auftrieb. Die südafrikanische Regierung veröffentlichte 1993 ihren ersten Verfassungsentwurf im Netz, um exilierten ANC-Mitgliedern ein Mitspracherecht (per E-Mail) einzuräumen. In anderen Ländern wird erwogen, Auslandsbürgern die elektronische Stimmabgabe bei nationalen Wahlen zu ermöglichen, so zum Beispiel in den USA oder in Großbritannien.²⁵

Neue Medien können aber auch wesentlich subtilere und zufällige Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Staaten und Diasporas haben. So empfangen alle im Ausland produzierten chinesischen Medien, in Japan ebenso wie in Ungarn, ihre Nachrichten über die Online-Ausgaben der großen Festlandszeitungen. Auf diese Art und Weise ähneln sich die jeweiligen Diasporazeitungen stark und berichten aus der gleichen Perspektive über die gleichen Vorfälle.²⁶ Der allen Chinesen gemeinsame Pool von „regimetreuen“ Geschichten und Werten festigt wiederum das Zusammengehörigkeitsgefühl von Chinesen weltweit.

Neue Medien spielen aber nicht nur in den Beziehungen zwischen Staaten und Bürgern eine Rolle, sie strukturieren auch die Beziehungen zwischen

im In- und Ausland lebenden Bürgern eines Staates. Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Ansicht, neue Kommunikationsmedien würden traditionelle soziale und familiäre Bande transzendieren und Individualisierungsprozesse beschleunigen, betonen die Ergebnisse ethnographischer Studien die Stärkung bestehender sozialer Beziehungen. In vielen Regionen, insbesondere in solchen mit einem hohen Migrantenanteil wie der Karibik, Südafrika oder Südasien, hilft das Internet, Beziehungen, die durch die geographische Entfernung akut bedroht sind, aufrechtzuerhalten und sogar wieder zu beleben. So sind die meisten Familien in Trinidad transnational; Mitglieder der Kernfamilie leben zu Studien- oder Arbeitszwecken im Ausland. Vor Ankunft des Internets war die trinidadische Familie als zentrale Institution des sozialen Lebens bedroht. Die Kommunikation zwischen Trinidadern in der Heimat und in Übersee verlief schleppend. Sie schrieben nur ungern Briefe und hielten den Kontakt nur über seltene, da teure Telefonate aufrecht. Elektronische Post wurde schnell als vernünftige, effektive und kostengünstige Kommunikationsform aufgegriffen. Trinidadier tauschen sich per E-Mail über Alltägliches aus – Mütter ermahnen ihre in London lebenden Töchter, täglich Vitamintabletten zu nehmen und sich warm genug anzuziehen – und stellen so die Intimität her, die sie von einem normalen Familienleben erwarten.

Auch in Nepal ist das Internet für viele transnationale Familien zu einem wichtigen Kommunikationsmedium avanciert. Oft sind es im Ausland lebende Verwandte, die ihren Familienmitgliedern in Nepal Computer schenken, diese bei Heimaturlauben installieren und ihnen den Umgang damit zeigen. In Internet-Cafés und Gemeinschaftszentren in Belize sieht man zahlreiche Frauen mittleren Alters, die Familienfotos einscannen und an ihre in Los Angeles oder auf den Cayman Islands lebenden Verwandten verschicken. Selbst die belizianischen Mennoniten, Nachfolger der alten deutschen Glaubenssekte, die moderne technologische Innovationen wie den Fernseher ablehnen, nutzen das Internet, um Geschäften nachzugehen, mit Glaubensbrüdern in der ganzen Welt zu kommunizieren und ihre Botschaft zu verbreiten.²⁷

Für zahlreiche im Ausland lebende Menschen spielt das Netz eine wichtige Rolle bei der emotionalen Verarbeitung der Diasporaerfahrung. Im Netz haben sich eine Reihe von Foren etabliert, die sich explizit dem Leben in der Fremde wid-

25 Vgl. www.urbsoc.org/papers/onlinebranch.

26 Vgl. Pál Nyiri, *Expatriating is Patriotic?*, The discourse on „new migrants“ in the Peoples Republic of China and identity construction among recent migrants from the PRC, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 27 (2001) 4, S. 635–653.

27 Vgl. www.thirdway.com/menno.

men.²⁸ Artikel über die neueste Gesetzgebung zur doppelten Staatsbürgerschaft stehen neben Vignetten über Kulturschock und Tipps zur Wohnungssuche. Auf den Diskussionslisten tummeln sich insbesondere Ehepartner reisender Entsandter, die sich nicht auf eine gemeinsame Herkunft beziehen, sondern durch eine ähnliche Lebenssituation miteinander verbunden sind. In der „Bitch and Stitch community“ von „www.expatsxperts.com“ holen sie sich emotionale Unterstützung und praktische Ratschläge. Die Frauen erzählen aus ihrem Leben: Wie sie die Männer zum Flugplatz, die Kinder in die Schule und zum Tennis chauffieren und alle zwei bis drei Jahre mühsam neue Freundschaften schließen. Sie ermutigen sich gegenseitig, ihren Hobbys nachzugehen, die eigene berufliche Laufbahn nicht aus den Augen zu verlieren und sich in den neuen Gemeinschaften sozial zu engagieren. Wie hält man die Beziehung zum ständig abwesenden Ehemann am Leben, und wie geht man mit unzuverlässigen Hausangestellten um?

These 6: Widersprüche, die aus der globalisierten Lebenssituation entstehen, können im virtuellen Raum überbrückt werden

Für Migrantinnen und Migranten ergeben sich vielfältige Konflikte und Widersprüche, die aus den verschiedenen Lebensweisen und Weltbildern in den Aufnahmeländern resultieren. Diese Diskrepanz ist besonders ausgeprägt, wenn stark religiös geprägte Einwanderer auf pluralistisch-offene Gesellschaften treffen. An unterschiedlichen, glaubensbedingten Alltagspraktiken entzünden sich viele der zeitgenössischen Konflikte multikultureller Gesellschaften. Darf eine deutsche Lehrerin ein Kopftuch tragen? Verleugnet ein chinesischer Teenager in Ungarn seine Identität, wenn er seine Freundin in der Öffentlichkeit küsst?

260 in den Niederlanden lebende Muslime beteiligten sich 1999/2000 an der Mailingliste der ersten niederländisch-muslimischen Website. Sie stammen aus Surinam, der Türkei, Holland und Marokko. In den Diskussionen, an denen die niederländische Anthropologin Lenie Brouwer über ein Jahr lang als Beobachterin teilnahm, fanden vor allem die Themen großen Anklang, die zwar für Muslime weltweit von Bedeutung sind, durch die Diaspora-Situation aber neue Brisanz erfahren.²⁹ So verlieren religiöse Praktiken im säkularen

28 Vgl. z.B. www.expatsxperts.com; www.singaporeexpats.com; www.expateexchange.com.

29 Vgl. Lenie Brouwer, Muslims on the Internet: a place for discussion. Vortrag, gehalten auf der Konferenz „Writing Diasporas“, University of Wales, Swansea, 20.–23. 9. 2000.

Umfeld ihre Selbstverständlichkeit und müssen ständig gerechtfertigt und begründet werden. Häufig stehen Muslime der zweiten Einwanderergeneration im Spannungsfeld zwischen der Kultur ihrer Eltern und der des Wohnortes. In der Mailingliste wird diskutiert, inwieweit man sich als Einwanderer an die niederländische Gesellschaft anpassen muss, ohne seine eigene kulturelle Identität aufzugeben.

Besonders Alltagsprobleme mit religiösem Hintergrund wurden rege diskutiert. Über 50 Teilnehmer kommentierten beispielsweise die Frage einer Muslimin, ob Frauen während des Ramadan Make-up tragen dürften. Im Laufe der Diskussion setzten sich die Teilnehmer mit der Rolle der Frau in der muslimischen Ehe auseinander: Trägt sie Make-up, um ihrem Mann zu gefallen, oder tut sie es für sich? Bekennende Musliminnen, die sich für Make-up aussprachen, standen anderen gegenüber, die den Koran dahingehend auslegen, dass die Frau als Mittelpunkt der Gesellschaft „rein“ sein müsse und sich in der Öffentlichkeit nur ungeschminkt zeigen solle.

Diskussionen wie die Make-up-Debatte stellen insofern eine neue Entwicklung dar, als sie die Interpretationshoheit über religiöse Texte und Dogmen herausfordern, die vor der Verbreitung der modernen Massenmedien relativ fest in den Händen von religiösen Schriftgelehrten lag. Schon vor dem Internet hatten Medien wie Radio, Kassetten, Fernsehen sowie die Printmedien neue (z. T. säkulare) Interpreten zu Wort kommen lassen. Durch das Internet erfährt diese Entwicklung eine weitere Steigerung: Indem Muslime ihre Laienfragen öffentlich stellen und etablierte Interpretationen diskutieren, werden vormals unantastbare Autoritäten herausgefordert und das Positionsspektrum diversifiziert.

Gerade für bislang vielfach „stumme“ Gruppen wie Frauen und Jugendliche ist das Netz attraktiv; es wird bevorzugt genutzt, um sich öffentlich einzumischen. Jugendliche umgehen ihre Eltern und lokale religiöse Autoritäten, indem sie sich mit wichtigen Lebensfragen an muslimische Websites oder Cyber-Imame wenden. Ebenso werden Kontakte zwischen den Geschlechtern, die in der Öffentlichkeit stark reglementiert sind, im Cyberspace einfacher. Muslimische Jungen und Mädchen können sich annähern und unverkrampft chatten.³⁰

Die Teilnehmer der niederländisch-muslimischen Diskussionsliste tauschen sich auch über ihren All-

30 Z.B. auf www.arabesq.com/wehn/chat.html.

tag aus und entlarven die Diskrepanz zwischen einer sich offiziell tolerant und multikulturell gebenden Öffentlichkeit und ihren eigenen Erfahrungen von Ausgrenzung und Rassismus. Interessanterweise – und im Gegensatz zum trinidadischen Beispiel – spielt Ethnizität in diesen Online-Diskussionen keine Rolle. Unterschiedliche intellektuelle Standpunkte wurden nie mit unterschiedlicher Herkunft begründet. Während die niederländischen Muslime im Alltag relativ streng nach Ethnizität/Herkunft getrennt leben und unterschiedliche Moscheen besuchen, lösen sich diese Grenzen im Netz auf.

Expansive Verwirklichung und expansives Potenzial

Das Internet wird von Menschen für die unterschiedlichsten Interessen genutzt und mit verschiedenen Bedeutungen versehen. Statt sie auf eine der eingangs skizzierten utopischen und dystopischen Positionen zu reduzieren, erscheint es uns sinnvoller, auf ihre Entwicklungspotenziale hinzuweisen. Miller und Slater schlagen zwei analytische Dimensionen vor – „expansive Verwirklichung“ und „expansives Potenzial“ –, unter denen neue Medien betrachtet werden können.

Expansive Verwirklichung bezieht sich auf die Möglichkeit, mit Hilfe neuer Kommunikationsmedien zu werden, „what one thinks one really is (even if one never was)“. So verwirklichen E-Mail und Chat medial die Idealversion einer intakten Familie, deren Mitglieder im engen Kontakt miteinander stehen. Ebenso hilft die neue Technologie imaginären Gemeinschaften wie den Aleviten oder den Assyrern, sich der eigenen Gruppe und der Weltöffentlichkeit auf eine Art und Weise zu präsentieren, die durch geographische Entfernungen und politische Zwänge bislang verhindert wurde. Kulturelle Besonderheiten, wie die in Trinidad typischen verbalen sexuellen Flachereien, die in Großbritannien leicht als sexistisch (miss)interpretiert werden würden, können im Cyberspace ausgelebt werden. Virtuelle Räume bieten Menschen ferner die Möglichkeit, multiplen Identitäten Ausdruck zu verleihen. Zum Islam konvertierte Niederländer, die im realen Leben eine

große soziale Kluft zu marokkanischen und surinamesischen Muslimen erleben, können diese Kluft in virtuellen Diskussionsrunden überbrücken und sich als Teil einer globalen Religionsgemeinschaft erfahren.

Das expansive Potenzial der neuen Medien geht über den Aspekt der Selbstverwirklichung hinaus und verweist auf die Möglichkeit, neue Bezüge und Visionen – wie man selbst und die eigene Gesellschaft sein könnten – zu entwickeln. In Staaten wie Trinidad oder Südafrika sprechen Ethnologen von einer „natürlichen Affinität“ zum Netz, da dieses – weitgehend unabhängig von der Anzahl der Anschlüsse – instinktiv als Medium begriffen wird, mit dem man zentrale Werte und Bedürfnisse der Gemeinschaft (nach Selbstdarstellung oder Partizipation) vorantreiben kann. Ebenso entstehen mit Hilfe des Internets Solidaritätsnetze, die ohne neue Kommunikationstechnologien nicht vorstellbar gewesen wären. Mailinglisten und Diskussionsgruppen, ob gegen die Besetzung Tibets durch China oder gegen die Militärjunta in Burma, ermöglichen die Zusammenarbeit von Aktivisten und mobilisieren eine weltweite Öffentlichkeit. Durch direkten Kontakt und gemeinsame Foren entsteht bei den Teilnehmern ein neues Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Vergleichbare neue Gemeinschaften finden sich auch auf einigen der „Expat“-Foren, auf denen sich Mitglieder „globaler Familien“ ungeachtet ihrer Nationalität emotional unterstützen. Widersprüche, die im Alltag der Diaspora häufig zu Loyalitätskonflikten führen (Passe ich mich dem Gastland an? Gebe ich damit meine Kultur preis?), können im geschützten Raum von Diskussions- oder Mailinglisten thematisiert werden. Muslimische Jugendliche, die sich im Spannungsfeld zwischen pluralistischer Gastkultur und den Erwartungen ihrer Familien bewegen, haben im Netz die Chance, zu eigenen Positionen zu finden. Denn anders als die herkömmlichen Massenmedien erzeugen Internet-Technologien, insbesondere E-Mail und Chat, „Wahrheit“ und „Realität“ diskursiv. Sie werden nicht von Autoritäten verkündet, sondern entstehen im Dialog der verschiedenen Teilnehmer. So können ungewohnte Positionen ausgetestet, verworfen oder angenommen werden.

Peter Filzmaier/Birgit Winkel

Parlamente im Netz Internetseiten im EU-Vergleich

Die Nutzung des Internets¹ zur Information über Parlamente und für eine verbesserte Kommunikation zwischen Volksvertretungen und Bürgerinnen und Bürgern wurde bislang von der Forschung vernachlässigt. Initiativen der politischen Bildungsarbeit für eine Intensivierung der Parlamentskommunikation via Internet sind nahezu unbekannt.² Insbesondere im deutschsprachigen Raum und für den Großteil der EU-Mitgliedstaaten gibt es kaum Analysen über Form und Qualität parlamentarischer Websites. Selbst im Internet finden sich in Suchmaschinen zur Wortgruppe „Parlament/Web Sites/(Inhalts-)Analyse“ weniger als 30 Ergebnisse, die fast ausschließlich Adressenverzeichnisse von Parlamenten im Netz darstellen. Nur in den USA gibt es bereits seit einigen Jahren systematische Untersuchungen der Funktion von Websites staatlicher und regionaler Parlamente.³

Die Forschungsfrage, welche Parlamente im Netz vertreten sind, ist mittlerweile weltweit irrelevant, denn die Parlamente aller Länder verfügen über Websites mit Informationen über ihre Geschichte, Struktur und Zusammensetzung bzw. mit Gesetzestexten. Doch diese Informationen werden nicht immer sinnvoll aufbereitet. So enthalten die Seiten selten interaktive Elemente, die über eine Kontaktmöglichkeit mittels E-Mail hinausreichen. Gleichzeitig sind sowohl der Internetzugang als auch die Medienkompetenz zur parlamentarischen Informationssuche im Internet begrenzt, und sie unterscheiden sich von Land zu Land. Von entscheidender Bedeutung bleibt demzufolge auch für Europa die Hauptfrage der US-Studien: Welche demokratiepolitischen Leistungen erbringen die Internetauftritte der Parlamente? Es ist zu befürchten, dass das Internet in der Parlamentskommunikation politische Eliten bevorzugt und die politische Informa-

tion und Kommunikation als intraelitären Prozess fördert anstatt den interaktiven Dialog von Eliten und Bürgern zu unterstützen.

Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Der anarchische Charakter des Internets steht in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich oft in Widerspruch mit der traditionell hierarchischen Struktur von Prozessen der politischen Kommunikation. Aus mehreren Gründen – der Charakter Deutschlands und Österreichs als „Konsensdemokratien“, die weitreichende Bürokratisierung, ein starkes Parteiensystem, institutionalisierte Verhandlungsmodelle von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen anstatt eines freien Wettbewerbs konkurrierender Interessen, öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten – unterscheidet sich der politische Kommunikationsfluss in beiden Ländern signifikant von einer liberalen Informationskultur wie beispielsweise in den USA.

Es dominiert in Deutschland und Österreich eine klare Orientierung an etablierten Kommunikationsstrukturen, so dass es für Bürger eher unüblich ist, im Internet aktiv nach politischen Informationen oder gar nach Möglichkeiten politischer Beteiligung zu suchen. Im Umkehrschluss sind auch parlamentarische Eliten im Umgang mit derart aktiven Bürgern unerfahren. Auch ein grundsätzlicher Konservatismus oder aber Traditionen der Direktdemokratie (siehe das Beispiel der Schweiz) können die Institutionalisierung des Internets für einen Dialog zwischen Parlamenten und Bürgern negativ beeinflussen.

Vergleichsstudien über Parlamente im Internet

Wissenschaftliche Untersuchungen über die Bedeutung von Parlamenten im Internet leiden unverändert an Theorie- und Empiriedefiziten. Als europäisches Standardwerk kann eine Sonderausgabe der Fachzeitschrift „Parliamentary Affairs“ von 1999 angeführt werden.⁴ Besonders

⁴ Stephen Coleman/John Taylor/Wim van de Donk (Hrsg.), *Parliament in the Age of the Internet*. Special Issue of Par-

¹ Für neue Informations- und Kommunikationstechnologien (IKTs) wird im Folgenden der Sammelbegriff „Internet“ verwendet.

² Vgl. www.ipu.org, eine Internetseite für Wissenschaftler und Lehrer, die Informationen über die Struktur und Funktionsweise von Parlamenten weltweit suchen. Die Inter Parliamentary Union (IPU) ist eine globale Organisation von Parlamenten souveräner Staaten und kooperiert mit der UNESCO.

³ Vgl. Kapitel 7 in Pippa Norris, *Digital Divide? Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet in Democratic Societies*, New York 2001.

detailliert werden dort die Implikationen des Internets für eine Reform der parlamentarischen Demokratie im Hinblick auf das britische Regierungssystem dargestellt.⁵

Deutschsprachige Beiträge, die einen theoretischen Bezugsrahmen aufweisen, liegen u. a. von Stefan Marschall⁶ und Peter Filzmaier⁷ vor. Außerdem existiert eine Vergleichsuntersuchung über den amerikanischen Kongress, den Deutschen Bundestag und den schwedischen Riksdag von Thomas Zittel.⁸ Hinzu kommen mehrere an Universitäten angefertigte Diplomarbeiten oder Dissertationen, die in Bibliotheken bzw. im Internet verfügbar sind und deren Ergebnisse nur selten in wissenschaftlichen Fachzeitschriften oder Büchern publiziert wurden. In Dänemark haben Karl Löfgren u. a.⁹ eine der wenigen europäischen Analysen durchgeführt, die eine empirische Prüfung von parlamentarischen Angeboten im Internet in einen theoretischen Rahmen eingebunden hat. Aufgrund der Spezifika von Parteien- und Wahlsystemen sowie der jeweils unterschiedlichen Parlamentsorganisation ist eine Übertragung auf mehrere Länder aber kaum möglich.

Von 1999 bis 2001 wurde an der Amsterdam-Maastricht Summer University jedes Jahr eine Studie über die Websites von Parlamenten in den 15 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt.¹⁰ Die Seiten wurden

liamentary Affairs, 52 (1999) 3. Im Frühjahr 2004 erscheint Gustavo Cardoso/Stephen Coleman/Peter Filzmaier/Jens Hoff (Hrsg.), *The Use of Information and Communication Technologies by Members of Parliament in Europe. Special Issue of Information Polity (formerly Information Infrastructure and Policy): An International Journal of Government and Democracy in the Information Age*, Tilburg.

5 Vgl. Christine Bellamy/Charles D. Raab, *Wiring-Up the Deck Chairs?*, in: *Parliamentary Affairs*, 52 (1999) 3, S. 518–534.

6 Vgl. Stefan Marschall, *Öffentlichkeit und Volksvertretung. Theorie und Praxis der Public Relations von Parlamenten*, Opladen–Wiesbaden 1999.

7 Vgl. Peter Filzmaier, *Die Online-Präsenz von Parlamenten im internationalen Vergleich*, in: ders. (Hrsg.), *Internet und Demokratie. The State of Online Politics*, Wien u. a. 2001.

8 Vgl. Thomas Zittel, *Elektronische Demokratie durch Elektronische Parlamente*, in: Reinhard Meier-Walser/Thilo Hart (Hrsg.), *Politikwelt Internet – neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet?*, München 2001, S. 171–197.

9 Vgl. Karl Löfgren/Kim V. Andersen/Mette F. Sørensen, *The Danish Parliament Going Virtual*, in: *Parliamentary Affairs*, 52 (1999) 3, S. 493–502.

10 Die Studien wurden in einem Seminar über „Campaigning, Democracies and the Internet“ durchgeführt. Zur Anwendung kam ein Fragebogen, der u. a. folgende Fragen enthielt: „Do the homepages provide an internal orientation system and is the page registered with international/national search engines?“, „Do they provide foreign language introductions?“, „Do they use the latest technology?“, „Is it

von einer Auswahl durchschnittlicher Internetnutzer aus Europa nach einem Punktesystem bewertet (vgl. *Abbildung 1*). Der Deutsche Bundestag platzierte sich konstant im (vorderen) Mittelfeld und erreichte 15, 18 und 17 Punkte. In der dreijährigen Gesamtstatistik, berechnet nach dem Durchschnittswert, führen Frankreich und Irland mit jeweils 19,7 Punkten, gefolgt von Schweden mit 19,0 und dem Vereinigten Königreich mit 18,7 Punkten. Dänemark teilt sich den fünften Platz mit den Niederlanden und Griechenland. Sowohl für den Deutschen Bundestag als auch für das italienische Parlamento ergibt sich ein mittlerer Wert. Im hinteren Drittel rangieren Spanien, Luxemburg, Portugal und Belgien mit zwischen knapp 12 und 14 Punkten. Das Schlusslicht bildet Österreich mit 10,3 Punkten.

Die Unterschiede von Jahr zu Jahr sind lediglich zum Teil durch tatsächliche Innovationen bzw. Veränderungen der parlamentarischen Websites erklärbar, so dass die Ergebnisse durch die im Jahresvergleich unterschiedliche Studiengruppe beeinflusst wurden und nur als Trend angesehen werden dürfen. Die Ergebnisse sind überraschend, weil es keine klare Korrelation der Bewertungspunkte mit der Häufigkeit der Internetnutzung bzw. deren Anstieg in den einzelnen Ländern gab. Die skandinavischen Länder sind in der Internetnutzung führend, doch nur Schweden und Dänemark erhielten Spitzenbewertungen, die Internetseite des finnischen Parlaments hingegen nicht, obwohl in Finnland gleichermaßen sowohl die Regierung als auch private Nicht-Regierungsorganisationen und Wirtschaftsunternehmen frühzeitig Initiativen für eine Unterstützung der Internetnutzung ergriffen.

Griechenland erzielte Spitzenwerte, obwohl das Land die niedrigste Internetnutzungsrate in der EU aufweist. Die Steigerungsraten der Internetnutzung im Vereinigten Königreich führten zu einer höheren Punktezahl, doch war bereits die Erstbewertung bemerkenswert hoch gewesen. Österreich liegt in der Häufigkeit der Internetnutzung klar vor Deutschland, die Internetseite des Deutschen Bundestags wurde jedoch eindeutig besser bewertet als jene des österreichischen National- und Bundesrats. Die Seite des italienischen Parlaments wurde ebenfalls gut bewertet, obwohl rein zahlenmäßig die österreichischen

possible to contribute to expert debates or discussion forum online?“, „Do all committees have email contact, staff directories, and an overview of their activities and policy issues?“ und „Do MPs chosen by random respond on a standard email?“. Für die Ergebnisse 2001 siehe www.politicsonline.com/specialreports/010803/eusurvey2001.asp.

Abbildung 1: Bewertung parlamentarischer Websites in den EU-Ländern (1999–2001)*

	1999	2000	2001	1999–2001
1. Frankreich	19	20	20	19,7
1. Irland	17	20	22	19,7
3. Schweden	17	21	19	19,0
4. Vereinigtes Königreich	17	18	21	18,7
5. Dänemark	20	15	18	17,7
5. Griechenland	20	18	15	17,7
5. Niederlande	17	18	18	17,7
8. Deutschland	15	18	17	16,7
8. Italien	15	20	15	16,7
10. Finnland	13	18	14	15,0
11. Spanien	18	14	10	14,0
12. Luxemburg	20	7	13	13,3
13. Portugal	11	10	18	13,0
14. Belgien	16	9	10	11,7
15. Österreich	12	8	11	10,3

* Angaben in Punkten; Maximum: 25.

Quelle: The Amsterdam-Maastricht Summer University, Internet Intelligence Test of EU Governments, Amsterdam–Maastricht 1999 ff.

Angebote nicht übertroffen werden und die Zahl der Internetnutzer noch geringer ist. Nur in Portugal deckte sich eine schlechte Bewertung mit einer geringen Internetnutzung.

Qualitative Inhaltsanalyse parlamentarischer Websites

Das skizzierte Ergebnis der Amsterdam-Maastricht Summer University lässt grundlegende Unterschiede der Qualität vermuten. Sinnvolle qualitative Vergleiche parlamentarischer Websites müssen demzufolge nach mehrdimensionalen Kriterien erfolgen und über reine Zählungen hinausgehen, nachdem viele Inhalte überall vorhanden¹¹ und auf den ersten Blick gleichwertig sind. Ein quantitativ reichhaltiges Angebot ist qualitativ unter Umständen vergleichsweise wenig zur Förderung der politischen Kommunikation zwischen Volksvertretung (Parlament) und Volk (Bürgern) geeignet.

In der Folge wird versucht, die Websites deutschsprachiger Parlamente qualitativ zu vergleichen. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass in einer repräsentativen Demokratie parlamentarische

¹¹ Beispielsweise fanden sich vollständige Abgeordnetenlisten, Ausschüsse und Unterausschüsse, Verfassungstexte usw. bereits 1999 auf fast drei Viertel aller Parlamentsseiten weltweit. Hingegen waren in weniger als zehn Prozent der Fälle Online-Diskussionsforen vorgesehen. Vgl. Pippa Norris, *A Virtuous Circle. Political Communications in Postindustrial Societies*, New York 2000, S. 16.

Websites idealtypisch sowohl Top-down-Informationen als auch Bottom-up-Kanäle für eine interaktive politische Partizipation und Kommunikation anbieten. Die Kategorien für eine Inhaltsanalyse können demzufolge (vgl. *Abbildung 2*) nach den Kriterien der politischen Information über Geschichte, Rechtsrahmen, Strukturen und Abgeordnete sowie der (interaktiven) Kommunikation über die Arbeit des Parlaments und politische Themen mit den jeweils entsprechenden Serviceleistungen unterschieden werden.

Quantitative Studien nach einem ähnlichen Analyseschema belegen – wenig überraschend – den höchsten Service-, Informations- und Kommunikationsgehalt nordamerikanischer und westeuropäischer bzw. insbesondere skandinavischer Seiten. Auch Australien und Neuseeland nehmen Führungspositionen ein, während Parlamente in Afrika und im Nahen/Mittleren Osten das Schlusslicht bilden. Die Qualität parlamentarischer Websites steht global in direktem Zusammenhang mit der Nutzungsfrequenz für das Internet, vor allem aber auch mit dem Entwicklungsstand und Demokratisierungsgrad eines Landes.

Im Unterschied zu solchen quantitativ orientierten Studien – in denen der *Abbildung 2* vergleichbare Kategorien bzw. Indikatoren korreliert werden, um eine Reihung nach Punkten zu ermöglichen¹² –

¹² P. Norris (Anm. 3) kodierte die Angebote politischer Information mit „1“ und „0“ für vorhanden/nicht vorhanden, wobei im erstgenannten Fall zusätzlich eine Wertung von ein bis drei Punkten zur Anwendung kam. Kommunikationsangebote wurden analog dazu mit „1“ und „0“ für ja/nein kodiert.

Abbildung 2: Kategorienschema zur Inhaltsanalyse parlamentarischer Websites

Funktion	Kategorie	Inhalt (Beispiele)
1. Top-down-Angebote politischer Information	a) allgemeine Informationen	allgemein politische und geschichtliche Informationen („Daten, Fakten“)
	b) Informationen über den rechtlichen Rahmen (Gesetze und Gesetzgebung)	Verfassung, Wahlrecht/Parteiengesetz, Geschäftsordnung
	c) Informationen über aktuelle legislative Tätigkeiten	Dokumente zur aktuellen Gesetzgebung, Tagesordnung, Sitzungsprotokolle
	d) Informationen über parlamentarische Strukturen	Ausschüsse, Parteiorganisationen (Fraktionen), Regierungsmitglieder als Parlamentsakteure
	e) Informationen über Parlamentsabgeordnete	E-Mail-Adressen, Lebenslauf, Tätigkeitsbereiche, Abstimmungsverhalten
	1.1 Serviceleistungen zur Informationsvermittlung	f) Aktualität
	g) Orientierung	Wegweiser, Inhaltsverzeichnisse, Suchmaschinen
	h) Sprachen	Informationen in Fremdsprachen bzw. für sprachliche/ethnische Minderheiten eines Staates
	i) Publikationen	Veröffentlichungen des Parlaments und/oder externe Fachpublikationen inkl. Bestellmöglichkeiten
	j) Multimedia	Einsatz zusätzlicher neuer, nicht ausschließlich auf Texte bezogener Medien (Bilder und Graphiken, Audio-/Videoübertragungen, CD-ROM)
2. (interaktive) Bottom-up-Kommunikationskanäle	k) Anfragen und Feedback	Interaktivität als Möglichkeit, Rückfragen zu stellen bzw. Zusatzinformationen einzuholen, Bearbeitung von externen Anfragen an das Parlament
	l) politische Beteiligung	Interaktivität als Möglichkeit, den politischen Prozess zu beeinflussen bzw. wenigstens zu hinterfragen (Bearbeitung von E-Mails an Parlamentsabgeordnete, Diskussionsforen, Chat-Angebote mit Mandataren)
	m) Transparenz	Grad der Transparenz bzw. Kritikmöglichkeit zu Hintergründen der vermittelten Information und Umfang/Inhalt nicht veröffentlichter Informationen
	n) Vernetzung	Querverweise („Links“) zu externen Seiten regionaler/lokaler Volksvertretungskörper, Regierungsinstitutionen und Parteien/Interessengruppen inkl. dortige Partizipationsmöglichkeiten
2.1 Serviceleistungen zur Partizipation und Kommunikation	o) Servicequalität	Bewertung des Schwierigkeitsgrades für den Internet-Informationszugang durch nichtprofessionelle Internetnutzer
	p) „Realisation der Virtualität“	Verweise auf Zugangsmöglichkeiten zum Parlament (Kontakte, Veranstaltungen, Besuchsangebote)

Abbildung 3: Inhalte von parlamentarischen Websites im internationalen Vergleich

Funktion	Kategorie	Deutschland	Österreich	Schweiz
1. Top-down-Angebote politischer Information	a) allgemeine Informationen	+	++	+
	b) Informationen über den rechtlichen Rahmen (Gesetze und Gesetzgebung)	++	++	++
	c) Informationen über aktuelle legislative Tätigkeiten	++	++	++
	d) Informationen über parlamentarische Strukturen	+	+	+
	e) Informationen über Parlamentsabgeordnete	+	o	+
	1.1 Serviceleistungen zur Informationsvermittlung	f) Aktualität	+	+
	g) Orientierung	+	+	+
	h) Sprachen	+	o	++
	i) Publikationen	o	+	+
	j) Multimedia	o	o	o
2. (interaktive) Bottom-up-Kommunikationskanäle	k) Anfragen und Feedback	+	o	+
	l) politische Beteiligung	+	-	+
	m) Transparenz	o	o	o
	n) Vernetzung	++	+	+
2.1 Serviceleistungen zur Partizipation und Kommunikation	o) Servicequalität	+	o	+
	p) „Realisation der Virtualität“	++	+	+

++ = sehr gut, + = gut, - = mangelhaft, -- = sehr mangelhaft; o = nicht vorhanden.

ist jedoch zumindest für innereuropäische Vergleiche eine qualitative Beschreibung der Inhalte erforderlich. Diese kann durchaus (vgl. *Abbildung 3* mit einer vier- bzw. fünfteiligen Skala als Wertungskategorien) gleichfalls in eine zahlenähnliche Bewertung münden.

Deutschsprachige Websites

Bundesrepublik Deutschland

Die Internetseite des Deutschen Bundestags¹³ (www.bundestag.de) enthält primär gegenwarts- und rechtsbezogene, institutionelle Top-down-Informationen, während der geschichtliche Überblick sich auf einer unteren Ebene befindet und weniger ausführlich ist. Zusätzlich wurden zwei interaktive Elemente, Diskussionsforen und virtu-

elle Konferenzen, integriert. Die Diskussionsforen sind als Hinweis auf der obersten Ebene platziert und im Regelfall sehr themenspezifisch.¹⁴

Parallelen zu den anderen Fallbeispielen zeigen sich hinsichtlich der Einstellung von Gesetzestexten zum Parlamentarismus bzw. zum parlamentarischen System (Grundgesetz, Wahlrecht, Parteiengesetz als Volltext) und der Geschäftsordnung, die mit Erläuterungen versehen ist. Die Tagesordnung von Sitzungen – als Sitzungskalender für den Deutschen Bundestag im Netz gemeinsam mit geschichtlichen Informationen und aktuellen Veranstaltungen usw. als „Infothek“ zusammengefasst – ist sehr detailliert und enthält sowohl einen Rückblick auf frühere Sitzungsperioden als auch eine Vorschau. Tagesordnung, Pressemitteilungen und Protokolle (als „Aktuelles“ in einer Rubrik) finden sich auch auf den Websites von Parlamenten anderer Länder.

¹³ Vgl. u. a. Stephan Bröchler, Does Technology Matter? Die Rolle von Informations- und Kommunikationstechniken in Regierung und Parlament, in: Georg Simonis (Hrsg.), Politik und Technik – vier Studien zum Wandel von Staatlichkeit, in: polis, 49 (2000), S. 85–109.

¹⁴ Als ergänzende Literatur für die Inhaltsanalyse der Website des Deutschen Bundestags diente u. a. Norbert Kersting, E-Democracy in Germany, Forschungsbericht für ein Projekt des Europäischen Hochschulinstituts (European University Institute/EUI) in Florenz, 2003.

Unterschiede zu anderen Ländern sind vordergründig auch nicht in der dokumentarischen Aufbereitung von Parlamentsmaterialien (nach dem Zeitpunkt geordnete Protokolle mit Schlagwortkatalog) zu erkennen. Zusätzlich enthält die Internetseite des Deutschen Bundestags Verweise auf externe Datenbanken auf nationaler und internationaler Ebene. Printpublikationen werden demgegenüber in verhältnismäßig geringem Ausmaß offeriert. Das Angebot wird in deutscher, englischer und in französischer Sprache gestaltet. Links zeigen in Deutschland einen verstärkten Europa-bezug bzw. vermehrt internationale Komponenten (Europäische Institutionen bzw. Internationale Organisationen). Die Inhalte der nichtöffentlichen Ausschusssitzungen sind vergleichsweise knapp dargestellt, obwohl die Ausschüsse des Deutschen Bundestags über eigene – allerdings auf eine Auflistung der generellen Zuständigkeit und der Mitglieder reduzierte – Subseiten verfügen. Die Seite des Deutschen Bundestags enthält außerdem eine gesonderte Subseite von 516 Abgeordneten (bzw. 85,6 Prozent, Erhebungszeitpunkt September 2003) mit Homepages.

Der parlamentarische Unterausschuss für „Neue Medien“ (www.bundestag.de/gremien15) initiierte ein „E-democracy“-Projekt, das ein Diskussionsforum mit zusätzlichen Informationsangeboten verbinden sollte. Erfahrungen mit dem Forum „Modernisierung des Informationsrechtes“ zeigten, dass ein Dialog zwischen Abgeordneten und einer vorinformierten und interessierten Öffentlichkeit möglich ist. Vor allem aber wurde deutlich, dass sowohl Formvorschriften wie die Registrierung der Diskutanten als auch ein Moderator als authentische Person für Zusatzinformationen, Themenkoordination, Mediation und Zusammenfassung von Ergebnissen unumgänglich sind, um parlamentarische Diskussionsforen im Internet als interaktives und partizipatives Kommunikationselement effektiv zu machen.

Zum Erhebungszeitpunkt (Ende April 2003) waren zwei Foren aktiv – „Heilung für die kranken Kassen“ (bis Herbst 2003) und das Forum von Jürgen Meyer, SPD, Vertreter des Bundestages im EU-Konvent zu eben diesem Thema –, die zumindest im erstgenannten Fall mit ihren Inhalten ein Beispiel für die hochgradige Spezifizierung darstellen. Auch ist der Interaktivitätsgrad relativ gering. Im Forum zum Gesundheitssystem wurden nicht nur die vier Parlamentsfraktionen um Stellungnahmen gebeten, sondern auch Besucher der Website. Nach einer intensiven Diskussion nach Foreneröffnung Anfang April gab es zum Monats-

ende bereits weniger als einen Diskussionsbeitrag im Tagesdurchschnitt. Das Forum zur Diskussion über die Vorstellungen von Europas Zukunft ist seit Mai 2002 online, zuletzt gab es jedoch durchschnittlich nur einen Beitrag im Monat. Im Spätsommer 2003 kam als Forum „Auslandseinsätze und Wehrpflicht – Marschbefehle für die Bundeswehr“ mit anfänglich intensiveren Diskussionen hinzu.

Auch das Archiv für Diskussionsforen zeigt, dass bestimmte Themen (Kampf gegen Drogen, Anonyme Geburten, Ethik in der Medizin, Öko-Bauern, Videoüberwachung, Bundeswehreinsatz im Kosovo) über allgemein demokratische Fragestellungen (z. B. „10 gesamtdeutsche Jahre, 1990–2000“) zahlenmäßig dominieren. Die Quantität der Beteiligung ist sehr unterschiedlich, doch werden Foren primär von einer fachbezogenen Teilöffentlichkeit – etwa Ärzte bei medizinischen Themen – genutzt. Ausgewählte Beiträge werden im Printmagazin „Blickpunkt Bundestag – Forum der Demokratie“ veröffentlicht. Als Kritikpunkt kann angeführt werden, dass der interaktive Dialog sich als intraelitäre Diskussion von politischen und sonstigen gesellschaftlichen Eliten und nicht als Diskurs zwischen Eliten und Bürgern gestaltet. Rück- und Anfragemöglichkeiten sind auf E-Mails und Hinweise auf telefonische Optionen beschränkt. Auch virtuelle Konferenzen zu Sachthemen richten sich offensichtlich an Fachöffentlichkeiten. Eine Ausnahme stellten umfangreiche Aktivitäten zu den Bundestagswahlen im September 2002 dar; als zusätzliche Foren („Was steht zur Wahl?“) wurden Online-Konferenzen (u. a. „Warum wählen gehen?“ auf www.mitmischen.de für Jugendliche und junge Wähler) und ein Internet-Quiz angeboten.

Die Plenarsitzungen des Bundestags werden im Internet live übertragen. Hinweise finden sich ebenso zu Tonübertragungen und zum Bundestagsfernsehen. Reale Besuchsmöglichkeiten werden angeboten, enthalten jedoch als Besichtigung bzw. Führung keine Inhaltsbezüge. Zusätzlich wird auf die Wanderausstellung „Deutscher Bundestag – Unsere Abgeordneten“ sowie auf das Infomobil des Bundestages, das eine Tour durch das Land absolviert, hingewiesen.

Allgemein erscheint die Internetseite des Deutschen Bundestags trotz bzw. wegen des Verzichts auf eine aufwendige Bildgestaltung vergleichsweise benutzerfreundlich, nicht zuletzt, weil die Navigationshilfen schlüssiger als anderswo gestaltet sind.

Österreich

Die Startseite des österreichischen Parlaments (www.parlament.gv.at) ist nahezu ohne graphische Elemente strukturiert. Basisinformationen werden in Deutsch und Englisch, jedoch in keiner weiteren Fremdsprache und keiner Sprache einer gesetzlichen Minderheit in Österreich (Slowenisch bzw. Serbokroatisch) angeboten. Der Link „Willkommen im Österreichischen Parlament“ führt zu einem illustrierten Überblick sowohl über das Parlament als auch das parlamentarische System. 24 Abbildungen zeigen gleichermaßen das Gebäude und seine Räumlichkeiten wie die Vorgangsweise im Prozess der Gesetzgebung.

Der Textüberblick ist detailliert, enthält jedoch überwiegend Grundinformationen und keine kritischen Wertungen. Die meisten Teile konzentrieren sich auf geschichtliche Informationen (Entwicklung der Bundesverfassung, des Wahlsystems und des Parlamentarismus im 20. Jahrhundert), das Parlamentsgebäude und die Organisation der Volksvertretung (Kammern und Gremien, Geschäftsordnung, Gesetzgebung). Einführende Kommentare beschäftigen sich auf etwa fünf Seiten in sehr allgemeiner Form mit der Funktion des Parlaments im politischen System. Anhänge enthalten Rechtsquellen und Statistiken. Kommentare über das Parlament als demokratiepolitische Institution sowie über die Beziehung zwischen Parlament und Regierung sind zwar enthalten, aber ebenfalls auf Basisinformationen reduziert. Gleichzeitig ist die durch das Bildungsministerium¹⁵ gestaltete Information um Objektivität bzw. neutrale Beschreibungen bemüht und daher relativ theoretisch. Ausschließlich in deutscher Sprache werden zusätzlich u. a. folgende Serviceleistungen angeboten:

- Eine alphabetische Liste aller Parlamentsabgeordneten enthält Informationen über ihren Wahlbezirk, Amtszeit und Erreichbarkeit via Telefon/Fax und Internet. Im Oktober 2003 haben 73 von 183 Abgeordneten ihre – theoretisch für alle Parlamentsmitglieder verfügbare – E-Mail-Adresse auf der Seite veröffentlicht, 168 gaben entweder diese oder/und eine andere E-Mail-Adresse an. Bei 15 Abgeordneten schien keine E-Mail-Adresse auf. Lediglich 29 Abgeordnete gaben eine persönliche Homepage an (in 31 Fällen wurde eine institutionalisierte Homepage einer Partei oder Interessenvertretung angeführt).¹⁶ Von den via E-Mail

¹⁵ Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK), vormals Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (BMUK).

kontaktierbaren Abgeordneten hatte allerdings im Frühjahr 2003 lediglich ein Viertel (26,9 Prozent) auf eine konkrete Testanfrage im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts geantwortet.¹⁷ Die Sitzverteilung der Abgeordneten nach Parteizugehörigkeit und ihre Ausschussmitgliedschaften führen auf einer tiefer gelegenen Ebene zu detaillierten Biografien und Fotos.

- Tagesordnungen der Plenar- und Ausschusssitzungen werden mit Themen- und Rednerlisten gezeigt, von Plenarsitzungen gibt es Direktübertragungen mittels Audio Stream.
- Protokolle der Plenarsitzungen und Gesetzgebungsprotokolle sind ab 1996 verfügbar und können auch mittels elektronischem Schlagwortkatalog gesucht werden.
- Das Parlament betreffende Rechtsquellen enthalten den Volltext der Bundesverfassung, Wahlrechtsbestimmungen, Parteidgesetze sowie die Geschäftsordnung.
- Presseberichte der Austria Presse Agentur (APA) über parlamentarische Aktivitäten sind ab dem Jahr 1966 abrufbar und nach Datum, Thema und/oder Schlagwörtern sortiert.
- Hintergrundinformationen führen zu virtuellen Rundgängen im Parlamentsgebäude, aber auch zu Bibliotheksarchiven und einer Bürgerinformationsstelle für Anfragen via Telefon oder E-Mail.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Defizit an Informationen über die politischen Positionen der einzelnen Parlamentsabgeordneten in Österreich auffällt, aber eine logische Konsequenz der freiwilligen Fraktionsdisziplin („Klubzwang“) und der parteikonformen Abstimmungen ist. Obwohl beispielsweise die Abbildungen zur Gesetzgebung im Stil von Unterrichtsmaterialien für höhere Schulen gestaltet sind, ist die Website des Parlaments weniger für eine praxisbezogene politische Bildungsfunktion denn als Informationsarchiv geeignet.

Schweiz

In der Schweiz wird auf einer Begrüßungs- bzw. Auswahlseite (www.parlament.ch) in Deutsch,

¹⁶ Vgl. Peter Filzmaier/Kathrin Stainer-Hämmerle, Parlamentskommunikation und Neue Medien. Das Internetnutzungsverhalten von Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat, in: SWS-Rundschau, 41 (2002) 3, S. 309–334.

¹⁷ Vgl. Peter Filzmaier, E-Democracy in Austria. Country Report, im Rahmen des erwähnten EUI-Projekts.

Französisch und Italienisch die Mehrsprachigkeit des Landes betont, doch fehlt Rätoromanisch als vierte offizielle Amtssprache und wird durch Englisch ersetzt. Historische Informationen umfassen u. a. eine „kleine Staatskunde“ über das Parlament und seine Tätigkeitsbereiche, über die Bundesverfassung, über staatspolitische Einrichtungen sowie ein Wahlwörterbuch. Dieses umfasst auf Parlamentswahlen bezogene Gesetze und Rechte bzw. Pflichten, sowie als Kategorien u. a. Stimmrecht, Proporzwahl und Parteienstimmen.

Die unter dem Begriff „Tätigkeiten“ zusammengefassten Informationen über den Gesetzgebungsprozess führen von der obersten Ebene zu Subseiten wie zum Beispiel Geschäftsreglement und parlamentarische Verfahren, ohne dass auffallende Unterschiede zu den Websites von Parlamenten anderer Länder bestehen. Auch gesetzliche Grundlagen (Wahlrecht u. a.) sowie Statistiken und aktuelle Tagesordnungen von Nationalrat und Ständerat bzw. der Kommissionen differieren kaum. Eine Live-Übertragung von Plenardebatten in Ton und/oder Bild ist vorgesehen.

Als Informationen über Abgeordnete finden sich eine Auflistung der Präsidenten (mit eigener Internetseite) und Vizepräsidenten sowie der Mitglieder der Räte mit Partei- und Kantonszugehörigkeit, beruflichem Hintergrund, politischer Tätigkeit und parlamentarischen sowie, falls vorhanden, privaten E-Mail-Adressen. Regierungsmitglieder werden nicht eigens angeführt. Informationssuche ist u. a. mittels eines alphabetischen Index und als Volltextsuche im Angebot der Parlamentsdienste möglich. Selbstständige Veröffentlichungen reduzieren sich mehrheitlich auf offizielle Berichte und Broschüren, doch können im „Meta Web“ themenbezogenen Publikationen recherchiert werden, und unter „Staatskunde“ sind Bücher (auch Lehrbücher) zu Parlamentsthemen abrufbar.

Von besonderer Bedeutung für die Schweiz ist es, dass „halb-direktdemokratische“ Elemente – Volksabstimmungen und Volksinitiativen – den Bürgern im Bereich der Gesetzgebung weitreichende Einflussmöglichkeiten garantieren, die in Österreich und vor allem in Deutschland weniger stark ausgeprägt sind. Zu bemängeln ist daher das Fehlen von Diskussionsforen oder „Chat Rooms“ als Merkmal der Interaktivität einer Konkordanzdemokratie. Diese beschränkt sich auf eine Kontaktaufnahme mit Ratsmitgliedern via E-Mail. Ansätze für eine politische Bildungsarbeit sind durch ein interaktives Staatskundelehrspiel und -programm („CiviCampus“) erkennbar.

Parlamentsintern dient das Internet primär als Hilfsmittel für die Versorgung der Abgeordneten mit Daten und Informationen im Gesetzgebungsverfahren. Schwerpunkte der Arbeit leisten der Kommissionsdienst und die Dokumentationszentrale. Für die Weiterentwicklung der Internettechnik ist ein neu geschaffener Informatikdienst zuständig.¹⁸

Qualitative Resultate

Gegenüber den angeführten quantitativen Studien ergeben sich nach einer qualitativen Inhaltsanalyse sowohl tendenziell parallele Ergebnisse als auch interessante Unterschiede (siehe die obige Beschreibung sowie *Abbildung 3*).

- Die Website des Deutschen Bundestags wird trotz einer bestenfalls mittleren Positionierung des Landes hinsichtlich der Internetnutzung im EU-Vergleich sowohl in quantitativen als auch qualitativen Studien sehr gut bewertet.
- Der Internetauftritt des österreichischen Parlaments wird nach quantitativen Kriterien sehr schlecht eingeordnet. Für den Fall einer qualitativen Analyse ergibt sich ein deutlich besseres Bild. Ein klarer Zusammenhang zwischen der vergleichsweise hohen Internetnutzung und der besonders guten Bewertung der parlamentarischen Website besteht aber jedenfalls nicht.
- Das schweizerische Parlament und seine Website sind in EU-Vergleichsstudien nicht erfasst, doch ist auch hier die qualitativ orientierte Bewertung besser als die quantitative.

Länder mit einer traditionellen Führungsposition in der Internetentwicklung wie die USA und Dänemark rangieren übrigens sowohl in quantitativ als auch qualitativ dominierten Rangordnungen im Vordergrund. Ein Gegenbeispiel zu den USA und Dänemark bildet das Vereinigte Königreich, wo jeweils überproportional steigende Internetnutzungsraten nicht mit einer gut bewerteten Website des Parlaments korrelieren. Gegenbeispiel zu vor allem Österreich ist das italienische „Parlamento“, das quantitativ klar besser als qualitativ bewertet wird.

Schlussfolgerungen

Auffallend ist, dass Websites von Parlamenten in modernen Kommunikationsgesellschaften hin-

¹⁸ Vgl. S. Bröchler (Anm. 13), S. 97.

sichtlich der formalen Sachinformationen (Gesetze, Protokolle, Tagesordnungen usw.) inhaltlich nahezu identisch sind und gestalterisch durch das Webdesign viele Parallelen aufweisen. Letzteres resultiert daraus, dass gestalterische „Todsünden“ (Linien als Barriere, störende Hintergrundbilder und lange Ladevorgänge, Stillstand)¹⁹ überall der Vergangenheit angehören und die mittlerweile vorherrschende Professionalität zur strukturellen Angleichung führte. Im Ländervergleich festgestellte Abweichungen sind oft lediglich eine logische Konsequenz von Differenzen im politischen System (Ausschusssystem, Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht, Parteiorganisation bzw. Wähler oder Mitgliederparteien usw.).

Differenzen ergeben sich allerdings, inwieweit das Internet als Hybridmedium, d. h. für die multimediale Übermittlung von Textdokumenten, Bildern und Graphiken, Ton- und Filmberichten, genutzt wird. Diesbezüglich befindet sich das Internet gegenüber den anderen Informationsmedien – Zeitungen können lediglich Texte (auszugsweise) wiedergeben und mit Bildelementen verbinden, Radio und Fernsehen Debatten meist nur in Ausschnitten übertragen – im Vorteil, doch ist unklar, inwieweit ein vollständiger Einsatz aller technischen Optionen die Benutzerfreundlichkeit erhöht. Nicht zufällig ist die gut bewertete Internetseite des Deutschen Bundestags vergleichsweise einfach und textkonzentriert gestaltet, während die Unübersichtlichkeit der visuell aufwendigen Seiten des italienischen Parlaments zu einer schlechteren Bewertung führen würde.

Der Interaktivitätsgrad stellt das zentrale Unterscheidungskriterium dar. Parlamentarische Seiten können zusätzlich zur Top-down-Informationsvermittlung von Gesetzestexten/-entwürfen, Ausschuss- und Plenarsitzungen oder rechtlichen Grundlagen Bottom-up-Kanäle der Bürgerbeteiligung offerieren. In Österreich beschränkt sich das Online-Angebot auf E-Mails. Es fehlen Diskussionsforen, über E-Mails hinausreichende Diskursformen von Bürgern mit Ausschüssen und Abgeordneten sowie elektronische Appellations- und Interpellationsrechte. Positives Beispiel sind die Diskussionsforen und virtuellen Konferenzen in Deutschland. Nirgendwo versteht sich aber eine virtuelle Aktivität zwischen Bürgern und Parlamenten als Möglichkeit, den politischen Entscheidungsprozess signifikant zu beeinflussen.

¹⁹ Vgl. David Siegel, *Creating Killer Web Sites. The Art of Third-Generation Site Design*, Indianapolis 1996.

Kritisch zu hinterfragen ist, inwieweit durch Internetauftritte von Parlamenten eine breite Öffentlichkeit zur Verbesserung der Demokratiequalität erreicht wird oder ob seit Mitte der neunziger Jahre nur die „klassischen“ Interessenten (Journalisten, Parteiaktivisten, Lobbyisten, Wissenschaftler) eine neue und vereinfachte Form des Zugangs zu parlamentarischen Informationen erhalten bzw. über zusätzliche Kommunikationskanäle verfügen.

Parlamentarische Websites sind auf die politische Informationsvermittlung fokussiert und sehen lediglich ein limitiertes Angebot für die politische Partizipation vor. Das gilt insbesondere, wenn Beteiligung sich nicht als Form der (Minimal-)Teilnahme am politischen Prozess versteht, sondern lediglich Chancen, diesen Prozess zu beeinflussen, als reelle Partizipation gelten. Kontaktmöglichkeiten verstehen sich oft nur als Besuchsgelegenheit und selten als Beteiligungschance. Standardisierte Informationen für klassische Medien (Presseunterlagen usw.) werden oft gleichzeitig via Internet vermittelt. Es fehlen mit wenigen Ausnahmen internetspezifische Formen der Informationsvermittlung. Für nicht professionelle Internetnutzer ist der Schwierigkeitsgrad für den Informationszugang in allen Fällen sehr hoch.

Ein weiteres Defizit ist, dass für die politische Bildung verwendbare Angebote entweder ganz fehlen (in Österreich) oder nur ansatzweise (in der Schweiz durch ein Staatskundenspiel) vorhanden sind. In der Bundesrepublik Deutschland überrascht allerdings, dass trotz des institutionellen Rahmens und traditionell reichhaltiger Ressourcen für die politische Bildungsarbeit diese auf der Internetseite des Parlaments nicht von größerer Bedeutung ist. Problematisch ist überall die mangelnde Transparenz von Hintergründen der angebotenen bzw. nicht angebotenen Informationen, die ausnahmslos durch „das Parlament“ mit dem Anspruch einer (Schein-)Objektivität politisch vermittelt werden.

Die Einführung von parlamentarischen Websites ist eine subjektiv motivierte Legitimierung, um repräsentative Kompetenzen durch oberflächliche Informations- und Partizipationsmöglichkeiten zu bestätigen. Es ergibt sich unter Umständen eine Verbesserung der Quantität des politischen Dialogs (Erhöhung der Wahlbeteiligung/der Häufigkeit des Kontakts mit Repräsentanten des politischen Systems usw.), ohne dass qualitative Verbesserungen der Demokratie – reelle Partizipationschancen, Vermeidung von Politikverdrossenheit, mehr Vertrauen in politische Institutionen usw. – gesichert sind. Das Internet ist aber das

einziges Medium, das für eine Aufarbeitung der hochkomplexen parlamentarischen Informationen zweckdienlich ist. Gesetzesvorlagen, Protokolle von Plenarsitzungen, Berichte von Ausschüssen usw. können als Detailinformation durch Printmedien und herkömmliche elektronische Medien aus Raum- und Zeitmangel nicht vermittelt werden. Durch ein System von Hyperlinks, Suchmaschinen und Download-Dateien kann jede Information nicht nur den Abgeordneten, sondern zugleich einer interessierten (Fach-)Öffentlichkeit verfügbar gemacht werden, ohne die Serviceleistungen für weniger Interessierte zu reduzieren.

Aufgrund der Hyperlinks und Gateway-Funktionen könnte die parlamentarische Kommunikation zwischen Eliten und Bürgern mit anderen Formen der Regierungskommunikation sowie auch mit der intraparlamentarischen Kommunikation der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter verbunden werden. Gleichzeitig können externe Akteure der Politik – etwa Expertensysteme – in den Dialog einbezogen werden. Einfaches Beispiel dafür sind Verknüpfungen der parlamentarischen Seiten mit Websites von Parteien inner- und außerhalb des Parlaments, wobei Zugangsbeschränkungen sowohl die allgemeine Informationsvermittlung als auch eine spezifische Informationsweiterleitung ermöglichen. Alle Seiten der Parlamente weisen eine Verknüpfung mit Ministerien und Verwaltungsbehörden bzw. manchmal mit Interessengruppen und Nicht-Regierungsorganisationen auf. Theoretisch ergibt sich dadurch eine gute Gelegenheit für die Bevölkerung, offizielle Informationen als „Fakten“ von Meinungen usw. zu unterscheiden, während dies ansonsten aufgrund des zunehmenden Marketings der Politik nicht unbedingt der Fall wäre.

Klassische Parlamentsstrukturen werden durch das Internet kaum berührt. Abgesehen von vorsichtigen Ansätzen in Dänemark wird beispielsweise das System der Ausschüsse, sofern vorhanden, nicht modifiziert. Obwohl sämtliche parlamentarische Tätigkeiten für Bürger zugänglich gemacht werden könnten, wird – u. a. unter Hinweis auf Effizienzgründe – der politische Entscheidungsprozess weiterhin in nichtöffentlichen Sitzungen erfolgen und nicht in via Internet übertragene Plenarsitzungen mit lediglich formalen Abstimmungen verlagert. Auch der Themenbereich des E-Voting ist nicht nur für parlamentari-

sche Abstimmungen, sondern auch für Parlamentswahlen unzureichend behandelt.

Obwohl die Parlamentsinformation täglich aktualisiert wird, ist der Transparenzgrad gering. Reden im Plenum etwa bieten für Bürger keine Möglichkeit, die Hintergründe politischer Entscheidungen kennen zu lernen. Bezeichnenderweise sind historische Informationen ausführlich, während tagespolitische Informationen formalisiert (Tagesordnung usw.) und nicht kommentiert werden. Gemäßigte Reformen könnten „Online Calls for Papers“ zu kontroversen Themen und/oder Übertragungen von Hearings im Internet enthalten. Bürgerdiskussionen (etwa in Form von Focus Groups) wären ein weiterer Schritt. Vergleichbare Ansätze gibt es in Deutschland, wo das Projekt zur „Elektronischen Demokratie“ vorsieht, Gesetze nicht allein im Parlament, sondern auch via Internet entstehen zu lassen. Referententwürfe, Ergebnisse von Expertengutachten, Positionen der Bundestagsfraktionen sowie von Interessengruppen vorgelegte Stellungnahmen sollen im Internet zur Debatte gestellt werden.²⁰

Parlamente sind strukturkonservative Einrichtungen, die unabhängig von einer oberflächlichen Befürwortung des Internets als Legitimationsnachweis befürchten müssen, durch Reformen nach einer radikalen Implementierung des Internets traditionelle Aufgaben und Vorrechte zu verlieren. Modernisierungsprozesse reichen daher lediglich soweit, dass die Position von Parlamenten in repräsentativen Demokratien nicht in Frage gestellt wird.

Die Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten stellt keine Zielsetzung dar, weil parlamentarische Eliten an der Nutzung des Internets für interne Kommunikationsflüsse und als Top-down-Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern – von Regierenden mit Regierten – interessiert sind und eine Transformation des Systems der Repräsentativdemokratie durch bottom-up-orientierte Konzepte einer „Cyberdemocracy“ nicht in ihrem Interesse liegt. Das Internet ist demzufolge in der parlamentarischen Kommunikation kein Instrument zur Veränderung politischer Entscheidungsprozesse.

²⁰ Der aktuelle Diskussionsprozess zum Pilotprojekt war unter www.bundestag.de und www.elektronische-demokratie.de verfügbar. Mit Ende der 14. Legislaturperiode abgelaufen, wird im Bundestag über eine Fortführung und Fortentwicklung des Projektes beraten.

Shashi Tharoor

Ph.D., B.A., geb. 1956; Untergeneralsekretär und Leiter der Informationsabteilung der Vereinten Nationen, New York; Journalist und Schriftsteller.

Anschrift: Department of Public Information, United Nations, New York, NY 10017, USA.
E-Mail: enquiries@un.org

Veröffentlichungen u. a.: Indien. Zwischen Mythos und Moderne, Frankfurt/M. 2000; Riot (Roman), Bombay 2001.

Christoph Dowe

Geb. 1968; Geschäftsführer von pol-di.net e.V.

Anschrift: pol-di.net e.V./politik-digital, Oranienburger Straße 17, 10178 Berlin.
E-Mail: cdowe@politik-digital.de

Veröffentlichung u. a.: Virtuelle Netze nutzen lernen. Der Weg zu einem erfolgreichen Internet-Auftritt, Stiftung Mitarbeit, Bonn 2003.

Alfredo Märker

Geb. 1973; wissenschaftlicher Referent der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN).

Anschrift: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V., Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin.
E-Mail: maerker@dgvn.de

Veröffentlichungen u. a.: Zuwanderungspolitik in der Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/2001; (Hrsg. zus. mit Stephan Schlothfeldt) Was schulden wir Flüchtlingen und Migranten?, Opladen 2002.

Christiane Schulzki-Haddouti

Dipl.-Kulturpädagogin, geb. 1967; Dozentin am Institut für Journalistik der Universität Dortmund und freie Autorin.

Anschrift: Postfach 101210, 53142 Bonn.
E-Mail: christiane@schulzki.de

Veröffentlichungen u. a.: Datenjagd im Internet. Eine Anleitung zur Selbstverteidigung, Hamburg 2001; (Hrsg.) Bürgerrechte im Netz, Bonn 2003.

Thymian Bussemer

Geb. 1972; verantwortlicher Redakteur der Vierteljahresschrift „vorgänge. Zeitschrift für Gesellschaftspolitik“ und Lehrbeauftragter für Publizistik an der Freien Universität und der Universität der Künste Berlin.

Anschrift: Redaktion „vorgänge“, Haus der Demokratie, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin.
E-Mail: TBussemer@compuserve.com

Veröffentlichungen u. a.: Propaganda und Populärkultur. Konstruierte Erlebniswelten im Nationalsozialismus, Wiesbaden 2000; Propaganda. Konzepte und Theorien, Opladen (erscheint Anfang 2004).

Joana Breidenbach

Dr. phil., geb. 1965; freie Ethnologin und Autorin, Berlin.

Anschrift: Bayerische Straße 3, 10707 Berlin.
E-Mail: Breidenbach@compuserve.com

Veröffentlichung u. a.: (zus. mit Ina Zukrigl) Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt, München 1998.

Ina Zukrigl

Geb. 1967; freie Ethnologin und Projektmanagerin, Berlin.

Anschrift: Bochumerstraße 18, 10555 Berlin.
E-Mail: Zukrigl@onlinehome.de

Veröffentlichung u. a.: s. J. Breidenbach.

Peter Filzmaier

Dr. phil., ao. Univ.-Prof., geb. 1967; Professor für Politikwissenschaft und Abteilungsleiter für Politische Bildung am Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF) der Universität Innsbruck.

Anschrift: IFF-Politische Bildung, Universitätsstraße 15, 6020 Innsbruck/Österreich.
E-Mail: peter.filzmaier@uibk.ac.at, Website: <http://pol-bil.uibk.ac.at>

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Internet und Demokratie: The State of Online Politics, Wien u. a. 2002; Wahlbörsen im Internet als interdisziplinäres Instrument der Sozialforschung, in: SWS-Rundschau, 42 (2003) 4.

Birgit Winkel

Cand. phil., geb. 1982; Diplomandin für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck.

Anschrift: Fischerhäuslweg 54, 6020 Innsbruck/Österreich.
E-Mail: birgitwinkel@telering.at

Nächste Ausgabe

Albrecht Müller

Das Elend der Reformdebatte

Über die unreflektierte Modernisierungs- und Reformdiskussion in Deutschland

Katharina Müller

Zur Politischen Ökonomie von Reformen

Erfahrungen aus Osteuropa und Lateinamerika

Gerd Strohmeier

Zwischen Gewaltenteilung und Reformstau:

Wie viele Vetospieler braucht das Land?

Markus Reiners

Wandlungsfähigkeit des Staates

Anspruch und Wirklichkeit im politisch-administrativen System

Martina Thunert

Think Tanks in Deutschland – Berater der Politik?

Shashi Tharoor *Essay*

Der Cyber-Gipfel

Eine Chance zur Ausweitung der Informationsgesellschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/2003, S. 3–4

■ In wenigen Tagen wird der erste Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (World Summit on the Information Society/WSIS) stattfinden. Medienbeobachter argwöhnen, dass einige Länder den so genannten Cyber-Gipfel, wie er griffig genannt wird, benutzen werden, um den Zugang zum Internet und den anderen neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu beschneiden. Das Gipfeltreffen hat eine ehrgeizige Tagesordnung: Ziel ist es, mit den tief greifenden Änderungen, die durch die Informationsrevolution und deren Auswirkungen auf alle Bereiche menschlicher Aktivitäten hervorgerufen werden, Schritt zu halten. Darüber hinaus will man nach Wegen suchen, dass auch die ärmeren Länder diese revolutionären Umwälzungen und die sie begründenden Technologien nutzen können.

Christoph Dowe/Alfredo Märker

Der UNO-Weltgipfel zur Wissens- und Informationsgesellschaft

Hintergründe und Themenspektrum

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/2003, S. 5–12

■ Zwischen dem 10. und 12. Dezember 2003 wird in Genf der „World Summit on the Information Society“ stattfinden. Auf dem Gipfel sollen die Weichen für die technische und inhaltliche Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft für die nächsten Jahrzehnte gestellt sowie Schritte zur Überwindung der digitalen Spaltung zwischen armen und reichen Ländern eingeleitet werden. Der Beitrag erläutert die wichtigsten Diskussionsfelder des Gipfels.

Christiane Schulzki-Haddouti

Sicherheit im Netz und digitale Bürgerrechte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/2003, S. 13–19

■ Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sorgten Sicherheitspolitiker dies- und jenseits des Atlantiks für zahlreiche neue gesetzliche Regelungen. Zwar standen zunächst die direkten Auswirkungen der Anschläge auf die Infrastruktur der Informationstechnologien im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Doch die Informationstechnologie selbst wird bei der Umsetzung der Sicherheitsgesetze eine bedeutende Rolle spielen. Personenbezogene Daten werden in umfangreichen Datenbanken gespeichert und ausgewertet. Biometrische Verfahren stellen die Identität von Bürgerinnen und Bürgern fest. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung spielt bisher eine eher untergeordnete Rolle.

Thymian Bussemer

Medien als Kriegswaffe

Eine Analyse der amerikanischen Militärpropaganda im Irak-Krieg

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/2003, S. 20–28

■ Auch die Kriegspropaganda ist mittlerweile im Informationszeitalter angekommen. Militärs und Regierungen in beinahe allen Ländern haben auf die globale Verdichtung, Beschleunigung und Professionalisierung der journalistischen Berichterstattung mit neuen Strategien zur Manipulation von Medien und Öffentlichkeit reagiert. Zu ihnen gehören Instrumente wie Public Diplomacy im politischen Raum und informationelle Kriegführung im militärischen Bereich. Der Beitrag untersucht anhand des Irak-Krieges, wie ein Feldzug heute propagandistisch vorbereitet und abgesichert wird. Es wird gefragt, mit welchen Strategien Journalisten die Instrumentalisierungsbemühungen der Militärs unterlaufen können und welchen Einfluss neue Techniken der Medienlenkung wie das „Embedding“ auf die Berichterstattung über Kriege haben.

Joana Breidenbach/Ina Zukrigl

Vernetzte Welten – Identitäten im Internet

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/2003, S. 29–36

■ Internet-Technologien werden für die unterschiedlichsten Interessen genutzt und mit verschiedenen Bedeutungen versehen. Statt sie auf die herkömmlichen utopischen und dystopischen Positionen zu reduzieren – „Das Internet erschafft eine neue transparente und gerechtere Weltordnung“ oder „Neue Medien führen zu einem fundamentalen Orientierungsverlust, Kommerzialisierung und Kulturimperialismus“ –, stellen wir anhand ethnologischer Fallstudien dar, wie sich kulturelle Identitäten mit Hilfe des Internets verändern und wie diese sich politisch auswirken.

Peter Filzmaier/Birgit Winkel

Parlamente im Netz

Internetseiten im EU-Vergleich

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/2003, S. 37–46

■ Die Nutzung des Internets für mehr Information und Kommunikation zwischen Volksvertretung und Bürgerinnen und Bürgern wurde bislang vernachlässigt. Entsprechende Initiativen der politischen Bildungsarbeit sind relativ unbekannt. Zwar sind weltweit alle Parlamente im Internet vertreten, doch finden sich selten bürgernahe Informationen und kaum interaktive Elemente. Der Beitrag beschäftigt sich mit Inhaltsanalysen der Websites von Parlamenten der EU-Länder und einer detaillierten Betrachtung der Seiten des Deutschen Bundestags sowie des österreichischen und schweizerischen Nationalrats.